

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Ausgleichszahlungen der Steiermärkischen Landesregierung an die Stadt Graz

GR. **Hohensinner** stellt namens der ÖVP, Grünen, FPÖ und BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! In den nächsten Wochen startet die Steiermärkische Landesregierung die Budgetverhandlungen für ein weiteres Doppelbudget.

In der letzten Periode im Gemeinderat war ich bei vielen Diskussionen mit Herzblut dabei, die Parteien waren sich gerade in ideologischen Fragen oft uneins. Doch bei den finanziellen Forderungen an das Land Steiermark konnte ich oft einen gemeinsamen Nenner feststellen.

Graz soll vom Land Steiermark nicht nur als Lebensraum von zirka 260.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, sondern als Ballungsraum von täglich rund 400.000 Menschen finanziell anerkannt werden.

In der Stadt-Land-Vereinbarung aus dem Jahr 2002 wurden uns bei den MÖSt-Mitteln fix 15% der ans Land fließenden Mittel, das sind zirka drei Millionen Euro, ab 2004 zugesagt. Bis heute gab es keine Überweisung an die Stadt.

Graz ist beim Land Steiermark Nettozahler. Im Vorjahr haben wir über 30 Millionen Euro zum Bedarfszuweisungstopf beigetragen, aber nur rund 13 Millionen Euro aus diesem erhalten. Auch bei den Bedarfszuweisungen, derzeit 11 % Vorweganteil, wurde in der Stadt-Land-Vereinbarung eine Verbesserung zugesagt.

Als Landesumlage behält die Steiermark 7,6 % der ungekürzten Ertragsanteile ein. Diese Abzüge werden in der Steiermark nach der Finanzkraft auf die einzelnen Gemeinden verteilt, was die Stadt Graz übergebühlich belastet. Hier gehen auch zirka drei Millionen Euro verloren.

Im vergangenen Budgetgemeinderat wurde uns einmal mehr vor Augen geführt, dass die uns vom Land Steiermark auferlegten Pflichtausgaben explodieren.

Seit 2005 sind die Nettoausgaben der Stadt Graz, im gesetzlichen Sozialbereich gehört dazu offene Sozialhilfe, Jugendwohlfahrt, Behindertenhilfe, Heime und Pflegehilfe, von 33.923.016 Euro auf 46.321.300 Euro angewachsen. Durch eine Änderung der Kostenaufteilung von bisher 60 % Land, 40 % Stadt auf 70 % Land, 30 % Stadt, wie von vielen Experten gefordert, würde sich die Stadt Graz alleine im Jahr 2008 Euro 14.137.110 Euro ersparen.

Um die Stadtregierung bei den Finanzverhandlungen mit dem Land mit einem starken Verhandlungsmandat auszustatten, ist ein möglichst breiter überparteilicher Schulterschluss erforderlich.

Namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat tritt mit folgender Petition an die Steiermärkische Landesregierung heran:

Die Stadt Graz fordert vom Land Steiermark:

- Der Stadt Graz werden, wie es in der Stadt-Land-Vereinbarung festgeschrieben wurde, 15 % der dem Land Steiermark zufließenden MÖSt-Mittel jährlich, rückwirkend mit 2004, überwiesen.
- Der Vorweganteil für die Stadt Graz an Gemeindebedarfszuweisungen wird wie zugesagt erhöht.
- Die Landesumlage soll neben der Finanzkraft auch von der Anzahl der im Raum Graz lebenden Menschen abhängig sein.
- Der Kostenaufteilungsschlüssel bei den gesetzlichen Sozialleistungen wird von derzeit 60 % (Land) zu 40 % (Stadt) auf 70 % (Land) zu 30% (Stadt) geändert (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, lieber Kurt, liebe ÖVP. Heute haben wir unseren Solitag. Also werden wir auch diesem Antrag unsere Zustimmung geben, weil wir als sozialdemokratische Fraktion die Interessen der Grazerinnen und Grazer zu vertreten haben und eine Graz-Partei sind. Es sind alte Forderungen, die wir schon seit vielen Jahren, auch von Seiten von Alfred Stingl, bis heute konsequent mit Wolfgang Riedler vertreten. Auch gegen über dem Land, auch wenn es manche Freunde und Freundinnen im Land nicht taugen wird heute, dass wir heute mitgehen, aber da geht es um einfache Konsequenz im Interesse der Stadt Graz. Vor allem was die MÖSt-Mittel betrifft, was den Vorweganteil bei den Gemeindebedarfszuweisungen betrifft und was den Kostenaufteilungsschlüssel bei den gesetzlichen Sozialleistungen betrifft. Wir werden den Punkten 1, 2 und 4 unsere Zustimmung geben, werden beim Punkt 3, der uns schon vorliegt von Seiten der KPÖ, nämlich dem generellen Entfall der Landesumlage, diesem Zusatzantrag unsere Zustimmung geben und insgesamt den Punkten 1, 3 und 4 im Interesse von Graz unsere Zustimmung erteilen. Danke herzlich (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bergmann**: Also wir werden der Dringlichkeit auch zustimmen, weil wir, ich möchte mich eigentlich nicht wiederholen, was der Karl-Heinz Herper schon gesagt hat, das auch so sehen und weil wir ja vor allem also auch bei unseren Budgetreden immer wieder die Forderung drinnen gehabt haben, also dass gerade die Unterstützung von Land und Bund für unsere Stadt ganz wichtig ist (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Bergmann** zum Antrag: Wie auch schon angekündigt, wird die KPÖ einen Abänderungsantrag stellen und zwar zum Punkt 3 im Antragstext hinten möchten wir gerne das ausgetauscht haben und zwar, dass der Satz so formuliert wird: Die Stadt Graz fordert die ersatzlose Streichung der Landesumlage (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals für diesen Abänderungsantrag. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass es seit vielen, vielen Jahren oder Jahrzehnten fast schon den Brauch gibt, dass, sobald wir die Abschaffung der Landesumlage einfordern, der zuständige Finanzreferent oder die zuständige Finanzreferentin auch die Mitfinanzierung Spitalswesen der Stadt Graz miteinfordern, deswegen gab es jetzt auch im Antrag der ÖVP einen Vorschlag, der nicht die Abschaffung vorsieht, sondern einmal einen neuen Weg beschreiten soll. Dann kommen wir zur Abstimmung, ich würde jetzt vorschlagen über die einzelnen Punkte. Der erste Punkt: Der Stadt Graz werden, wie in der Stadt-Land-Vereinbarung festgeschrieben wurde, 15 % der dem Land Steiermark zufließenden MÖSt Mittel jährlich, rückwirkend mit 2004, überwiesen.

Der Punkt 1 wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Vorweganteil für die Stadt Graz an Gemeindebedarfszuweisungen wird, wie zugesagt, erhöht.

Der Punkt 2 wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt kommen wir zum Abänderungsantrag des 3. Punktes. Hier lautet die Formulierung der KPÖ: Die Stadt Graz fordert die ersatzlose Streichung der Landesumlage.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Kostenaufteilungsschlüssel bei den Sozialleistungen soll sich von 60:40 auf 70:30 ändern.

Der Punkt 4 wurde einstimmig angenommen.

2) Fernwärmeausbau im Raum Graz

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt namens der ÖVP und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Hier geht es um den Fernwärmeausbau im Raum Graz. Im Sommerhalbjahr ist die Feinstaubproblematik kaum wahrnehmbar. Auch wenn die Feinstaubproblematik etwas abgemildert ist, das Problem bleibt den Grazerinnen und Grazern erhalten, wenn wir nicht verstärkt Anstrengungen zur Findung von wirksamen und nachhaltigen Lösungen des Problems aufwenden.

Aus diesem Grunde hat es bereits einen dringlichen Antrag der Grünen mit der ÖVP im Herbst des letzten Jahres gegeben. Darin haben wir auf die Möglichkeit der Abwärmenutzung aus dem geplanten Kraftwerk Mellach ausdrücklich hingewiesen. Die dabei aufgezeigte Problematik der fehlenden Transportkapazität wurde mit einem mehrheitlichen Beschluss vom Gemeinderat zum Bau einer zweiten Fernwärmeleitung und einem Anschluss- und Förderkonzept bestätigt. Es gibt im Raum Graz weitere beantragte beziehungsweise genehmigte Projekte, die Auswirkungen auf die Energieversorgung und Umwelt der Region haben. Auch stehen wir vor der Situation, dass in den nächsten Jahren eine Änderung der Rahmenbedingungen ansteht, und wir damit rechnen, dass steigende Energiepreise und negative soziale Auswirkungen hier eintreten können.

Aus Gründen der Energieeffizienz und der weltweiten Bemühungen, CO₂-Einsparungen zu erreichen, muss eine Umstellung auf erneuerbare Energien erfolgen. Angesichts der geplanten Großinvestitionen beziehungsweise deren Lage außerhalb des Stadtgebiets ist es daher dringend notwendig, dass das Land Steiermark zusammen mit der Stadt Graz ein regionales Energiekonzept entwickelt.

Die Stadt Graz erarbeitet derzeit Handlungsempfehlungen für den Ausbau von Fernwärme. Es soll die Erhöhung der Anschlussanzahl ans Fernwärmenetz mit größtem Bemühen vorangetrieben werden. Dazu sollen auch die bestehenden Fernwärmeleitungen mit neuen Anschlüssen verdichtet und neue Versorgungsgebiete aufgeschlossen werden. Diese Maßnahmen sind im städtischen Raum nicht immer leicht durchführbar und kostenintensiv. Deshalb fordern wir von den Förderstellen des Landes und des Bundes, diese Infrastrukturleistungen ausreichend in Hinblick auf die regionale Luftbelastung zu fördern.

Zusätzlich sollen die Liegenschaften des Landes und des Bundes und die mit der Verwaltung betrauten Töchtergesellschaften auf umweltfreundliche Fernwärmeversorgung umgerüstet werden.

Die Stadt Graz und ihre Töchterbetriebe sollen daher auch mit gutem Beispiel vorangehen und diese Bemühungen der umweltfreundlichen Wärmeversorgung vorzeigen.

Für diesen forcierten Ausbau der Fernwärmeanlagen setzen wir uns verstärkt ein, damit es für die Grazerinnen und Grazer in Zukunft eine umweltschonende, saubere und auch leistbare Heizungsmöglichkeit gibt.

Namens des ÖVP- und des Grünen Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass das Land Steiermark in einer Petition aufgefordert wird,

- ein regionales Energiekonzept in Zusammenarbeit mit der Stadt Graz auszuarbeiten.

Weiters wolle der Gemeinderat beschließen, dass das Land Steiermark und der Bund in einer Petition aufgefordert werden,

- Förderungen von Infrastrukturanlagen zum Zwecke der Wärmeversorgung für Prozess- und Raumwärme regional gestaffelt nach den Erfordernissen zur Verbesserung der Luftqualität zu gewähren;
- die Umrüstung der Wärmeversorgung von Immobilien des Landes und des Bundes beziehungsweise den mit der Verwaltung betrauten Töchtergesellschaften (LIG, BIG usw.) nach Möglichkeit auf umweltfreundliche Fernwärmeversorgung umzusetzen. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Wiederholt und immer wieder ein vernünftiger Vorstoß vom Georg Topf und auch eine Auftragslage natürlich auch für die zuständige Referentin, Vizebürgermeisterin Lisa Rücker. Wir SozialdemokratInnen stehen natürlich zum Ausbau der Fernwärme in den Sanierungsgebieten, das ist ja gar keine Frage und das Land ist ja auch, wie gesagt, unterwegs seit 2005 gemeinsam mit der Energie Graz, die Anschlüsse bis zu 1000 Euro zu fördern. Und wenn man dem Motivenbericht folgt, und das ist durchaus vernünftig, so ist es notwendig, weitere Gebiete zu erschließen aus Gründen der Umweltbelastung, der Feinstaubproblematik, ist ja schon angeführt worden und dazu gehört die Kooperation mit dem Land Steiermark. Dazu gehört ein echtes Ausbauprogramm, gar keine Frage, wobei es klare Ziele, meiner Meinung nach, ich sage auch als Mitglied des Gemeindeumweltausschusses, dem ich schon seit Jahren angehöre, zu definieren sein werden müssen. Nämlich wie zum Beispiel in 20 Jahren keine Einzelfeuerungen mehr in Graz zu haben und wie man im Programm dorthin die Wege dahin aufzeigt, ich glaube, das ist ein wichtiger Fakt. Mit so einem Programm kann man durchaus und im Sinne des von dir gestellten Antrages an Land, Bund und EU betreffend Finanzierung herantreten und auch die im Wahlkampf immer aufgeworfene, von mehreren Seiten, von euch, von uns, von wem auch immer aufgeworfene propagierte Fernwärmeanschlusspflicht sollte allerdings dabei auch eine Rolle spielen. Ich habe mir das noch einmal nachgesehen, weil mir einige Ausreißer im besonderen Maße aufgefallen sind und deswegen auch, meine ich, ist es dringlich, was heute Georg Topf vorträgt. Beim Ausbau der Fernwärme in Graz gab es auch einige unverständliche Nichtversorgungen, muss man auch hinzufügen.

Im Wohngebäude Peter-Tunner-Gasse in Gösting mit einer Anschlussleistung von drei Megawatt wurde nicht angeschlossen, obwohl nur eine Leitung von 900 Metern nötig gewesen wäre. Jetzt haben die Bewohner dort Gas. Das Gleiche gilt in Andritz für die Radegunder Straße, wo in den letzten Jahren über 1000 Wohnungen entstanden sind und trotz des Wissens um diese Entwicklung keine Fernwärmeversorgungsleitung errichtet wurde. Dort gibt es jetzt Gas oder Öl, also ich glaube, das sind zwei drastische Beispiele, warum ein solches Programm, ein solches zukunftsgerichtetes und mehrjähriges Programm dringend notwendig ist. Das Potential wird also in dem Maße nicht genutzt, da ist eben ein Programm notwendig und ich habe mich heute noch im Büro Wegscheider am Vormittag erkundigt, was die LIG-Gebäude betrifft, das kann vielleicht auch der Peter Hagenauer in Kenntnis haben, bis Ende 2008 werden alle zumindest mit Fernwärme oder Gas versorgt sein. In diesem Sinne werden wir sozialdemokratische Fraktion der Dringlichkeit und dem Inhalt die Zustimmung geben. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker** zum Antrag: Ganz kurz, heute ist der internationale Umwelttag. Von dem her passt der Antrag auch gut auf den heutigen Tag. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch alle sehr herzlich einladen für den Samstag zum Umweltfest in der Herrengasse und am Hauptplatz und zu diesem Antrag nur ein paar Anmerkungen machen. Ich bin froh, weil er eigentlich unterstützt, was einerseits eh auf der Straße liegt, nämlich, dass wir in Graz dringend wieder im Bereich der Energiepolitik einen Schub nachvollziehen müssen, der ja auch auf Grund der Klimadiskussion nicht nur der Feinstaubdebatte, ganz notwendig ist. Was passiert, wir haben gestern im Ausschuss den Gemeindeumweltausschuss wieder eingerichtet, der eben genau mit den Themen Fernwärme, Feinstaub, Klima sich jetzt fachlich beschäftigen wird. Es wurde gerade ein Antrag eingebracht beim Klimafond für eine Sondierungsstudie, die noch einmal genau hinschaut und das ist genau die Frage auch in dem Antrag, welche Form der Fernwärme ist die umweltpolitisch verträglichste Fernwärme, denn wir müssen neben, die umweltverträglichste

einerseits, das heißt, welche CO₂-Belastungen entstehen durch welche Form der Wärmeproduktion, welche Wärmeproduktionspotentiale gibt es direkt in der Stadt, welche gibt es nahe der Stadt und eine zweite Frage, die wir auch klären werden müssen, weil es eine politische Frage ist, welche Interessen stehen hinter den unterschiedlichen Ausbauplänen, beziehungsweise wie kann die Stadt ihre eigenen Interessen im Zusammenhang mit den großen Energieversorgern auch aufrechterhalten beziehungsweise möglichst eine Unabhängigkeit sicherstellen im Bereich der Fernwärme und auch vor allem sicherstellen der Spitzenabdeckung und der Versorgungssicherheit. Also das sind so Fragen, auf die wir in der nächsten Zeit Antworten finden müssen, auf Grundlage eines Energiekonzeptes, das in dieser Stadt ja schon eine Geschichte hat, wird das neu entwickelt werden, wir werden nicht alles neu erfinden müssen, nur gibt es eben heute neue Voraussetzungen, Rahmenbedingungen, die werden sondiert und wir werden dann auch im Gemeindeumweltausschuss die Ergebnisse diskutieren beziehungsweise auch mit Experten/Expertinnen beleuchten und ich hoffe, dass wir mit Anfang nächsten Jahres wirklich einen guten Plan für die nächsten Jahre, Energieplan, für die Stadt Graz haben mit genau definierten Zielen, und das Zusammenspiel mit dem Land wird ein ganz wesentlicher Faktor sein und auch das soll natürlich da verankert sein und deswegen haben wir auch hineinformuliert das regionale Energiekonzept auf Landesebene, weil hier ein Zusammenspiel geplant ist.

StRin. **Kahr:** Ich möchte meiner Vorrednerin, was die Sinnhaftigkeit des Fernwärmeversorgungsnetzes, also dem Ausbau nichts hinzufügen. Aus ökologischen Gesichtspunkten ist das natürlich richtig und wünschenswert. Ich habe mich eigentlich deshalb zu Wort gemeldet, weil das städtische Wohnungsamt mit ihren Bewohnerinnen und Bewohnern natürlich auch davon betroffen ist, wir haben leider noch immer Wohnhäuser, wo eben keine Zentralheizung drinnen ist, was natürlich wünschenswert ist; ich sage aber auch eines dazu, jede dieser Maßnahmen hat nur dann einen Sinn, wenn sie für unsere Bewohnerinnen und Bewohner auch leistbar ist, das heißt, nicht dass noch Restkosten übrigbleiben. Die Bewohnerinnen und Bewohnern, viele von ihnen sind nicht einmal in der Lage, ein- oder zweitausend Euro dazuzuzahlen. Und deshalb jede Überlegung auch im Umweltamt, wenn es

diskutiert ist, hat nur dann Sinn, wenn dieser Ausbau auch leistbar bleibt (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich wollte dazu noch etwas sagen, habe ich zuerst vergessen. Im Umweltamt ist natürlich, bedeutet, wenn ich sage, wir, dann arbeitet das Umweltamt daran, das möchte ich hier noch einmal deutlich sagen. Wir sind gerade dabei, die Förderrichtlinien zu überarbeiten, zu aktualisieren und dann eben zu schauen, wie wir diese Fördermittel auch wieder zur Verfügung stellen und das sind genau diese Fragen, die auch eine soziale Ausgewogenheit gewährleistet, wie wir eben Menschen, die jetzt auch aus Sparsamkeitsgründen noch mit Feststoffen oder mit emissionsstarken Stoffen heizen, von dort zur Fernwärme bringen, natürlich eine große Herausforderung, weil da geht es ja wirklich um Dauerkosten im Gegensatz zu Einzelkosten, wenn man einzelne Öfen heizt und das ist eben eine andere Frage der Dauerfinanzierung. Das heißt, an Richtlinien wird gearbeitet und auch diese werden wir demnächst vorlegen können.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist auch der Grund, wieso ich jetzt schon seit einigen Monaten auch wirklich vehement dahinter bin und auch einfordern möchte, dass wir, falls es jetzt in Mellach auch zu neuen Fernwärmeenergieversorgungsmöglichkeiten kommt, eine zweite Leitung nach Graz bauen, weil wenn man sich anschaut, was mit einer ersten Leitung nach Graz für den Landesenergieversorger für ein Geschäft verbunden war, wäre es einfach gut, wenn wir auch von unseren städtischen Energieversorgungsunternehmen solche Einnahmequellen erschließen könnten und damit genau auch den sozialen Auftrag erfüllen, den die beiden Vorrednerinnen jetzt auch noch einmal gebracht haben, nämlich dann zu sagen, es macht energiepolitisch für die Luft unserer Stadt einfach Sinn, aber es muss auch leistbar sein für die Menschen, die im Moment oft nur ihr Öferl notdürftig einheizen können.

Dipl.-Ing. **Topf**: Ich danke für die breite Zustimmung, freue mich schon auf die Arbeit im entsprechenden Fachausschuss, der von der Frau Vizebürgermeisterin eingerichtet wird.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Direkte und kundenfreundliche Einbindung des Grieskais in das öffentliche Verkehrsnetz

GR. Mag. **Titz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Titz**: So einfach diese Möglichkeit erscheint, eine Buslinie über den Grieskai zu führen, so schwierig ist es scheinbar, hier sich zu einer Lösung durchzuringen. Es geht darum, dass sich gerade in letzter Zeit und auch zukünftig am Grieskai wichtige Institutionen für Graz etabliert haben, die einen regen Parteienverkehr und Kunden- und Patientenzustrom verzeichnen und noch in Zukunft auch durch ein sechsstöckiges Bürogebäude, das gerade in Planung ist, dieser Menschenstrom noch ständig und stark zunehmen wird. Diese Einrichtungen sind sowohl öffentliche Einrichtungen, wie eine Volksschule, das Bezirksgericht Graz West, die BVA, die Synagoge, aber auch eine private Krankenanstalt des Ambulatoriums an der Mur und wie gesagt, in Planung ist ein sechsstöckiges Bürogebäude, das mit einer zusätzlichen Frequenzerhöhung rechnen lässt.

Der tägliche Besucherstrom in diesen Institutionen beträgt derzeit durchschnittlich 1.000 Personen, mit saisonalen Schwankungen im Winter werden es mehr, bis zu 1.200 Personen, Tendenz steigend. Zur BVA kommen nach Auskunft mit dem jeweiligen Institutsleitern rund 350 Personen pro Tag, zum Bezirksgericht 200 Personen pro Tag, an Amtstagen 330 Personen pro Tag, zum Ambulatorium an der Mur bis 500 Personen pro Tag.

Eine direkte Erreichbarkeit dieser Einrichtungen über eine öffentliche Buslinie gibt es nicht.

Der öffentliche Verkehr reicht einerseits bis zum Griesplatz beziehungsweise in die Karlauerstraße, von wo man dann auf sehr verschlungenen Wegen an den Grieskai gelangt.

Wer mit der Straßenbahn kommt, muss mit der Linie 5 an der Haltestelle Josefkirche aussteigen und ebenfalls ein gutes Stück zu Fuß weiter gehen.

Unter der Annahme, dass es sich bei Kunden einer Krankenversicherungsanstalt und eines Ambulatoriums für Physiotherapie um ältere oder sonst in irgendeiner Weise beeinträchtigte Personen handelt, und hinsichtlich der Tatsache, dass 1.000 Besucher an fünf Tage der Woche zum Grieskai müssen, erscheint es mir, und nicht nur mir, ich begrüße in der Galerie oben auch Herrn Ludwig Ranzinger, der als ehemaliger Patient des Ambulatoriums selbst ein Lied davon singen kann, wie schwierig es ist, dieses zu erreichen; aus diesen genannten Gründen, dieser hohen Frequenz und der Gebrechlichkeit der Personen, die dorthin müssen, erscheint es also in jedem Fall dringlich, dieses 1000-fache Bedürfnis auf einfache Weise auch zu lösen, nämlich dass eine öffentliche Buslinie den Grieskai befährt.

Eine mögliche Lösung möchte ich skizzieren:

Derzeit fahren drei Linien vom linken Murufer kommend über die Radetzkybrücke - Linien 35, 39 und 67 - zum Griesplatz und dann weiter in den Süden der Stadt.

Die Linie 39 kommt vom Jakominiplatz und könnte, statt über den Griesplatz zu fahren, genauso gut auch am Grieskai entlang geführt werden und über den Karlauer Gürtel dann wieder in die alte Route zum Lazarettgürtel einmünden.

Also: 1.000 Menschen wäre gedient, würde eine Buslinie ihre Route statt über den Griesplatz über den Grieskai nehmen. Der Weg zurück wäre ebenso leicht zu fahren.

Das wäre meines Erachtens eine Lösung, für die sich sicher noch ein paar Probleme finden lassen, aber letztendlich wird alles gut, nämlich genau dann, wenn die Grazer Verkehrsbetriebe für potenzielle 1.000 Fahrgäste eine solche einfache Lösung anbieten – eine Antwort auf meine Frage, für die ich auch 800 Unterstützungserklärungen hier in Händen halte. Ich muss eines dazu gestehen, es wurde hier nicht nur geworben, dass man eine öffentliche Buslinie ausrichtet, sondern es wurde zuerst bemängelt, dass Parkplätze fehlen. In zweiter Linie hat man

dann hier handschriftlich auch daran gedacht, dazuzufügen die öffentliche Linie. Aber wenn man auch sieht, wie es formuliert ist, das sind keine politisch versierten Personen, die das geschrieben haben. Das sind Leute, die da hin müssen, ältere Herrschaften, sieht man auch den Unterschriften. Es haben sich dann insgesamt 800 andere dazu versammelt noch, die dieses einfach vorgetragene Schreiben unterstützt haben und ich glaube, es sollte nicht an der Stilistik, sondern maximal am guten Willen der Verkehrsbetriebe und der Magistratsabteilungen liegen, dieses Bedürfnis auch zu erfüllen. Ich danke auch Herrn Ranzinger, er kann diesen Pack Unterschriften, den ich hier versammelt habe, auch noch einmal aufdoppeln, wenn Sie wollen, also es sind ein paar tausend Personen, die sich dort schwer tun, eine ältere Dame hat dazugeschrieben, vom öffentlichen Verkehrsmittel ist es nicht möglich, zur Therapie zu kommen, was bleibt, ist ein Taxi zu nehmen. Also Sie sehen, es geht nicht nur darum in dem Antrag, auch den Individualverkehr einzudämmen von 1000 Personen, sondern vielleicht auch von jenen älteren Menschen, die überhaupt nicht mehr autofahren können und dann durch ein Taxi gezwungen sind, auf dieses umzusteigen und damit mit einer Therapie auch noch viel höhere Kosten verbinden als den Parkplatz, die blaue oder mittlerweile grüne Zone, danke Gerhard Rüscher, die grüne Zone dort, also 60 Cent pro Stunde zu bezahlen. Es geht nicht nur hier um eine Bequemlichkeit, sondern es geht schlicht und einfach um eine Unerreichbarkeit der ersten Zielgruppe, die dort zu dieser Krankenanstalt und zu dem Ambulatorium hin muss und nur unter Umständen dorthin kommt. Deshalb, und jetzt komme ich zu meinem Antragstext, schließlich die Dringlichkeit des Anliegens ist zusammenzufassen in einer einzigen Frage:

„Wann wird der Grieskai endlich durch den öffentlichen Verkehr erreichbar sein?“

Und daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, unter Einbindung der Grazer Verkehrsbetriebe eine zeitgemäße, besucher- wie nutzerfreundliche Anbindung des Grieskais an das öffentliche Verkehrsnetz zu erarbeiten sowie dem

Gemeinderat einen Bericht bis längstens der Septembersitzung vorzulegen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus* ÖVP).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! So zum Ersten darf ich mich einmal persönlich bedanken beim Kollegen Mag. Titz, weil er auch für mich als Kunden der BVA hier eine Erleichterungsmöglichkeit versucht zu schaffen, dass ich mit dem öffentlichen Verkehrsmittel in Zukunft besser hinkomme. Das ist der erste Teil des Dankes, der zweite ist nicht besonders freundlich, muss ich schon dazusagen und da darf ich auch, glaube ich, im Namen einiger Betroffener, ich darf hier die Frau Stadträtin Mag. Fluch, die Frau Stadträtin Elke Edlinger, mich selber und vielleicht auch noch den einen oder die andere in diesem Zusammenhang in ein etwas anderes Licht rücken, als das der Kollege Mag. Titz gemacht hat, indem er nämlich BVA-Kunden als ältere und in irgendeiner Weise beeinträchtigte Personen bezeichnet hat, also dagegen möchten wir uns, wie gesagt, auch im Namen der KollegInnen Fluch, Edlinger und Eichberger doch verwehren. Mögen wir auch schon älter wirken, aber in irgendeiner Weise beeinträchtigt, hoffen wir doch nicht, dass wir sind. Das ist das eine zu diesem Antrag. Das Zweite ist, was uns persönlich schon etwas verwundert, ein Herr Bürgermeister Mag. Sigi Nagl hat es relativ leicht und einfach ohne dringlichen Antrag, ohne Diskussion im Vorfeld geschafft, auf Grund seiner guten Beziehungen zur GVB insbesondere zu dem Vorstandsdirektor Malik, ein Handyverbot einzurichten zum Wohle der Grazerinnen und Grazer und zum Wohle der GVB-Benützerinnen und GVB-Benützer, aber dem eigenen Parteichef der ÖVP, dem Herrn Bürgermeister Nagl ist es leider nicht gelungen, trotz dieser guten Kontakte zur GVB diese GVB-Linienumleitung, es geht ja letztendlich nur einmal eine kurze andere Wegführung zu erreichen. Das Dritte in diesem Zusammenhang verwunderlich, und da helfen wir gerne mit, wenn es hier einfach Kommunikationsprobleme innerhalb der Koalition gibt zwischen Schwarz und Grün oder umgekehrt, oder es hat sich doch noch nicht so durchgesprochen, dass die Koalitionspartnerin Lisa Rücker ja an und für sich Verkehrsstadträtin ist und also die Partnerin in der Koalition ja sehr wohl die Möglichkeit hätte, auch solche Maßnahmen ohne dringlichen Antrag hier unter Umständen in Bewegung zu setzen, prüfen zu

lassen, umzusetzen, was immer. Anscheinend funktioniert das nicht, einerseits nicht die Möglichkeit des Herrn Bürgermeister sich hier durchzusetzen bei der GVB, auf der anderen Seite hat es leider auch Lisa Rücker in ihrem Ressort nicht geschafft und es tut mir Leid, er ist heute nicht da, ich nehme auch an, dass der Herr ehemalige Verkehrsstadtrat Dr. Rüscher ja auch hier schon entsprechende Ambitionen gehabt hat, um hier etwas weiterzubringen. Nachdem Sie alle hier anscheinend unsere Unterstützung brauchen und wir in der Sache selbst sehr wohl das Problem erkennen, auch die Notwendigkeit erkennen, dass hier ein Handlungsbedarf gegeben ist, sind wir sehr wohl als SPÖ-Fraktion sowohl für die dringliche Behandlung dieses Antrages und bekennen uns auch zum Inhalt, weil uns, wie gesagt, auch das Wohlergehen und vor allem die Erreichbarkeit, die bessere Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln dieser genannten Institutionen und Einrichtungen ein wesentliches Anliegen ist. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl** zum Antrag: Dann sind wir beim Antrag. Da habe ich auch die Möglichkeit, dem Herrn Gemeinderat Eichberger noch Auskunft zu geben. Es ist im Gegensatz zum Pickerl des Handyverbotes vom Herrn GVB-Direktor Antony Scholz eigentlich immer bisher eine Absage gekommen, wenn es um die Verlegung einer Linie dorthin gegangen ist. Wir haben das ja auch in der letzten Periode versucht und es war auch leider nicht möglich, beim Finanzreferenten in der letzten Periode eine Ausweitung des Budgets zu erreichen. Aber ich bin mir sicher, dass ich mit dieser besonderen Unterstützung durch den Gemeinderat heute demnächst auch eine Lösung erzielen werde, gemeinsam mit meiner Partnerin Lisa Rücker in der Koalition (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Eine Anmerkung sei mir auch erlaubt. Es gibt einen Vertrag, einen Dienstleistervertrag mit den Verkehrsbetrieben, der beinhaltet bestimmte

Leistungen und wir haben momentan einen Stapel von Anträgen zu Busverlegungen, Busverlängerungen, der kann sich sehen lassen, aber wir haben diese Frage natürlich geprüft, weil es eine sehr ernst zu nehmende Anfrage ist oder ein Antrag ist, wo es um das Bedürfnis von einer Personengruppe geht, die eben ganz reell das Bedürfnis hat hinzukommen. Das Problem mit der Umlegung ist technisch nicht so einfach, nämlich einen 39er vom Griesplatz anders zu führen, würde bedeuten, dass gerade die Anbindung an den Griesplatz und den Regionalverkehr, der dort stattfindet, da fahren viele Regionalbusse weg, auch in Frage gestellt ist. Das heißt, man muss sich das schon genauer anschauen und so einfach zu sagen, man legt eine Buslinie um und hat dann womöglich ein anderes Einzugsgebiet verbessert, das jetzt auch sehr wichtig ist und gerade diese Greisplatzachse sonst aus dem Auge verloren wird, geht nicht. Aber wir haben uns damit beschäftigt, es würde ein zusätzlicher Kostenaufwand entstehen, der außerhalb des Vertrages liegt und deswegen ist es dann eh eine Gemeinderatssache, auch darüber zu befinden, was wir den GVB an zusätzlichem Geld zukommen lassen, um solche Leistungen zu finanzieren und damit betrifft es uns dann auch wieder alle. Aber natürlich sind wir auf der Suche nach Lösungen, um solche Institutionen, und da hat es ja einige neue Institutionen gegeben inzwischen, der Grieskai hat sich ja dort gerade sehr stark entwickelt, das muss man natürlich im Auge behalten (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Bevor ich zum nächsten dringlichen Antrag komme, möchte ich noch etwas nachholen, was ich vergessen habe. Auf Anregung von Frau Stadträtin Eva-Maria Fluch und unserem Direktor unseres städtischen Museums, Otto Hochreiter, haben wir für jeden Gemeinderat und für jede Gemeinderätin ein Exemplar der führenden und auch auflagenstärksten österreichischen Kunst- und Kulturzeitschriften besorgt, weil darin auf Seite 6, das Editorial ausschließlich die besonderen Leistungen des Stadtmuseums Graz gewürdigt sind. Insbesondere auch die laufende und aktuelle Ausstellung, die man wirklich besuchen sollte, Graz-Porträts, eine kleine Geschichte der Stadt Graz. Laut Parnas zeigt diese Ausstellung

auf exemplarisch Weise, wie aus scheinbar unattraktiver Depotware faszinierende Ausstellungserlebnisse entstehen können, wenn man als Kurator nur die relevanten Fragen stellt. Ausdrücklich wird unser Stadtmuseum in eine positive Reihe mit dem Wien-Museum unter der Leitung von Wolfgang Kos gestellt. Beide Museen würden einen Tigersprung ins Vergangene mit Witterung für das Aktuelle wagen. Also diese Hefte sind vor dem Gemeinderatssaal aufgelegt und für jeden von Ihnen ist ein Exemplar reserviert. Viel Freude und schön, dass unsere wirklich tolle Ausstellung auch national schon aufgenommen wurde (*allgemeiner Applaus*).

4) Kürzung der Verfahrensdauer bei Pflegegeldeinstufung/Petition an die Bundesregierung

GRin. **Haas-Wippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Haas-Wippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! In meinem dringlichen Antrag geht es um die rasche und effiziente Pflegegeldeinstufung. Es beziehen derzeit in Österreich rund 400.000 Frauen und Männer Pflegegeld, entweder Bundespflegegeld oder Landespflegegeldgesetz, und dieses Pflegegeld stellt einen notwendigen und wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Situation pflegebedürftiger Menschen und ihrer pflegenden Angehörigen dar. Und es wurde vom Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die unter dem Titel „Neugestaltung der Pflegevorsorge“ verschiedene neue Akzente setzt, zum Beispiel dass zusätzlich pflegende Angehörige unterstützt werden, dass das Pflegegeld um 5 % erhöht wird, dass es zu einer Einstufung von Demenzerkrankten kommt und zwar mit einer adäquaten Einstufung und auch dass Jugendliche, die schwer behindert sind, eine Einstufung nach dem Pflegegeldgesetz bekommen.

Ziel des gesamten Gesetzesvorschlages soll eine Weiterentwicklung und eine Verbesserung im Bereich dieses Bundespflegegeldgesetzes sein und auch die Einstufungsverordnung sollte verbessert werden. Es handelt sich dabei um eine

umfassende Verbesserung seit der Einführung des Pflegegeldes im Jahr 1993. Unter anderem soll auch mit Wirkung 1.1.2009 eine lineare Erhöhung aller Stufen des Bundespflegegeldes um fünf Prozent normiert werden.

Aus meiner Sicht wird allerdings einem wesentlichen Kritikpunkt beim Verfahren der Pflegegeldeinstufung nicht Rechnung getragen: Es geht um die Dauer des Verfahrens der Pflegegeldeinstufung.

Viele Menschen, die einen Antrag auf Pflegegeld stellen, sterben vor der ersten Auszahlung – dieser Missstand wurde bereits im vergangenen Herbst vom Bundesrechnungshof angeprangert.

Auch wenn sich für die/den Einzelne/n nicht immer so dramatische Entwicklungen ergeben, es ist in jedem Fall eine schwierige und finanziell wie psychisch belastende Situation für die Menschen.

Die betroffenen Menschen kommen durch die lange Dauer der Pflegegeldverfahren oft in eine prekäre finanzielle Lage, da sie das Geld für dringend erforderliche Betreuungs- und Pflegeleistungen nicht zur Verfügung haben. Dies trifft besonders Menschen mit niedrigen Einkommen, die oft nicht in der Lage sind, finanzielle Belastungen für die erforderliche und dringend notwendige Betreuung und Pflege aufzubringen. Auch die Prüfer des Bundesrechnungshofes empfehlen, dass die Begutachtungen für die Zuerkennung von Pflegegeld beschleunigt werden müssten, um Härtefälle zu vermeiden.

Bei Hospizpatienten wurde nach Initiativen und Interventionen zur Beschleunigung des Pflegegeldverfahrens bereits diesbezügliche raschere Einstufungen erfolgreich umgesetzt.

Aus den mir tagtäglich bekannten Problemstellungen und Sorgen der Menschen in Graz, die teils bis zu sechs Monate und länger auf den Bescheid der Einstufung warten müssen, ist auch dahingehend eine Novellierung des Bundespflegegeldgesetzes durchzuführen, das ja derzeit in Begutachtung ist, dass die Dauer des Einstufungsverfahrens auf maximal zwei Monate zu befristen ist.

Ich stelle daher namens des Gemeinderatsklubs der SPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge im Wege der Petition an die Bundesregierung und an den zuständigen Sozialminister Buchinger herantreten, mit dem Ziel, im Zuge der Novellierung des Bundespflegegeldgesetzes auch die Verfahrensdauer zur bescheidmäßigen Zuerkennung der entsprechenden Pflegegeldstufen – mit maximal zwei Monaten – zu befristen! Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Die heutige Diskussion über den dringlichen Antrag der Sozialdemokraten betreffend die Verfahrensdauer der Pflegegeldeinstufung gibt durchaus auch Gelegenheit, dass der Gemeinderat mit einer starken Stimme die Bundesregierung auffordert, auch weitere Maßnahmen im Rahmen der Novellierung des Bundespflegegeldgesetzes durchzuführen. Es kann doch wirklich nicht im Interesse der Stadt Graz sein, dass wir, wenn wir uns diese Novelle des Bundespflegegesetzes ansehen, dass wir hier offensichtlich mit allem zufrieden sind, nur an der Verfahrensdauer etwas auszusetzen haben. Eine Novelle des Pflegegeldgesetzes, die zumindest von mehreren Parteien des Gemeinderates, der Grünen, aber auch der Freiheitlichen oder dem BZÖ als Pfusch, als Chaos, zitiere Sozialsprecher Öhlinger, zitiere Sozialsprecher Hofer, aber auch unsere Sozialsprecherin Haubner, bezeichnet wird, eine Novelle, die de facto jene Menschen nicht berücksichtigt, die eigentlich gerade unter der hohen Inflationsrate zu leiden haben und dem dadurch eingeschränkten Pflegegeld. Das Pflegegeld wurde 1993 durch einen wirklichen Reformator des österreichischen Sozialsystems eingeführt. Der damalige Sozialminister, leider früh verstorben, Josef Hesoun...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Haupt.

GR. **Grosz:** Lieber Kurt, lerne Geschichte, war nicht Haupt, sondern Josef Hesoun, der mit der Einführung des Pflegegeldes einen wesentlichen Schritt gerade in der Absicherung der zu pflegenden Menschen in Österreich geschaffen hat und das Pflegegeld bis zum heutigen Tag auch unbestrittener Bestandteil des österreichischen Pflegesystems ist und auch in Zukunft sein soll. Und was haben wir in den Jahren 1993 bis 1999 erlebt, mehrmals die Kürzung des Pflegegeldes. Mehrmals wurde das Pflegegeld, das eigentlich durch einen Sozialdemokraten, durch einen großen Sozialisten unserer Republik eingeführt worden ist, mehrmals durch Sozialdemokraten geführt, bis es dann Gott sei Dank 2005 viel zu wenig, ich gebe zu, viel zu wenig und auch trotz des anhaltenden Widerstandes der Österreichischen Volkspartei, die es fünf Jahre lang blockiert hat in Form Ihres Herrn Bartenstein, einen sehr unsozialen Menschen im Übrigen, dann doch konnte 1995 das erste Mal das Pflegegeld seit der Einführung 1993 wieder erhöht werden. Zu Recht auch bezeichnet von damals, zum Beispiel der Grünen, aber auch damals der Sozialdemokratie als Tropfen auf den heißen Stein. Nicht zuletzt durch die Teuerung und Inflation und den Wertausgleich, der ja seit 1993 nicht Stopp gemacht hat. Aber das was uns heute vorliegt, mit einer einmaligen fünfprozentigen Erhöhung, die angesichts der hohen Inflationsrate ohnedies zu wenig ist und einem Nichtzugeständnis an die zu pflegenden Menschen in Österreich, es jährlich zu valorisieren, kann bestenfalls als Almosengesetz bezeichnet werden. Ich bin der Sozialdemokratie und auch der Gemeinderätin Wippel, sehr dankbar, dass sie es eingebracht hat, weil es uns die Möglichkeit gibt, einen Abänderungsantrag einzubringen und damit die Bundesregierung nicht zu bitten, sondern tatsächlich aufzufordern, im Pflegebereich ein gesamtheitliches Konzept vorzulegen. Wenn in der Pflege alles so passen würde, wie Frau Gemeinderätin Wippel nur an einem Punkt, offensichtlich passt es ja, weil sonst hätte sie nur an einem Punkt etwas auszusetzen, dann würden nicht die Zeitungen, sämtliche Verbände, österreichischer Zivilinvalidenverband, Caritas, Diakonie täglich von Pfusch, von Chaos im Rahmen der Pflegegeldgesetze und des Bundespflegegesetzes sprechen, wenn es so in Ordnung wäre. Daher sollten wir durchaus auch heute die Gelegenheit ernst nehmen, nicht zuletzt auch deswegen, weil wir ja auch in Graz sehr viele Menschen haben, die sich in Pflege befinden, sehr viele Menschen dankenswerterweise auch in der Pflege unserer öffentlichen Einrichtungen, nämlich der Geriatrischen Zentren, sind fälschlicherweise von der zuständigen Stadträtin als Armen und Siechenhaus

bezeichnet, nein, ein Haus der Humanität. Aber auch sehr viele Pfleglinge, die sich in der Betreuung zu Hause befinden und ich bin daher der Meinung, dass wir daher durchaus den heutigen Tag nutzen sollten, die Bundesregierung aufzufordern, nicht nur umfassendes Pflegegeldgesetz vorzulegen, sondern auch das Pflegegeld so zu erhöhen, wie es nach den Jahren der Nichterhöhung eigentlich notwendig ist und wie es eigentlich von zumindest einigen Parteien des Gemeinderates gefordert wird, nämlich auch in der Höhe von zehn Prozent, statt den vorgeschlagenen fünf Prozent. Auch die jährliche Valorisierung des Pflegegeldes einzuführen, denn es ist nicht einzusehen, dass jeder Arbeitnehmer, jeder Pensionist de facto, jeder Bereich in diesem Land mehr oder weniger mehr recht als schlecht an die Inflation angepasst wird, aber die immer höher werdenden Kosten in der Pflege, aber nicht nur das, nicht das Pflegegeld angepasst ist und die Menschen eigentlich von unter Anführungszeichen „Almosen“ leben müssen. Daher stellen wir in diesem Zusammenhang folgenden Abänderungsantrag: Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen: Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert im Wege einer Petition die Bundesregierung und hier insbesondere den säumigen Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz Mag. Erwin Buchinger auf, d'accord zur Frau Gemeinderätin Wippel die Verfahrensdauer beim Bundespflegegeldgesetz zur bescheidmäßigen Zuerkennung der entsprechenden Pflegestufen ist auf maximal zwei Monate zu befristen, das Bundespflegegeld um zehn Prozent, anstatt der von der Bundesregierung vorgesehenen fünf Prozent zu erhöhen. Drittens die jährliche Valorisierung des Bundespflegegeldes einzuführen, Viertens das Bundespflegegeld durch einen zweckgebundenen Pflegescheck zu erweitern, um pflegende Angehörige zu entlasten. Fünftens die Finanzierung der Pflege aus einer Hand durch die Errichtung eines Pflegefonds sicherzustellen. Sechstens, und dem Nationalrat ein umfassendes Gesamtpflegekonzept zur Absicherung des derzeit massiv gefährdeten österreichischen Pflegesystems vorzulegen. Ich danke und bitte um Ihre Zustimmung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, das ist kein Abänderungsantrag, sondern das ist ein Zusatzantrag, weil ja mit Ausnahme der Wertschätzung gegenüber dem Herrn Bundesminister der erste Punkt auch von der Zeit her denselben Inhalt hat. Die

restlichen Punkte sind relativ umfassend und es wäre auch schön gewesen, wenn man im Vorfeld der Gemeinderatssitzung eines umfassenden Zusatzantrages auch in die Fraktionen bekommen hätte, um die Auswirkungen da zu überprüfen. Es wäre nicht uninteressant über alle Auswirkungen, die hier eingefordert werden, einmal auch in allen Klubs nachzudenken, das ist ja sehr umfassend. Aber jetzt würde ich einmal sagen, bevor wir dann auch zur Abstimmung kommen, die Frage auch, wünscht jemand dazu das Wort?

GRin. Mag.a **Taberhofer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als KPÖ stimmen wir dem Dringlichkeitsantrag inhaltlich zu, weil wir den Motivenbericht für sehr gut empfinden, wenn auch der Dringlichkeitsantrag nur einen Teilaspekt hervorhebt, nämlich die Verfahrensdauer, halten wir das doch für einen ganz wichtigen Punkt, weil sehr viele der Menschen, die den Anspruch auf Pflegegeld haben, auch aus einer sozial schlechter gestellten Situation heraus und eben, weil ihr Gesundheitszustand sehr schlecht ist, natürlich möglichst schnell einfach auf diese finanzielle Hilfe angewiesen sind, um auch entsprechend auch versorgt werden zu können. Also ich stimme dem Kollegen Grosz in einzelnen Punkten zwar zu, dass das nur ein Teilaspekt ist, der Herr Bürgermeister hat aber auch schon darauf hingewiesen und das möchte ich auch nochmals hervorstreichen, dass man im Vorfeld dieses Thema umfassender diskutieren und behandeln sollte und dann, also wenn die Punkte vorgelegen wären und man sich ein Bild davon machen hätte können, wäre es auch leichter gewesen, in verschiedenen Punkten dem zuzustimmen, so würde ich eher vorschlagen, dass man sich auf Perspektive zusammensetzt, also die verschiedenen Fraktionen, die Sprecherinnen oder Sprecher in dem Bereich und durchaus überlegen, da auch ich einige Kritikpunkte, die in eine neue Regelung einfließen könnten, habe; einerseits glaube ich, dass man zum Beispiel bei der Einstufung, es wird zwar immer von objektiven Kriterien gesprochen, aber bei der Einstufung gibt es manchmal sehr subjektive Entscheidungen, die nicht immer ganz nachvollziehbar sind. Man hat zwar ein Einspruchsrecht, aber ich glaube, da sollte man das auch, den Bereich der Einstufung überprüfen, also ich glaube, es gibt einzelne Teilaspekte, die man besprechen kann, ich glaube, auch aus geschlechtsspezifischer Sicht wäre es einmal

sinnvoll nachzufragen, also bei der Pflegegeldstufe 1 ist der Bedarf 50 Stunden und da wird sehr hoch bewertet, ob man kochen kann oder nicht. Also ich finde, da sind einige inhaltliche Kriterien, die man da besser klären muss und dann auch diskutieren muss. Aber generell, was die Höhe anbelangt, finde ich es auch für sehr wichtig, dass es da zu einer Anhebung kommen muss und das kontinuierlich und vielleicht schaffen wir es, dass wir uns zusammensetzen und das genauer irgendwie besprechen und noch einzelne Punkte dann vielleicht gemeinsam in einer Petition dann auch nachreichen, um in diesen Diskussionsprozess inhaltlich qualitativ auch gut eingreifen zu können, ansonsten stimmen wir dem natürlich gerne zu (*Applaus KPÖ*).

StRin. Dr. **Winter**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Kollege Grosz! Ich finde es ungeheuerlich ehrenwert, wenn Sie mich in Ihrer Rede zitieren, aber ich habe eine Bitte, wenn, dann zitieren Sie mich richtig. Als politische Referentin der GGZ muss ich auch auf den Ruf der GGZ achten und ich lasse mir nicht unterstellen, dass das Wort Armen- und Siechenhaus nicht schon sehr, sehr lange in Gebrauch ist. Wenn sie die Geschichte der GGZ kennen, dann werden Sie auch wissen, dass sie als solches gegründet worden sind, und unter sehr alten Schichten unserer Bevölkerung auch so noch gebraucht werden. Mein Wunsch ist es, eine total gute Einrichtung und für die Grazer Bevölkerung wichtige Einrichtung nicht schlecht zu reden, sondern da auch wirklich stolz dahinter zu stehen und erfreut zu sein, dass man Grazer ist und das man eine solche Einrichtung auch haben kann. Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte zum Antrag von der Gemeinderätin Wippel auch noch Bezug nehmen. Der mir, glaube ich, sehr wichtig ist, weil...

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir sind noch bei der Dringlichkeit, weil die Frau Stadträtin sich zu Wort gemeldet hat, bitte ich noch kurz zuzuwarten. Darf ich gleich die Frage stellen, gibt es einmal gegen die Dringlichkeit einen Einwand. Zur Dringlichkeit möchte die Frau Gemeinderätin Binder sich melden.

GRin. **Binder**: Danke für diesen Antrag, der einen sehr wichtigen Punkt in unserer Gesellschaft aufgreift. Die Ulli Taberhofer hat vieles schon gesagt, ich wiederhole das nicht, da kann ich voll und ganz dahinterstehen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Dringlichkeit wurde schon abgestimmt, damit ist es jederzeit möglich und die Frau Gemeinderätin spricht einfach weiter.

GRin. **Binder**: Zum BZÖ-Abänderungsantrag, was ist...

Zwischenruf: GR Mariacher wurde zu Unrecht unterbrochen.

GRin. **Binder**: Ja, habe ich gehört.

GR. Mag. **Mariacher**: Ich hätte die Klubobfrau Binder sicherlich auch vorgelassen, da hätte ich kein Problem. Ich wollte zum Antrag Folgendes sagen: Natürlich ist, sage ich einmal, die Verfahrensdauer ein ganz wesentlicher Aspekt und dem kann ich auch folgen und dieses Thema habe ich auch gekannt. Ich möchte nur im zeitlichen

Ablauf sagen, dass bereits im Vorfeld, bevor es überhaupt zum Antrag kommt, für viele Patienten einfach zeitliche Verzögerungen entstehen, einfach auch auf Grund, sage ich einmal, sozialen Drucks, den man sich vielleicht selber auflegt als Patient, aber auch seitens der Angehörigen oder des näheren familiären Umfeldes, das einfach dazu führt, dass man verspätet zum entsprechenden niedergelassenen Arzt meistens, der praktische Arzt ist da meistens zuständig, der praktische Arzt, auch nicht sofort agiert, wo vielleicht die Pflegestufe 1, 2 bereits mit einem Antragsformular entsprechend ausfüllt, auch wenn es bereits zu diesem Zeitpunkt her gerechtfertigt wäre und mehrere Monate oftmals ins Land gehen sozusagen, wo eigentlich dieser Anspruch im Regelfall verfällt. Weil nachher entsprechend zu dokumentieren, dass man vor einem halben Jahr diesen Anspruch gehabt hätte, ist fast illusorisch. Also ich unterstützte ausdrücklich diesen Antrag, der von der Kollegin Wippel gebracht worden ist, möchte mich auch dahingehend unterstützend zu den Äußerungen von der Kollegin Taberhofer äußern, dass das Thema an sich ein sehr, sehr umfassendes ist und ich glaube, dass man das in einem breiteren Rahmen diskutieren möchte. Allein der Punkt, der richtigerweise vom Kollegen Grosz angeschnitten worden ist, der vielfach ausgefallenen Valorisierung des Pflegegeldes, das eine sehr starke Erosion über die Jahre dieser so notwendigen Sozialleistung gebracht hat und ich will hier gar nicht von Aktivleistung reden, wie Aktivpass, sondern Sozialleistung ist nichts Schöbigen, das sollten wir durchaus auch nennen, aus meiner Sicht und auch die Frage ins Treffen führen, ob es auch gescheit ist, da dem Warenkorb des normalen Verbraucherpreisindex heranzuziehen, weil der vielfach nicht schlagend ist, weil ob jemand sich eine Kamera besorgt oder einen Pauschalluxusurlaub in der Karibik oder in Ägypten, das ist für jemanden, der Pflegegeldanspruch hat, nicht das Entscheidende, sondern da sind andere Leistungen des täglichen Gebrauchs, aber auch Dienstleistungen, um allein diese Pflegeleistungen in Anspruch zu nehmen, wenn die familiären Gegebenheiten nicht ausreichen, wenn man begleitende Unterstützungen der mobilen Dienste braucht, notwendig, um dieses zu begleichen und nicht sich selbst oder die Familie in finanzielle Schieflagen zu bringen. Ich denke, das ist ein wichtiges Thema, das behandelt werden muss, aber im breiteren Umfang und nicht mit Zusatzanträgen, die über fünf, sechs Punkte gehen, die zu umfassend sind. Ich bitte da um Berücksichtigung. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**. In Absprache zwischen Frau Gemeinderätin Binder und Herrn Gemeinderat Hohensinner meldet sich nun Herr Gemeinderat Hohensinner zuerst zu Wort.

GR. **Hohensinner**: Ich bin ja auch als Behindertenpädagoge in dieser Materie drinnen und beschäftige mich auch damit, ich finde es gut, dass von der SPÖ dieser Antrag heute eingebracht wurde. Wir hätten natürlich auch gleich einen Brief an den Bundesminister schicken können, auch das hätten wir unterstützt, aber über den Gemeinderat ist natürlich auch hier ein Schulterschluss gegeben, was das Ganze vielleicht ein bisschen ankurbelt. Zum Gerald Grosz, ich bin ja immer bei den Sitzungen vom Herrn Regierungsrat Tripper dabei, der hat auch die fehlende Anhebung bemängelt, mehrmals fast jedes Jahr macht er das, stimmt voll und ganz. Die weiteren Punkte mit Pflegescheck, das war alles ein bisschen viel auf einmal, Gerald, wir würden uns gerne damit auseinandersetzen, ausführlich in einem Sozialausschuss, wo du natürlich auch eingeladen bist. Und zwar bis zur nächsten Gemeinderatssitzung und dann wollen wir darüber abstimmen, deshalb stelle ich jetzt an dieser Stelle einen weiteren Zusatzantrag, der wie folgt lautet: Der Sozialausschuss befasst sich bis zur nächsten Gemeinderatssitzung mit den von Gerald Grosz in einem Zusatzantrag formulierten Punkten, um in der nächsten Sitzung, also in der Juli-Sitzung, die Petition zu vervollständigen, ist das in Ordnung? Ein Nicken vom Gerald Grosz, also das ist der Zusatzantrag und ich freue mich, dass wir da zusammenkommen alle miteinander, dass man gerade bei den Pflegegeldveränderungen schaut. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Liebe Kollegin Wippel, viel Lob auch noch von mir auch. Es ist sehr viel gesagt worden, ich wiederhole da nicht mehr, nur ein Aspekt ist mir noch wichtig, wenn es um Pflege geht. Pflege ist auch ein Faktor, der Menschen in Armut treibt. Zum Teil haben Sie die Gründe schon genannt, ein Grund ist nicht genannt worden, das ist der Regress, der belastet sehr viele Menschen und ich würde mir wünschen, wenn wir das nächste Mal auch Zustimmung erhalten können, wenn wir zur Frage

des Regresses, der Abschaffung des Regresses hier einen Antrag einbringen werden. Ich habe das schon in der vorigen Periode einmal gemacht und da hat gerade Ihre Fraktion dagegen gestimmt, was mir bis heute noch schleierhaft ist. Aber ich denke, die Zeiten haben sich geändert und die Realität ist, glaube ich, auch in Ihrer Fraktion in dieser Frage hoffentlich eingeleuchtet. Noch einmal herzlichen Dank für diesen Antrag.

StRin. **Edlinger**: Zu dir, liebe Sigi, das Problem des Regresses entsteht ja gerade dadurch, weil die Pflege im Moment die Finanzierung eben auch erfährt über die SHG, also der Sozialgesetzgebung, Sozialhilfegesetzgebung. Was die Sozialhilfe anlangt, da gehen wir einer guten Zukunft entgegen, dass der Regress wekommt. Nicht noch bei der Pflege, solange, und das ist auch wieder die Diskussion, die wir hier schon hatten, die wir auf Stadtregerungsebene hatten, wir brauchen eine neue Pflegefinanzierungsform jenseits einer Sozialhilfegesetzgebung, so wie wir es jetzt haben. Der Kollege Grosz hat in seinem Zusatzantrag den Pflegefonds angesprochen beziehungsweise konkret gefordert, da gibt es unterschiedliche Zugänge von den Parteien, manche sind mehr für eine Pflegeversicherung, andere sind für die Pflegefondslösung. Ich wollte jetzt nur nachfragen, ich freue mich, wenn es seitens der Mitglieder im Sozialausschuss so ein reges und großes Interesse daran gibt, über Pflege Themen zu diskutieren und ich denke mir, lieber Kurt Hohensinner, wenn du diesen Zusatzantrag stellst, dass natürlich wahrscheinlich auch die Vorsitzende des Sozialausschusses einverstanden sein wird, liebe Sissi Potzinger, dass wir im Sozialausschuss über die Punkte dieses Zusatzantrages vom Kollegen Grosz diskutieren. Ich möchte nur darauf hinweisen, ich sehe das nicht als Auftrag, dass das Amt für den kommenden Sozialausschuss quasi eine Vorbereitung im Sinne eines Stückes zu liefern hat. Das, worüber wir diskutieren, sind die sechs Punkte des Kollegen Grosz, wir können ja gerne noch vorher überlegen, ob die Mitglieder des Sozialausschusses bestimmte Informationspersonen, also Personen einladen wollen, um dort auch Informationen noch einholen zu können, aber bitte zu verstehen, dass nicht das Sozialamt hier ein Stück vorbereiten kann für diese Diskussion, weil es ja gerade eben darum geht, unterschiedliche Zugänge in der Frage der Finanzierung zu diskutieren. Es kann nicht das Sozialamt irgendwie ein

Stück vorbereiten, wo dann steht, besser ist die Pflegeversicherung als der Pflegefonds, also Grundlage dieser Diskussion können nur diese sechs Punkte des Zusatzantrages sein, das war mir wichtig, einfach auch klarzustellen.

GRin. Mag.a **Taberhofer**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Vielleicht mache ich es von da aus, ich habe nur einen Einwand, ich möchte nicht ausschließlich nur über die sechs Punkte des Kollegen Grosz sprechen, sondern ich finde, dass es offen sein muss und verschiedene Ideen und Vorstellungen dort einbringen, wäre eine Einschränkung, die mir nicht gefällt (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke für den Zuruf aus der hintersten Gemeinderatsbank, worüber sich unsere Schriftführer nicht sehr freuen, weil es dann nicht am Tonband ist, aber ich werde das dann auch wiederholen. Ich darf vielleicht im Moment einmal den derzeitigen Stand zusammenfassen, damit wir alle einen Überblick haben. Wir haben einen dringlichen Antrag von Frau Gemeinderätin Haas-Wippel, wir haben darüber hinaus einen Zusatzantrag vom Kollegen Grosz, der den ersten Punkt ident hat mit der Kollegin Wippel, die weiteren fünf Punkte allerdings vorgetragen hat, der steht als Zusatzantrag und ist von uns auch zu behandeln. Daneben gibt es jetzt einen Zusatzantrag vom Kollegen Hohensinner, der jetzt auch mit der Ergänzung dessen, was Frau Taberhofer gesagt hat, vielleicht folgendermaßen lautet: Der Sozialausschuss befasst sich bis zur nächsten Gemeinderatssitzung unter anderem auch mit den vom Gemeinderat Gerald Grosz in einem eigenen heute vorgebrachten Zusatzantrag formulierten Punkten zwei bis sechs, um in der nächsten Sitzung des Gemeinderates die Petition zu vervollkommen. Damit ist auch das enthalten, das Frau Ulrike Taberhofer gesagt hat, wir sprechen nicht nur über die fünf Punkte, sondern unter anderem auch diese fünf Punkte.

GRin. **Haas-Wippel**: Ich freue mich wirklich sehr über die tolle Zustimmung und Diskussion, Pflege ist mir ja ein Herzensanliegen, wie Sie wissen und ich denke mir, da sind so viele Punkte angesprochen, die wirklich wichtig sind, wie eben auch von der Stadträtin Elke Edlinger gesagt, dass die Pflege ein Thema ist, das breit gefasst ist und breit angelegt wird, ebenso die Finanzierung der Pflege, Pflegevorsorge oder Pflegefinanzierung oder Pflegefonds, das ist ganz, ganz wesentlich. Regress ist ein Thema, das ja in der Steiermark leider Gültigkeit hat, andere Bundesländer haben das anders. Es stellt sich generell die Frage, warum ein kleines Land wie Österreich neun unterschiedliche Sozialhilfegesetze braucht und neun unterschiedliche Pflegegeldgesetze. Also da gibt es sehr viel zu tun und wenn wir das bis zum nächsten Mal noch genauer erarbeiten können, das ist eine ganz eine wesentliche Sache, es ist auch diese Woche die Novelle zum Bundespflegegeldgesetz herausgekommen und (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) da kann jeder natürlich Stellung nehmen. Ein Punkt zum Kollegen Grosz, weil er sagt, die Pflegeexponenten oder -expertInnen der Pflegeorganisationen würden das als Pusch bezeichnen, es waren alle Expertinnen und Experten aller Anbieter und aller Pflegeorganisationen dabei, aber wir haben ja die Möglichkeit der Begutachtung und der Stellungnahme. Ich danke für die Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Grosz wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Zusatzantrag von GR. Hohensinner wurde einstimmig angenommen.

Zwischenruf GR. Herper: Jetzt sagst nix mehr.

*Zwischenruf GR. Grosz: Nein, jetzt bin ich baff. Danke – Freundschaft!
Wenn man rot auswäscht, wird es orange.*

5) Haus Rosalie

GRin. Mag.a **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag.a **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! In meinem dringlichen Antrag möchte ich mich gerne an Sie wenden, und zwar geht es mir hier um die Richtlinie für die Zuweisung von Gemeindewohnungen einerseits und das Zweite, vollständigerweise sei hier noch dazugesagt, dass die aus dem Jahr 2000 stammt, und zum anderen um die BewohnerInnen im Haus Rosalie. Das Haus Rosalie ist eine Notschlafstelle für Frauen in der Babenbergerstraße, das heißt, Frauen und Kinder, die in Not geraten, können dort eine bedürfnisgerechte Unterkunft finden. Der Träger ist das VinziHelp der Vinzenzgemeinschaft. Die Frauen, die im Haus Rosalie Unterkunft finden, können dann natürlich um eine Gemeindewohnung ansuchen und hier findet sich das Problem. Die Richtlinie für die Zuweisung von Gemeindewohnungen sieht ein Punktevergabesystem einerseits vor und zum Zweiten gibt es einen Teil, wo hier eine Einzelfallprüfung, Wohnungsversorgung in Notfällen stattfindet. Das Punktevergabesystem, so wurde es immer wieder gesagt, sei gerecht und hat auch zu einer Zuweisung von Wohnungen immer wieder, also einer gerechten Zuweisung geführt. Aber die BewohnerInnen im Haus Rosalie werden ebenfalls nach diesem Punktesystem, das für Bürgerinnen und Bürger gilt, die nicht notfallwohnungsversorgt werden müssen und somit werden die BewohnerInnen im Haus Rosalie nicht bevorzugt oder anders behandelt. Das heißt, weil die Wohnungen oder die Zimmer, besser gesagt, die Zimmer im Haus Rosalie über eine eigene Nasszelle verfügen, werden sie im Punktebewertungssystem benachteiligt und kommen so erschwert zu einer Gemeindewohnung. Wir haben uns das auch angeschaut, auf der Homepage des Wohnungsamtes wird im Zuge dieser Richtlinie natürlich auch darauf verwiesen, dass es sozial gerecht ist und

insbesondere Grazerinnen und Grazer, die einen erhöhten Bedarf nach einer Gemeindewohnung haben, dadurch bevorzugt werden. Wie ich Ihnen erläutert habe, ist dem nicht so, es ist unserer Meinung nach eine indirekte Diskriminierung und somit stellt das keine sozial gerechte Wohnungsvergabe dar. Eine Notschlafstelle darf und kann und soll immer nur ein Übergangsangebot sein, das natürlich wichtig und notwendig ist, aber diesen Bewohnerinnen soll natürlich auch der Zugang zu den Gemeindewohnungen nicht erschwert werden

Werte KollegInnen, ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

dass die zuständigen Stellen veranlasst werden, das Gemeindewohnungs-Vergabesystem dahingehend einer Überprüfung zu unterziehen, dass das Haus Rosalie als Notschlafstelle anerkannt und für die Bewohnerinnen des Hauses Rosalie, die um eine Gemeindewohnung ansuchen, ein Zugang zum Erreichen der notwendigen Punkteanzahl im Sinne einer sozial gerechten Wohnungsvergabe sichergestellt wird. Dem Gemeinderat ist bis spätestens zur Septembersitzung ein entsprechender Bericht vorzulegen (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Kahr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Gemeinderätin Bauer! Für die Einstufung des Hauses Rosalie ist nach den Bestimmungen der Richtlinien kein Gemeinderatsbeschluss notwendig. Alle die bisher im Wohnungsvergabeausschuss Mitglieder waren, und ich weiß, dass auch Sie Mitglied im Wohnungsvergabeausschuss sind, müssten eigentlich wissen, dass sie das Recht haben, jederzeit über den Ausschussvorsitzenden einen Wohnungsvergabeausschuss einzuberufen, es war bisher immer übliche Praxis, auch wenn es um solche Themen gegangen ist, wie die Prüfung und Diskussion über die Einstufung einer Notunterkunft im Wohnungsvergabeausschuss, darüber zu diskutieren und dort auch eine Entscheidung zu treffen. Deshalb wird meine Fraktion der Dringlichkeit dieses Antrages nicht zustimmen, weil wir hier keine Notwendigkeit

sehen und weil vor allem der Gemeinderat hier auch ein Beschluss hier darüber auch nicht notwendig uns erscheint. Trotzdem einige Anmerkungen dazu. Das Wohnungsreferat geht gegenüber den Bewohnerinnen des Hauses Rosalie völlig korrekt im Sinne der im Gemeinderat beschlossenen Richtlinien vor. Von einem bösen Spiel mit Frauen in höchster Not, wie vor kurzem in der Presse zu lesen war, kann überhaupt daher nicht die Rede sein. Die Nichtzuerkennung als öffentliche Notunterkunft hat nichts mit der Ausstattung der Zimmer des Hauses Rosalie zu tun. Dieses spielt bei der Punktebewertung der Ansuchen der Bewohnerinnen eine Rolle und dadurch kann es natürlich in einzelnen Fällen zu dem Gefühl kommen, dass man nicht gerecht bewertet wird. Durch die Anerkennung des Hauses Rosalie als öffentliche Notunterkunft kann natürlich weitgehend gelöst werden. Ich gebe aber schon jetzt, auch wenn wir darüber im Vergabeausschuss eine Diskussion führen, aber Folgendes zu bedenken: dass Einzelfälle prinzipiell ohne Wartezeit wohnzuversorgen sind, was gegenüber dem Punktefällen gerade jetzt, wo sich die Wartezeiten auf Grund der vermehrten Wohnungssuchenden und der unzureichenden Wohnbautätigkeit andererseits ganz deutlich verlängert haben, eine gravierende Bevorzugung darstellen würde. Die Frage der Diskriminierung muss man auch aus diesem Blickwinkel sehen und ich gebe auch zu bedenken, dass gerade im Hinblick, wenn es um Gewalt in der Familie geht, und leider ist dieses Phänomen im Steigen begriffen, man auch sich einiges überlegen muss. Wie kann in diesem Bewusstsein eine Ungleichbehandlung von Frauen, die sich in einer ähnlichen Situation, aber in privaten Wohnungen, von denen man wirklich, und ich kenne viele dieser Beispiele, in regelrechten Löchern wohnen, sprechen, wie sieht man das in diesem Fall. Das Haus Rosalie hat zehn Wohnungen. All diese Frauen, die hier Gewalt erfahren, können durch das Haus Rosalie gar nicht aufgenommen werden und sind angewiesen, von den privaten Wohnungen bei unserem städtischen Wohnungsamt anzusuchen und wir haben ebenfalls die Verpflichtung, diese Frauen und Familien rasch wohnzuversorgen. Derzeit, nur zur Information, gibt es zirka 15, nicht zirka, genau 15 öffentliche Notunterkünfte, die in unseren Richtlinien für eine Wohnversorgung im Notfall durch das Wohnungsamt oder durch den Wohnungsvergabeausschuss aufgenommen wurden. Darüber hinaus gibt es nicht nur das Haus Rosalie, sondern noch viele weitere provisorische Notunterkünfte, die nicht als öffentliche Notunterkunft anerkannt bis jetzt wurden. Auch wenn ich mir sehr wünschen würde, dass all diese Einrichtungen eine Berücksichtigung erfahren

würden, gebe ich noch einmal ganz deutlich zu bedenken, und das muss auch klar gesagt werden, dass es hunderte von Familien und Personen in privat vermieteten wirklichen Löchern gibt, die ebenfalls die Verpflichtung und das Anrecht auf eine rasche Wohnversorgung haben. Ich kann Ihnen, und das biete ich Ihnen heute ganz konkret an, auch der Frau Gemeinderätin Bauer und allen, die es interessiert, gehen Sie mit mir einen Rundgang durch die Stadt Graz, dann überzeugen Sie sich selber, wie diese Familien und diese Personen wohnen und dann frage ich Sie, zu welcher Entscheidung, zu einer gerechten Entscheidung Sie kommen würden. Es gibt auch, und davon wird oft wenig gesprochen, viele Frauen und Männer, die weder in Notunterkünften einen Platz finden, auch viele, die es nicht wollen und auch viele, die von diesen Notunterkünften aus bestimmten Auflagen gar nicht erst aufgenommen wurden. Auch diese Menschen müssen wir vom städtischen Wohnungsamt wohnversorgen, diese finden sich meist in keinen Statistiken, weil sie größtenteils bei Freunden, Bekannten oder Angehörigen wohnen. Ich meine, dass man sich eine Problematik nicht einzeln herausgreifen kann, sondern, dass man immer einen Gesamtblick auf eine Problemlage werfen muss, weil es, und das zeigt die Erfahrung, man hier sehr oft zu nicht gerechten Entscheidungen kommen kann. Zum Schluss möchte ich aber eines noch anmerken. Ich hätte mir eigentlich gewünscht, gerade im Interesse von vielen Familien und Personen, die durch ihre Einkommen und durch ihre Löhne und Gehälter sich die teuren Mieten am privaten Wohnungsmarkt nicht leisten können, gerade im Hinblick auf die vielen wohnungslosen Menschen, die sich in den Statistiken hier im Hause nicht wiederfinden, hätte ich mir gewünscht, dass gerade die SPÖ auch hier im Hause einmal einen Dringlichkeitsantrag einbringt zum Bau von mehr Gemeindewohnungen, weil genau das ist die Problemlage, um die es hier geht (*Applaus KPÖ*). Wir streiten hier eigentlich und diskutieren um des Kaisers Bart, solange wir nicht mehr leistbaren Wohnraum haben, werden wir die Wartezeiten, egal ob das Einzelfallprüfungen von Menschen und Familien in privaten Wohnräumen oder in Notunterkünften sind, nicht dem eigentlichen Sinn einer Notunterkunft, nämlich rasch sie wohnzuversorgen, nachkommen können, weil die Wartezeiten einfach zu lange sind. Vor allem möchte ich auch eines sagen, es ist gerade Ihre Fraktion, die wenig dazu beigetragen hat, weder in Stadt, noch im Land Steiermark, dass sich an dieser Situation etwas ändert. Ganz im Gegenteil, es ist gerade die SPÖ im Land Steiermark, die wesentlich dazu beiträgt, dass der

Wohnbauförderungstopf ausgeräumt wird und damit sozusagen wir erst recht wenig Gemeindewohnungen in Graz und im Rest der Steiermark errichten können. Oder, ich möchte auch daran erinnern an die Wohnbeihilfe, bis vor kurzem hat es hier noch Wartezeiten bis zu, was die Ausbezahlung betrifft, bis zu fünf Monaten gegeben, auch viele Familien sind hier bei uns gewesen und der Wohnungsverlust hat gedroht, weil sie die Wohnbeihilfe nicht ausbezahlt bekommen haben rechtzeitig. Es war das Drängen der KPÖ im Land über mehrere Anträge, dass hier eine Verbesserung jetzt wieder eingetreten ist. Zuletzt, als zuständige Referentin bin ich nicht daran interessiert, hier einzelne Personengruppen gegeneinander auszuspielen, sondern es geht immer um die Versorgung der Menschen und Familien, um eine Gemeindewohnung für alle, die ein Anrecht und einen Anspruch darauf haben. Einer Überprüfung und einer Diskussion im Wohnungsvergabeausschuss steht natürlich nichts im Wege, ganz im Gegenteil, und dem stehe ich natürlich auch positiv gegenüber (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Spath**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Die Frau Stadträtin hat es schon ausgeführt, es hätte nur einer Kontaktaufnahme mit dem Amt bedurft und man hätte auf kurzem Wege das Problem lösen können, liebe Frau Kollegin Gemeinderätin Bauer. Ich verstehe schon, es wäre natürlich nicht so medienwirksam gewesen, wenn Sie das vorweg gemacht hätten, aber wir möchten uns auch dem anschließen, was die Frau Stadträtin schon gesagt hat, wir wollen das im Fachausschuss behandeln und nicht hier im Gemeinderat. Der Gemeinderat ist übrigens gar nicht unbedingt zuständig in dem Sinn, sondern das kann man durchaus auch im Amt machen beziehungsweise im Wohnungsausschuss. Da verwehren wir uns nicht dagegen, auch als Ausschussvorsitzender werde ich das gerne behandeln und im nächsten Fachausschuss werden wir das besprechen. Wir lehnen als ÖVP-Fraktion daher eben auch diese Dringlichkeit ab, wir sehen hier keine Notwendigkeit, das hier zu behandeln. Danke (*Applaus ÖVP*).

Mag.a **Bauer**: Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier noch ganz kurz replizieren. Ja, wir haben vieles im Gemeinderat schon behandelt und thematisiert, was sicher in einem Ausschuss oder wahrscheinlich auch von einzelnen Stadtregierungsmitgliedern sehr einfach erledigt werden hätte können.

Zwischenruf StRin. Kahr: Du brauchst keinen Dringlichkeitsantrag.

Mag.a **Bauer**: Ich meine da hier nicht als Einzelbeschluss, sondern in der Form der Durchführung und das ist ein Unterschied. Also ich habe mich hier schon auf die Richtlinie bezogen und nicht den Einzelbeschluss gemeint. Also, den Ablauf sollte man auch noch einmal im Ausschuss, der gehört natürlich dann im Ausschuss diskutiert, das habe ich nicht hier thematisiert, ich bitte, das auch zu respektieren und dass hier eine Abgrenzung meinerseits stattgefunden hat. Ich möchte hier nur ganz kurz einige Relationen noch ansprechen, natürlich ist es wichtig, auch andere, die eine Wohnung suchen und sich bewerben, zu berücksichtigen, aber hier geht es vor allem um etwa zehn Frauen, die dort wohnen können. Wir haben etwa 10.000 Gemeindewohnungen mit einigen Zuweisungswohnungen, aber nur auch hier die Relation, die ich hier gerne dargestellt hätte und auf einen Aspekt hätte ich nur gerne hingewiesen. Wir geben von der Stadt Geld aus, um natürlich hier Notunterkünfte zu unterstützen und andererseits müssten wir natürlich konsequenterweise auch schauen, dass Frauen oder Personen, die aus Notunterkünften in Gemeindewohnungen ziehen können, dass wir ihnen hier auch die Chance, die adäquate und gleichgerichtete Chance geben. Zur Wohnungspolitik der SPÖ und insbesondere auf Landesebene, die Wohnbeihilfe neu war ein Meilenstein, der vielen Steirerinnen und Steirern leistbareres Wohnen möglich gemacht hat. Ich bedanke mich dennoch für die Diskussion hier im Gemeinderat und ich freue mich auf die weitere Diskussion im Ausschuss und ich finde es sehr, sehr wichtig, dass wir den Blickpunkt wieder einmal auf die Wohnungspolitik dann legen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 18.00 Uhr den Vorsitz.

6) Langfristige Sicherung von Heimgartenanlagen

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr scheidender Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! In meinem dringlichen Antrag geht es um ein, glaube ich, nicht unwesentliches Thema, nämlich eine langfristige Absicherung von Grundstücken, von Heimgartenparzellen für Heimgärtnerinnen und Heimgärtnern. Graz hat sich nicht nur als Kulturhauptstadt 2003, Weltkulturerbe-Stadt, als Blumenstadt und es gibt noch sehr, sehr viele Titel und sehr, sehr viele Auszeichnungen für Graz, einen entsprechenden Namen gemacht, sondern Graz ist auch bekannt als Heimgartenstadt. Zu Recht kann Graz auf seine 26 eingeschriebenen Heimgartenvereine mit zirka 3000 Heimgärtnerinnen und Heimgärtnern stolz sein. Tausende Grazerinnen und Grazer tragen durch ihre Pflanz- und Pflegearbeit in ihren Heimgartenanlagen dazu bei, dass sich die Heimgartenanlagen als Naherholungsgebiete, als Kommunikationszentren unzähliger Familien präsentieren und letztendlich tragen auch diese Heimgartenanlagen zu einem entsprechenden städtischen Klima bei. Hunderte ehrenamtliche Funktionärinnen und Funktionäre gewährleisten ein zumeist friedvolles Zusammenleben und man sollte auch nicht unterschätzen, dass diese Heimgartenanlagen für sehr, sehr viele Personen, zum Teil sozial Schwächere, zum Teil ältere Personen eine Art Wochenend-Ersatz sind

und sehr, sehr oft auch eine Fläche sind, wo sie sich noch aktiv einbringen können und hier eben entsprechend gefordert sind. Leider, trotz einer glaubhaften tollen Idylle in diesen Heimgärten, gibt es leider eine gewisse Unruhe, eine gewisse Unsicherheit, eine gewisse Skepsis, eine gewisse Sorge, nämlich deshalb, weil es hier in der Stadt zwei Arten von Heimgartenanlagen gibt, die zwar finanziell gleich bewertet sind, das heißt, der „Pachtschilling“ unter Anführungszeichen ist für alle dieser genannten Heimgärten gleich, nur es gibt eben qualitative Unterschiede. So kann sich zum Glück ein Großteil der Heimgärtnerinnen und Heimgärtnern relativ sicher fühlen, weil sich ihre Parzellen auf einem sogenannten Dauerland befinden, andererseits müssen aber hunderte Heimgärtnerinnen und Heimgärtner fast täglich bangen, dass die Stadt auf Grund welcher Überlegungen, welcher Vorhaben immer, gewillt ist, diese Pachtverträge innerhalb kürzester Zeit hier aufzugeben, heißt im Klartext, eine Kündigung dieser Heimgartenanlagen, die zum Teil dem Straßen- und Brückenbauamt zugeordnet sind, die Vorbehaltsflächen sind, ist jederzeit möglich. Und so gibt es unter diesen 26 genannten Heimgartenvereinen immerhin rund acht, die im Besitz der Stadt Graz sind, wo diese Heimgartenanlage zur Gänze oder zumindest teilweise als Nichtdauerland ausgewiesen sind und wo eben diese Kündigung immer wieder wie ein Damoklesschwert über den HeimgärtnerInnen hängt und aus diesem Grund, und es sind genannt die Heimgartenvereine Blumenfreunde am Lendkai, der Heimgartenverein Freie Erde in der Laubgasse, der Heimgartenverein Hanuschplatz am Hanuschplatz, der Heimgartenverein Steirischer Panther bei der GVB-Remise, die gänzlich hier Gefahr laufen, eines Tages einer anderen Nutzung zugeführt zu werden, sei es aus finanziellen Überlegungen, sei es aus Überlegungen, dass irgendjemand sagt, wir brauchen eine zusätzliche neue Straße, eine Verlängerung eines Straßenzuges, was immer, und dann gibt es auch noch Heimgartenvereine und Heimgartenanlagen so wie der Heimgartenverein Flurgasse in der Flurgasse, Heimgartenverein Am Grünanger in Liebenau, Heimgartenverein Fröhlich in der Oberen Bahnstraße und letztendlich auch Teile des größten Grazer Heimgartenvereines, nämlich des Heimgartenvereines Schönau in der Kasernstraße, wo unterschiedlich viele Parzellen auf diesen genannten Arealen sich im Eigentum des Straßenamtes oder als Bedarfsfläche der Stadt Graz präsentieren und dort als solche ausgewiesen sind. Ein ähnlich selbiger unsicherer Zustand, wo hier auch eine unheimliche Brisanz in der Sache liegt, weil eben Heimgärtnerinnen und Heimgärtner der Heimgartenanlage Theodor Körner in der

Andritzer Reichstraße, und hier geht es konkret um 68 Heimgärtnerinnen und Heimgärtner, die kurz vor der Kündigung stehen. Fairerweise und objektiv muss man dazusagen, das ist keine Heimgartenanlage im Besitz der Stadt Graz, aber diese Heimgartenanlage ist im Besitztum der Grazer Stadtwerke AG, oder wie sie jetzt richtig heißt, der Graz AG, das heißt letztendlich auch im weitesten Sinne gesehen, nachdem ja Graz AG eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Stadt Graz ist, letztendlich auch ein Anliegen, das hier entsprechend einer Behandlung zugeführt werden kann. Und jetzt geht es zum Einen um diese Absicherung dieser nicht auf Dauer gesicherten Heimgartenflächen und es geht vor allem auch mit diesem dringlichen Antrag darum, dass wir, glaube ich, auch als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der Stadt Graz ein deutliches Signal in Richtung Heimgartenbewegung und auch eine entsprechende Wertschätzung dieser Aktivitäten (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und dieser Initiativen dieses Einsatzes letztendlich auch für das Bild einer Stadt einfach in Form dieser Zustimmung und dieser Anerkennung der Berechtigten wünschen und der vorhandenen Sorgen in Form dieses dringlichen Antrages hier heute fällen.

Aus diesem Grund stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der SPÖ folgenden

dringlichen Antrag,

dass

1. geprüft werden möge, inwieweit die Flächen der Heimgartenvereine Blumenfreunde, Freie Erde, Hanuschplatz, Steirischer Panther, Flurgasse, Am Grünanger, Fröhlichgasse und Schönau – sofern sie noch nicht als „Dauerland“ ausgewiesen sind, diese im Zuge der nächsten Revision des Flächenwidmungsplanes der Landeshauptstadt Graz als „Dauerland“ ausgewiesen werden können und
2. der Gemeinderat die politischen VertreterInnen in den Gremien der Graz AG auffordert, den Bestand der Heimgartenvereinsanlage Theodor Körner durch entsprechende Beschlüsse zu sichern und die vorgesehenen Kündigungen zu revidieren. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Gesek** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren! Hinsichtlich Punkt 2 dieses Antrages betreffend Heimgartenanlage Theodor Körner Straße ist Faktum, dass die Heimgärten dort Prekarien und kostenlos sind. Es kann daher überhaupt keine Kündigungen geben, wie im Antrag angeführt wird. Von der Graz AG wurden vor einiger Zeit den Heimgärtnerinnen und Heimgärtnern Ersatzflächen im neuen Areal an der Kanzel zur Verfügung gestellt, zu den dort üblichen Bedingungen. Erfreulicherweise haben sechs Heimgärtnerinnen,...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Frau Gemeinderätin, jetzt geht es um die Dringlichkeit und nicht um den Inhalt.

GRin. **Gesek**: ...erfreulicherweise haben dort sechs Heimgärtnerinnen und Heimgärtner von diesem Angebot auch Gebrauch gemacht. Das Problem in der Anlage Theodor-Körner-Straße lag darin, dass die Ablösen der Gärten sich in einer Größenordnung von 10.000 bis 12.000 Euro bewegten, was moralisch nicht vertretbar ist. Es handelt sich bei diesem Antrag meiner Meinung nach wieder einmal um eine Verunsicherung der Heimgärtnerinnen und Heimgärtner, was striktest abzulehnen ist. Für die ÖVP-Fraktion ist daher dieser Antrag nicht dringlich. Sollte die Dringlichkeit jedoch eine Mehrheit bekommen, so stelle ich schon jetzt den Antrag auf getrennte Abstimmung der Punkt 1 und 2. Die ÖVP-Fraktion wird Punkt 1 zustimmen. Gegen eine Überprüfung ist nichts zu sagen und gegen Punkt 2 stimmen, weil er einfach nicht stimmt (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bergmann**: Lieber Klaus Eichberger, ich bin sehr froh, dass du diesen Antrag gestellt hast, denn ich war erst vor kurzem beim Verband der Heimgärtner eingeladen und habe mir dort wirklich die Probleme und Sorgen der Heimgärtner live anhören können. Wir werden der Dringlichkeit auf alle Fälle zustimmen und auch

dem Antrag und ich möchte sagen, es gibt eben so viele Prekarien und es ist wirklich sehr problematisch, wir haben heute auch auf der Tagesordnung ein Stück, wo es zwar nur 15 m² Grund des einen Heimgartens sozusagen wegverkauft wird, aber hier sieht man, dass einfach mit diesen Prekarien und diesen Heimgärten, die keine Dauerverträge haben, dass die einfach scheinchenweise auch verschwinden werden. Und ich möchte auch im Motivenbericht, den du angeführt hast, dir noch einmal zustimmen, dass diese Heimgärten gerade auch im innerstädtischen Bereich für mich Wichtigkeit haben, weil sie eine grüne Lunge darstellen und dazu möchte ich eben auch diesen Heimgarten gleich ansprechen, den die Kollegin Gesek da gemeint hat, dass die Graz AG jetzt sozusagen Ersatzheimgärten anbietet, diese Ersatzheimgärten liegen meistens am Stadtrand und werden auch nicht angenommen. Und im Besonderen ist gerade dieser Heimgarten Theodor Körner wo es dieses Problem gibt. Also wir sind auf alle Fälle dafür, dass auch im innerstädtischen Bereich die Heimgärten vollauf erhalten bleiben. Danke (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Eichberger:** Also, liebe Gerda Gesek, ich schätze dich als Besucherin von Sommerfesten bei diversen Heimgartenanlagen, weil du wirklich brav hingehst und dich auch dort zeigst. Nur wenn du heute hier ans Rednerpult trittst, nämlich dazu als Mitglied der Heimgartenkommission, die vorgestern konstituiert wurde und du dich da herstellst und behauptest, das was der Landesverbandsobmann Ing. Wusche in einem Mail am 19. Mai mir mitteilt, stimmt nicht, dann bezichtigst du einerseits den Landesobmann einer Lüge, wenn er nämlich schreibt, am brisantesten ist sicherlich die Situation des Heimgartenvereines Theodor Körner mit den Stadtwerken, dann frage ich mich, welches Spiel spielt die ÖVP mit dieser Gartenanlage? Plant die ÖVP möglicherweise die Absiedelung dieser Anlage und möglicherweise gibt es schon Investoren, die dort anderes vorhaben, weil diese Vorgangsweise als gewähltes Mitglied dieser Kommission, du arbeitest in dieser Funktion gegen die Interessen der Heimgärtnerinnen und Heimgärtner (*Applaus SPÖ, FPÖ und BZÖ*). Und das, liebe

Gerda, werden wir den Heimgartenvereinen auch in der entsprechenden Art und Weise bekanntgeben, nachdem die Heimgartenkommission aus zwei Mitgliedern der ÖVP besteht und einem Mitglied der Grünen, ist das ein sehr bedenklicher Zugang und ich fürchte mich um die Heimgartenbewegung in Graz, wenn solche Repräsentanten mit solchen Ansichten hier an das Rednerpult gehen (*Applaus SPÖ, FPÖ und BZÖ*).

GRin. **Gesek** zur Geschäftsordnung: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Der Kollege Eichberger hat gesagt, ich habe den Herrn Wusche beziehungsweise die Heimgärtner der Lüge bezichtigt. Ich habe das Wort Lüge überhaupt nicht in den Mund genommen (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag Punkt 1 wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag Punkt 2 wurde mit Mehrheit angenommen.

7) Finanzierung für das projekt_A

GRin. **Jahn** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Jahn**: Leider kann ich nicht mit so einem emotionsgeladenen Thema aufwarten, aber trotzdem. Es geht um die Finanzierung des projekt_A. Die Absage der ExpertInnenjury der "regionale10" für das projekt_A kam überraschend und erfolgte ohne jede Begründung, obwohl das Projekt seit Jahren professionell vorbereitet wurde und schon sehr weit entwickelt war.

Das projekt_A bietet große Chancen für die Stadt Graz (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), sich nach 2003 kulturpolitisch erneut in einem regionalen wie internationalen Kontext als nunmehr Architekturhauptstadt zu positionieren. Mit der Absage durch die Regionale entfällt allerdings auch eine beträchtliche Finanzierungsquelle in der Höhe von vier Millionen Euro. Wie Sie sich erinnern können, das ganze Projekt im vollen Umfang würde einen Finanzierungsbedarf von zehn Millionen Euro bedeuten. Klar ist natürlich, dass die Stadt Graz diese Gesamtsumme nicht allein aufbringen kann und wir da auf die Hilfe von Land, Bund und hoffentlich auch EU-Fördergeldern dringendst angewiesen sind.

Ziel von projekt_A ist die Steigerung der Lebensqualität in der Region durch eine nachhaltige, intelligente und sensible Raumentwicklung und Stadtplanung. Es sollen Strukturen in Stadt und Land installiert werden, die höchstmögliche architektonische Qualität sichern und Anliegen sowie Notwendigkeiten unterschiedlicher Anspruchs- und Interessensgruppen integrieren. Dies geschieht zu Gunsten der Bevölkerung, der AuftraggeberInnen, der InvestorInnen und der Region. Hohe Qualität der Baukultur steigert letztendlich die Attraktivität von Standorten.

Das Zusammenwirken aller für das Entstehen eines qualitätsvollen Lebensumfeldes relevanten AkteurInnengruppen ist ein wesentliches Ziel. Dies betrifft unter anderem die Bereiche Stadtplanung und Stadtentwicklung, Sozialplanung, Gesundheitsmanagement, Kulturpolitik, Wirtschaftspolitik und Wohnpolitik. Durch das projekt_A kann die Notwendigkeit des ressortübergreifenden Handelns unterstützt und eine hohe Qualität in der Umsetzung erzielt werden.

In diesem Zusammenhang versteht es sich von selbst, dass seitens projekt_A eine enge Kooperation und Koordination mit den seitens der Stadt Graz definierten, im Projektzusammenhang relevanten Stärkefeldern der Wirtschaftsstrategie und insbesondere der City of Design und Creative Industries Styria umzusetzen ist.

Im Namen des Grünen Klubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen StadtsenatsreferentInnen werden beauftragt,

1. die zur Umsetzung des projekt_A nötige finanzielle Beteiligung seitens der Stadt Graz im Zuge der Budgetverhandlungen für das Jahr 2009 zu prüfen
2. in Gespräche mit dem Land Steiermark zu treten, um die Durchführung des projekt_A sicherzustellen und
3. in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und Förderstellen der EU weitere Finanzierungsquellen zu erschließen sowie
4. dem Grazer Gemeinderat über den Entwicklungsstand des projekt_A bis zur Gemeinderatssitzung im September 2008 zu berichten.

StRin. Mag.a **Fluch** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann es mir nicht verkneifen, der Klaus Eichberger ist, glaube ich, momentan gerade nicht im Raum, er hat schon heute einmal gemeint, er macht sich Sorgen, dass die Koalition Kommunikationsprobleme hat, ich mache mir eher Sorgen, falls er im Streit mit der Gerda Gesek wirklich auf die Wiese geht, um es sich dort auszustreiten, dann habe ich größere Sorgen um ihn (*Applaus ÖVP*). Zurück zum dringlichen Antrag der Christina Jahn. Einiges in ihrem Antrag richtet sich ja durchaus sozusagen an meine Person und dahinter steht kein Kommunikationsproblem, sondern das gemeinsame Bemühen, vielleicht doch noch eine Gemeinsamkeit mit dem Land Steiermark zusammenzubringen und auch andere Förderstellen mit hereinzuholen. Ich mache mir auch keine Sorgen bei diesem dringlichen Antrag, weil ich, und da weiß ich mich in guter Gemeinsamkeit mit dem Herrn Kulturstadtrat, der nämlich hier ganz an einem Strang mit uns zieht, weil wir ohnehin dabei sind, auch mit dem Land in Gespräche einzutreten, es gibt ein Schreiben von mir an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter, in dem ich darum ersuchen, dass wir möglichst rasch einmal ein Gespräch führen und zwar gemeinsam, gemeinsam mit dem Herrn Kulturstadtrat. Ich glaube, dieses Gespräch ist unter Umständen auch deswegen dringend notwendig, weil ich zumindest einer

Tageszeitung, nämlich dem Standard, entnehme, dass es bei unserer Bewerbung unter Umständen ein Missverständnis gegeben hat, das ich nicht ganz nachvollziehen kann, denn dort wird der Herr Landeshauptmannstellvertreter zitiert, er würde uns einer unseriösen Vorgangsweise bezichtigen, weil wir uns nur um den Festivalpart beworben hätten und gemeint hätten, die restlichen Gelder irgendwie auf einem anderen Weg bekommen zu können, außerhalb der Regionale. Ich verstehe es nicht ganz, weil ich mir das Rohkonzept, das bei unserer Bewerbung zugrunde lag, noch einmal angeschaut habe und da gibt es insgesamt fünf Punkte, wobei dieses bilaterale Festival, auf das sich offensichtlich der Zeitungsartikel bezieht, einen dieser fünf Punkte ausmacht. Wenn es uns gelingt, in einem gemeinsamen Gespräch dieses Missverständnis aufzuklären, soll es mir recht sein und wir können diesen dringlichen Antrag durchaus unterstützen. Danke vielmals (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich fühle mich auch angesprochen, auch insofern, als das, was gefordert wird, schon längst eingeleitet ist, aber das spricht nicht gegen den Antrag, sowohl Kollegin Fluch hat ja jetzt schon ausgeführt, welche Schritte sie setzt. Ich habe auch schon einen Gesprächstermin in Sachen projekt_A mit dem Herrn Landeskulturreferenten vereinbart, sodass also zumindest einmal das Aufnehmen dieser Kontakte schon eingeleitet ist, das heißt noch lange nicht, dass wir das projekt_A tatsächlich umsetzen können, dafür wird es notwendig sein, sowohl auf Landesseite als auch im städtischen Budget die notwendigen Mittel vorzusehen und das ist eine große Anstrengung, man muss das ganz deutlich sagen. Trotzdem wollen wir alles tun, was möglich ist und was denkbar ist, um Partner für dieses Projekt zu finden und gegebenenfalls das Projekt auch noch weiterzuentwickeln. Ich bin im Prinzip optimistisch und das deshalb, weil ich das vorgeschlagene Projekt für ein äußerst intelligentes Konzept für die Zukunft dieser Stadt halte und vor allem auch für ein Konzept, das dem Kulturaspekt und dem Ruf der Stadt als Kulturstadt durchaus nützlich sein kann und nützlich sein wird. Daher nehme ich diesen Wunsch, der von der Grünen Fraktion geäußert wurde, gerne auf. Es ist noch ein kleiner Rückenschub auf einem Weg, den wir ohnehin gehen und aus diesem Grund wird auch die sozialdemokratische Fraktion sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt dieses Antrages zustimmen (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. **Jahn**: Danke für die breite Unterstützung dieses Antrages. Ich glaube schon, dass es auch den BetreiberInnen des projekt_A gegenüber und ihrer bereits geleisteten Vorarbeit ein wichtiges Symbol ist, dass wir jetzt auch hier im Gemeinderat mit einer sehr deutlichen Mehrheit dieses Projekt unterstützen und es ist immerhin auch das erste Bekenntnis, dass wir uns zumindest bemühen und wirklich schauen, ob wir auch als Stadt Geld für dieses Projekt aufreiben können. Weil realistisch muss man schon sein, wir werden weder vom Land noch vom Bund noch von der EU Fördergelder bekommen, wenn nicht auch wir in der Stadt bereit sind, für dieses Projekt eine gewisse Summe bereitzustellen und hier eine Zusatzfinanzierung aufzustellen, die wir eben nicht aus dem Budget, das jetzt das Kulturressort hat, begleichen werden können. Danke für die Unterstützung (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

8) Suche von möglichen Standorten für eine Festwiese in Graz

GR. **Schneider** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schneider**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ab Samstag rollt nicht nur die Euro, der Euro wird auch rollen dabei gar keine Frage. Ich bin schon sehr gespannt, und irgendwie scheint auch meine ganze Umgebung, ganz Graz sehr gespannt schon zu sein, es ist eine Euphorie spürbar momentan im Lande wie selten zuvor, das ist auf alle Fälle für den Sport bei uns gut so. Es wird viele Möglichkeiten auch geben, die Europameisterschaft nicht nur zu Hause allein, sondern auch in Lokalen, in Gastgärten zu verfolgen und es wurden auch zwei sogenannte Public-Viewing-

Bereiche eingerichtet in Graz, wo man auch in der Masse die Spiele und die Euphorie verfolgen kann. Vielen Dank dabei den VeranstalterInnen und den Behörden, dass so etwas auch möglich ist in Graz. Passivsport und Aktivi sport sind beide wesentliche Bestandteile von Sport und sie sollten sich nicht widersprechen. Die Public-Viewing-Zone auf der Passamtswiese wird an einem Ort errichtet, wo sehr viel Sport, sehr viel Freizeitgestaltung und Erholung stattfindet für sehr viele Leute an sonnigen Tagen, das kann man sich anschauen und die fällt nun mal während des ganzen Juni aus, was nicht so schlimm zu sein scheint, weil viele Leute, die dort sonst Sport betreiben, sicher sehr gerne die Europameisterschaft verfolgen werden. Allerdings werden Schäden auftreten an der Wiese, die dann repariert werden müssen, was die Wirtschaftsbetriebe professionell durchführen werden. Allerdings müssen große Teile der Wiese sehr wahrscheinlich zwei bis drei Monate, also den ganzen Sommer, gesperrt bleiben.

In dem Zusammenhang bin ich beim letzten Plenum von Mehr Zeit für Graz, Sie kennen das alle, darauf hingewiesen worden, dass es schon lange die Idee, eine Festwiese in Graz zu finden, gibt, auf der derartige Großveranstaltungen wie Public-Viewing-Zonen von Sportereignissen, aber auch zahlreiche andere Dinge, ich habe sie in meinem Motivenbericht auch angeführt, stattfinden könnten.

Deswegen mein

d r i n g l i c h e r A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

Der zuständigen Stadtrat Herr Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüs ch wird beauftragt, entsprechende Flächen, auf denen eine Festwiese verwirklicht werden könnte, zu suchen und zusammen mit einer Machbarkeitsanalyse bezüglich Kosten, ÖV-Anbindung und Infrastruktureinrichtungen innerhalb der nächsten sechs Monate dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünrauplanung und dem Gemeindeumweltausschuss zu präsentieren. Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Stefan Schneider hat ja auf eine wichtige Frage, die uns schon seit Jahren beschäftigt, aufmerksam gemacht. Ich finde das toll. Es ist schön, dass die grüne Fraktion den Partner beauftragt, ersucht oder zumindest in welcher Form auch immer, Dinge in Aktion zu setzen, finde ich toll. Wir werden das selbstverständlich unterstützen. Gerhard Rüschi ist nicht anwesend, aber wir werden sicher sein, dass er fündig werden wird bei der Suche und wir freuen uns jetzt schon auf die Ausschusssitzung, welche Unterlagen zu einer Machbarkeitsmöglichkeit einer Festwiese vorzulegen sein werden. Wir freuen uns schon auf einen späten Herbst und auf die Vorlage von Unterlagen. Danke, wir stimmen zu.

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren, die ja immerhin noch um halb sieben in noch erquicklicher Anzahl der Gemeinderatssitzung von den Zuschauerrängen aus beiwohnen. Ich darf dem Gemeinderat Schneider danken, weil meine Fraktion und ich diesem Antrag auch vollinhaltlich zustimmen können. Es ist eine sehr gute Idee, es ist eine Idee, wo ich mir eigentlich schon die Frage stelle, wo ich mir auch selbst die Frage gestellt habe, warum ich die nicht gehabt habe oder warum die nicht viele andere schon viel früher gehabt haben, weil es einfach zu einem Selbstverständnis einer großen Stadt gehört, analog zu Wien, wenn ich dran denke an den Prater, aber auch die Donauinsel, die ja quasi als die Festwiese der Bundeshauptstadt Wien dient und damit auch die Infrastruktur hat, auch die Verkehrsanbindung hat, auch die Möglichkeiten hat, hier mit Bühnen etc. zu arbeiten. Aber ich erinnere an das beste Beispiel einer Festwiese europaweit, das beste Beispiel einer Festwiese, die Theresienwiese in München, die ja de facto ein Inbegriff für eine Veranstaltungswiese ist und über die Jahre und Jahrzehnte die nötige Ausstattung auch dafür bekommen hat, dass wir auch in angemessener Weise, wie der Herr Gemeinderat Schneider angeführt hat, von der Zirkusaufführung bis zum Open-Air-Konzert, von Flohmärkten bis zu Zeltfesten etc. hier durchführen können. Aus diesem Grund danke ich dem Gemeinderat für diese wirklich gute Idee und diesen wirklich guten Antrag und darf ihm mitteilen, dass meine Fraktion ihn unterstützen wird. Danke.

GR. Mag. **Frölich**: Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, Herr Antragsteller! Ich darf namens unsere Fraktion sagen, dass wir diese Initiative ganz einfach für gut und wichtig halten und daher der Dringlichkeit zustimmen werden. Eine Festwiese oder wie immer wir sie in Zukunft nennen wollen, ein guter Gedanke und ich denke, wir haben mit diesem großen Grünanteil, was die Flächen betrifft, in Graz doch auch schöne Alternativen und es wird da sicher eine gute Lösung gelingen, insbesondere auch wenn ich sehe, mit welcher Einheit hier heute diesem Antrag zugestimmt wird, also Ja zur Dringlichkeit. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Eichberger** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerald Grosz hat gemeint, es tut ihm Leid, dass er selber nicht diese Idee hatte, ist halt passiert, wird immer öfter passieren, dass er manchmal zu spät dran ist oder oft zu spät dran ist.

Zwischenruf GR. Grosz: Nein, nur einmal.

GR. **Eichberger**: In diesem Fall kann er nichts dafür, weil er noch nicht so lange im Gemeinderat ist. Aber dass die grüne Fraktion ihren Kollegen so hineinlässt mit einem Antrag, den ich so ziemlich genau vor zwei Jahren hier in diesem Haus gestellt habe, nämlich am 29. Juni 2006, wo ich namens der SPÖ den Antrag gestellt habe, die zuständigen Stellen des Magistrates mögen gemeinsam mit anderen Trägern als mögliche Betreiber geeignete Grundstücke suchen und bis spätestens Oktober dieses Jahres in Bezug auf diese Veranstaltungsflächen hier einen Bericht geben.

Zwischenruf GRin. Binder: Und hat es euer Riedler gemacht?

GR. **Eichberger**: Ich möchte nur eines dazu sagen, wir hoffen, dass jetzt durch diese neue Koalition der Grünen mit der ÖVP diesbezüglich vielleicht mehr weitergeht, der Herr Bürgermeister leider, der ja zuständig ist letztendlich auch für diese Dinge hat es leider bis dato nicht geschafft, es ist in der Sache wirklich dringend notwendig. Wir wissen von den Sorgen, von den Problemen der Anrainer, weil eben zum Teil die Infrastruktur-Maßnahmen nicht passen, dass die Erreichbarkeit nicht passt und, und, und. Aber noch einmal möchte ich schon sagen, es freut mich, dass nach zwei Jahren dieser Antrag wieder Aufstehung gefunden hat und wie es halt dann so ist und vielleicht können wir dann gemeinsam die Festwiese, die ja jetzt vielleicht doch eher realisiert werden kann, vielleicht können wir sie dann als Väter und Mütter dieser Idee und dieser neuen Festwiese gemeinsam diese Inbetriebnahme, Eröffnung dieser Festwiese feiern. Danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Mit einem Auferstehungsfest auf der Festwiese.

GR. Mag. **Schöneegger**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Klaus Eichberger! Ich weiß schon, dass da schwierige Zeiten hinter dir liegen in den letzten Wochen und Monaten, aber das sollte dein Erinnerungsvermögen nicht so derart beeinträchtigen, dass du Äpfel mit Birnen verwechselst. Der Liegenschaftsreferent vor zwei Jahren und auch vor drei Jahren und auch vor vier Jahren und auch noch vor einem Jahr war dein heutiger Stadtparteiobmann, der heutige Stadtrat, damals war er auch schon Stadtrat, du wolltest damals Stadtrat werden, deswegen hast du auch den Antrag eingebracht, der Wolfgang Riedler, nur damit du das weißt (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Eichberger: Und was willst du werden?

GR. **Schneider**: Also ich danke vielmals für die hohe Zustimmung zu diesem Projekt und freue mich schon auf die gemeinsame Eröffnung (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9) Petition an die Bundesregierung; Bleiberecht für Menschen, die bereits integriert sind

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Etwas für die Recken da hinten. Leider kann ich nicht mit so etwas Erheiterndem aufwarten wie eine Festwiese. Das Thema ist ein bisschen ernster und es geht um Menschen ohne Aufenthaltsrecht, die ein Teil von Migrationrealität sind, Migrationsrealität in allen Staaten der Welt, so auch bei uns, und die EU-Kommission schätzt zwischen viereinhalb und acht Millionen Menschen, die von sogenannter Illegalität betroffen sind. Meine Petition behandelt oder beschäftigt sich mit dem Bleiberecht für Menschen, die bereits integriert sind, die trotzdem auf Grund bestehender fremden- und asylgesetzlicher Regelungen und der äußerst langen Asylverfahren in Österreich immer mehr Personen betrifft, die sich während der Verfahrensdauer in die österreichische Gesellschaft integriert haben - sei es durch Schulbildung bei den Kindern oder durch die Integration in die Arbeitswelt, durch Aneignung der deutschen Sprache oder auch durch das Einbringen und Sich-Einfügen in örtlichen Gemeinschaften. Der Fall Arigona Zogaj, gerade jetzt wieder durch die Zeitungen gegangen, ist tragisch, man kann es nicht schildern und gerade diesen Menschen, die hoch integriert sind, droht ebenfalls Abschiebung, wenn das

Asylverfahren mit einem negativen Ergebnis beendet wird oder fremdengesetzliche Härten greifen.

So kann schon das Versäumen einer Frist für das Ansuchen um Verlängerung einer Aufenthaltsgenehmigung zur Aberkennung des Aufenthaltsrechtes führen und damit die Illegalität zur Folge haben. Nach Schätzung der OECD haben 1 – 4 % der Bevölkerung kein gesetzliches Aufenthaltsrecht.

Auch das Instrument des humanitären Aufenthaltes konnte diese Fälle nicht auf befriedigende Weise lösen. Daher soll für bereits integrierte Personen und Familien mit langjährigem Aufenthalt eine Möglichkeit zum Verbleib in Österreich eröffnet werden.

Rechtsstaatliche Bestimmungen, die transparente, allgemein gültige und nachvollziehbare Möglichkeiten eines Bleiberechtes für integrierte Personen beinhalten, sollen geschaffen werden.

Daher stelle ich namens meiner Grünen Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge folgende Petition an die Bundesregierung beschließen:

Der Gemeinderat der Menschenrechtsstadt Graz ersucht die Bundesregierung, für bereits integrierte Personen, die von einer Abschiebung aus Österreich bedroht sind, eine rechtliche Möglichkeit zum Verbleib in Österreich zu schaffen. Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat! Wir werden diesem Antrag sicherlich nicht zustimmen und zwar aus einem einfachen Grund nicht. Sie erwähnen nicht ohne Grund in Ihrem Antrag nicht die Unbescholtenheit, Sie erwähnen Schulbesuche, Sie erwähnen in Ihrem Antrag Arbeitswelt, Integration in die Arbeitswelt, mehr oder weniger die Aneignung der deutschen Sprache als

Verständigungsmittel, aber in dem ganzen Antrag, und ich habe gebeutelt den Antrag, ob unten die Worte vielleicht herausfallen, ich finde das Wort Unbescholtenheit nicht. Und da werde ich bei den Grünen doch ein wenig misstrauisch, denn ich schildere Ihnen ganz kurz einen Fall, der zwar und zwar ident in diesen Antrag hineinpasst, aber der, wie Sie dann sehen, durchaus ein Wahnsinn wäre, hier nicht nach unseren österreichischen Asylgesetzen, nach den strengen Fremden- und Asylgesetzen vorzugehen. Da gibt es den Fall der Familie T. aus Niederösterreich, für den sich die Frau 3. Nationalratspräsidentin Eva Glawischnig und die Frau...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Es geht um die Dringlichkeit und nicht um den Antrag.

GR. **Grosz**: Abgesehen davon, Frau Vizebürgermeisterin, danke, nachdem die Dringlichkeit so ich hoffe, ohnedies nicht durchgehen wird, ist es, glaube ich, und das habe ich zumindest in der fünften Gemeinderatssitzung doch schon kapiert, dass man sich durchaus auch, wenn es konträr geht, inhaltlich zu Wort melden kann, um auch zu begründen, dass die Dringlichkeit nicht gegeben war, das war zumindest bei allen anderen dringlichen Anträgen des heutigen Tages so Usus.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Im Sinne einer Begründung für die Dringlichkeit oder Nicht-Zuerkennung der Dringlichkeit ist das so gewesen, aber nur im Sinne der Begründung.

GR. **Grosz**: Natürlich, deswegen, weil ich es ja begründen möchte, eben mit diesem Fall, ist auch die Dringlichkeit nicht gegeben, das derzeitige Fremden- und Asylgesetz in Österreich zu ändern, daher ist für mich die Dringlichkeit nicht gegeben

und ich bin der Meinung, wir sollten auch bei dem strengen Fremden- und Asylgesetz bleiben und daher zurück, warum die Dringlichkeit nicht gegeben ist. Fall T., Unterstützung Glawischnig/Petrovics. Fall T. hat sich sehr lange oder Familie T. sehr lange in Österreich aufgehalten, seit 27. 1. 2001 bis zum heutigen Tag. Die lange Verfahrensdauer hat sich aber nicht ergeben, weil die ach so schlechten Behörden in Österreich etwas verzögern wollten, nein, sondern weil, wie aus dem Datenblatt hervorgeht, zumindest acht Mal rechtsgültige Bescheide von der ersten Instanz weg bis über alle Instanzen durch bis nunmehr zum Verfassungsgerichtshof beeinsprucht wurden. Ein rechtsgültiger negativ beschiedener Asylantrag, der am 17.4.2001 auf Grund des Asylantrages 27.1.2001, also man hat für diesen Bescheid ein Jahr gebraucht, da gebe ich Ihnen Recht, aber seit diesem Zeitpunkt negativ beschieden war und auch jede Berufung negativ durchbeschieden war. Daher ist auch die Verfahrensdauer, die Sie in Ihrem Antrag ansprechen, ein Ermessensspielraum. Bei einer langen Verfahrensdauer verursacht durch Behörden, bin ich durchaus Ihrer Meinung, dass es dringlich wäre, hier einen Ermessensspielraum im österreichischen Fremdenengesetz einzuführen und deswegen erkläre ich auch, warum ich Ihren Antrag nicht dringlich halte, auch an Sie, Frau Vizebürgermeisterin, nämlich wegen der Dringlichkeit. Diese Familie T. und daher sage ich auch, ein Ermessensspielraum für ein Bleiberecht kann nur die Unbescholtenheit voraussetzen, diese Familie T. war auf den ersten Blick hin gut integriert. Der Bischof von St. Pölten, Küng, hat einen Brief geschrieben an den Innenminister Platter, diese Familie möge doch bleiben. Der Feuerwehrhauptmann der Gemeinde, der Bürgermeister, selbst der Landeshauptmann von Niederösterreich Pröll hat einen Brief geschrieben, bis man dann unter die Decke gesehen hat und siehe da, Gendarmerieposten Baden, 16.4.2001 Diebstahl, Bundespolizeidirektion St. Pölten, Diebstahl Kaufhaus, Gendarmerieposten Lilienfeld, 6.6.2003 Diebstahl, Gelegenheitsdiebstahl Kfz-Einbruch, Gegenstand aus Kfz, zu guter Letzt, 30.10.2003 Urkundenfälschung Scheinehe. Wie wir das dann auch veröffentlicht haben...

Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rücker: Daten übrigens...

GR. **Grosz**: Schauen Sie, Sie werden, abgesehen davon, dass ich am Wort bin und nicht in der Fragestunde bin, wir werden das in fünf Jahren vielleicht umdrehen, dann wird die Gemeinderätin Rücker den Vizebürgermeister Grosz fragen, das werden wir auch noch hinbringen. Ich beantworte es Ihnen trotzdem. Ich habe sie bewusst, diese Daten, auch anonymisiert und die Namen nicht genannt, weil es auch eine Datenschutzfrage ist, sie sind mir schlichtweg zugeschickt worden und zwar so, wie viele Dinge mir zugeschickt werden, wichtige GAK-Unterlagen, die zu einem späteren Zeitpunkt kommen, Kripoermittlungsstücke etc. Also man kriegt viele Dinge auch anonym zugeschickt, das ist eine davon. Und da hat man durchaus unter die Decke gesehen und plötzlich hat vom Bischof abwärts bis über den Landeshauptmann auch jeder gesehen, nein, das ist kein Fall für ein generelles Bleiberecht. Und da bin ich auch, glaube ich, einer Meinung mit vielen Menschen in diesem Land, die durchaus Humanität beweisen, aber auch nach dem Grundsatz vorgesehen, dass wir in Österreich auch das Hausrecht besitzen und ein Gastrecht vergeben, wenn sich die Gäste auch anständig aufhalten und anständig benehmen. Und das ist auch mein...

Zwischenruf StRin. Edlinger unverständlich.

GR. **Grosz**: Wenn, dann wäre es im Übrigen ein Zusatzantrag, Frau Stadträtin, das habe ich mittlerweile durch die vorige Diskussion auch schon gelernt. Außerdem sind wir nicht da, ich begründe gerade die Dringlichkeit. Und deswegen sehe ich keine Begründung, die Vorgangsweise auch im Fall von der Frau Klubobfrau Binder, ich bin ja ein bisschen behäbig, wissen's eh, ist auch schon lange, denn diesem Antrag zuzustimmen, zumal ich der Meinung bin, dass man auch in diesem Fall, wenn ich Zogaj anschau, sehr wohl unterscheiden muss auf der einen Seite der Fall Zogaj, wo ich den Innenminister voll und ganz unterstütze und sage, jawohl, eine Familienzusammenführung der Familie Arigona Zogaj mit ihrer Familie im Kosovo zu ermöglichen und zwar rasch, so schnell als möglich, aber auf der anderen Seite ich einer der ersten Verfechter war, zum Schutz jener von der Abschiebung bedrohten

Familie aus Bruck an der Mur, des Vaters und der Tochter, die gut integriert waren über Jahre unbescholten waren, in schwierigsten sozialen Verhältnissen gelebt haben und trotzdem nicht zum Diebstahl gegriffen haben und, und, und. Also diese Unterscheidung will ich sehr wohl treffen und daher kann es für mich nur eine Zustimmung geben, wenn ganz klar wir das generelle Bleiberecht ablehnen, aber in unserem österreichischen Asyl- und Fremdenrecht einen Ermessensspielraum einführen der, glaube ich, auch Zustimmung findet, der einen Ermessensspielraum für gut integrierte Zuwanderer bei Behördenverzug, bei einer langen Aufenthaltsdauer den Integrationswillen, die Einwilligung der Gemeinde und vor allem die Unbescholtenheit vorsieht. Und das ist wesentlich, das ist auch wichtig, das würde tatsächlich ein Schritt in die richtige Richtung sein, anstatt das ständige Geplärre nach einem generellen Bleiberecht, das dann alle in einen Topf wirft, auch jene, die eigentlich in diesem Land nichts verloren haben und sich auch nicht integrieren wollen. Ich danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: War das jetzt die Ablehnung der Dringlichkeit, haben wir das richtig verstanden?

GRin. Dr. **Richter-Kanik**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es um dieses Thema geht, bringen bestimmte Parteien immer negative Beispiele, aber es gibt auch sehr viele positive Beispiele und es gibt auch in dieser Gesellschaft viele Sachen, die nicht funktionieren. Niemand sagt, die Leute, die Stunde drei, vier, fünf Euro arbeiten, sie sind ausgebeutet, weil sie arbeiten müssen, Arbeit brauchen. Ich werde nicht lange reden, aber es gibt auch die Leute, die schon hier in die Schule gehen und große Erfolge haben und sie werden weiterstudieren. Solche Beispiele hören wir von bestimmten Parteien leider nicht, es ist nur, wenn ein Diebstahl eine Person eine Ausnahme gibt, dann gibt man das immer, das präsentiert man ständig, da gibt es, dort gibt es. Machen die anderen nicht, natürlich, ich bin auch dagegen, wenn jemand kriminell ist, soll nicht bleiben. Aber Sie reden allgemein, Sie schieben alle AsylwerberInnen in eine Schublade, das ist nicht richtig. Es geht um die Menschen,

es geht um die Kinder, die hier geboren sind oder als Baby nach Österreich gekommen sind, es geht um die Jugendlichen, die als Kleinkind nach Österreich gekommen sind (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

Dr. **Richter-Kanik**: Meine Fraktion kann mitbestimmen, aber das heißt nicht, dass ich alles mitbestimmen, ich kann auch anderer Meinung sein oder ich vertrete diese Meinung und ich kann auch meine Meinung hier als Person präsentieren, denke ich mir, Herr Grosz (*Applaus SPÖ und Grüne*). Es geht um die Jugend, die als Kleinkind hier nach Österreich gekommen sind und nur österreichisches Schulsystem kennen, es geht um die Frauen und Männer, es geht um die Familien. Sie leben in einer Unsicherheit, sie wissen nicht, ob sie nächste Woche abgeschoben werden oder nicht. Wissen Sie, was das heißt? Sie sind total unsicher und viele sind psychisch gestört, viele haben psychosomatische Störungen und viele sind auch, wenn sie in Krankenhäuser gehen, in der Psychiatrie. Sie haben nur eine Möglichkeit, humanitärer Aufenthalt und das ist abhängig vom Innenminister. Herr Innenminister, nach Lust und Laune, es gibt kein klares Kriterium. Wenn Innenminister ja sagt, bekommen sie humanitären Aufenthalt, wenn er nein sagt, dann bekommen sie nicht, deswegen, es soll klare Kriterien geben und deswegen stimmen wir diesem Antrag zu, es soll mit klaren Kriterien Bleiberecht für Menschen, die hier lange leben und integriert sind (*Applaus SPÖ und Grüne*).

GRin. Mag.a **Taberhofer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch als KPÖ werden wir diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen und ich verwehre mich Aussagen, wie sie der Gemeinderatskollege Grosz geäußert hat, in der Form einzubringen, ich finde es eine Frechheit, dass man immer mit Kriminalisierung von Migranten und Migrantinnen kommt als Gegenbeispiel, um etwas abzulehnen, also da verwehre ich mich

dagegen. Ich finde, dass der Antrag einen ganz wichtigen Punkt beinhaltet, dass einfach viele Menschen bereits integriert sind und sie haben natürlich schon eingebracht, dass die Verfahrensdauer sehr lange ist, das ist ein Punkt, aber es reicht nicht aus. Ich bin sehr dafür, dass man da Kriterien sich überlegt, dass man die gesetzlichen Bestimmungen diesbezüglich verändert und ein Bleiberecht auch ermöglicht und kein Mensch, niemand von uns, würde ich jetzt mal behaupten, da in dieser Runde, würde irgendwie sich dafür aussprechen, wenn jemand rechtskräftig verurteilt ist, und das sehe ich jetzt unabhängig davon, welcher Ethnie jemand angehört, da gibt es rechtmäßige Verurteilungen, da gibt es auch Maßnahmen und das ständig irgendwie in den Mittelpunkt zu stellen, finde ich einfach völlig unkorrekt und ist das ist sehr problematisch, weil man einfach alle in denselben Topf wirft,...

Zwischenruf GR. Grosz: Eben nicht.

Mag.a **Taberhofer**: Nachdem ich Zwiegespräche da heraußen nicht für sinnvoll erachte, ich glaube auch, dass einfach Fremdengesetze, so wie sie bei uns vorherrschend sind, sehr restriktiv sind und man da durchaus eine Änderung erzielen muss im Sinne auch der Menschlichkeit und deshalb werden wir als KPÖ auch diesem Antrag zustimmen (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GRin. **Benedik**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der dringliche Antrag, den die Gemeinderatsfraktion der Grünen heute hier einbringt, ist keineswegs dringlich, sondern nur ein aufgewärmter und wiederverwerteter Antrag vom Mai letzten Jahres aus dem steirischen Landtag. Der Landtag leitete damals den Diskurs über ein Bleiberecht für Asylwerber in die Wege. Dem Antrag der Grünen, die Landesregierung möge auf die Bundesregierung einwirken, eine rechtliche Möglichkeit für von der Abschiebung bedrohter Personen zum Verbleib in Österreich zu schaffen, folgten auch die anderen Fraktionen. Dass der grüne Antrag auf Bleiberecht für angeblich schon integrierte Asylwerber im

steirischen Landtag damals einstimmig beschlossen wurde, zeigte deutlich auf, dass nur eine Stärkung der FPÖ und ein damit einhergehender Einzug in den Steiermärkischen Landtag vor noch mehr zügelloser Einwanderung schützen kann. Wenn nun die Grazer Grünen hier ebenfalls auf dieses Bleiberecht aufspringen wollen, so dürfen sie ihr Ohr nicht am Bürger vorbeihören lassen. Wir Freiheitlichen lehnen jedenfalls diesen dringlichen Antrag entschieden ab. Das Grundprinzip der Zuwanderungspolitik in diesem Land kann nämlich keinesfalls eine wahllose Öffnung unseres Landes für Asylwerber sein. Vielmehr müssten zur Verkürzung von Asylverfahren neue, gesetzliche Regelungen geschaffen und Verfahrensverschleppungen durch das Schließen von Gesetzeslücken verhindert werden. Kriminellen müsse die Möglichkeit genommen werden, sich durch juristische Spitzfindigkeiten ein Bleiberecht zu erschleichen. Manchmal scheint mir, dass die Grünen längst taub, blind oder stumm für Probleme unserer Einheimischen sind. Taub dafür, dass sich die überwiegende Mehrheit der Österreicher gegen Asylmissbrauch und gegen die ungehemmte Zuwanderung entschieden verwehren. Um zu verstummen, erscheinen die sogenannte Volksvertreter gegenüber jenen Schönrednern, die uns tagtäglich einreden wollen, wie wichtig doch Integration und Zuwanderung für Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur wären. Wir Freiheitlichen verstehen jedenfalls unter Integration etwas anderes, nämlich Integration in unsere Gesellschaft, Integration in unsere Werte und Integration in unsere Lebensgewohnheiten (*Applaus FPÖ*). Wenn jemand jahrelang in unserem Land mit allen Tricks, die ihm so nebenbei von unzähligen Hilfsorganisationen mitgeteilt werden, das Asylverfahren verschleppt, dann soll er auch noch mit einem Bleiberecht belohnt werden? Warum spricht man in unserem Land nur immer von den Rechten der Zuwanderer, warum mahnt die Zuwanderer niemand zu den Pflichten, die bekanntlich zumindest für uns Einheimische den Rechten immer beigestellt sind. Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs darf ich hier ein klares Nein zum Bleiberecht für Asylwerber aussprechen, wir verstehen uns nämlich als soziale Heimatpartei, bei uns Freiheitlichen geht nämlich Heimatrecht vor Bleiberecht (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Erlauben Sie mir eine Anmerkung, nachdem ich viele Menschen kenne, die in diesen sogenannten von Ihnen kriminalisierten Hilfsorganisationen arbeiten, dass ich das nicht so stehen lassen kann, dass hier dafür gesorgt wird, dass mit allen Tricks Menschen hier einen illegalen Aufenthalt verlängern können, da wird unter hohem Aufwand mit viel Engagement ohne viel Bezahlung sehr engagiert gearbeitet und das will ich, dass das hier auch so stehen bleibt.

GR. Mag. **Molnar**: Meine Damen und Herren! Wir werden uns diesem Dringlichen, der Petition anschließen. Ich glaube, man sollte das wirklich sachlich angehen diese Diskussion und vor allem nicht vergessen, dass sich in Österreich bis zu 30.000 Asylanträge, Asylflüchtlinge in Österreich befinden, die auf ihr Verfahren warten. Ich glaube, wichtig wäre für Österreich, dass wir einmal diesen Rucksack, den wir in den letzten Jahren mitgeschleppt haben, erledigen und dann uns wirklich Gedanken machen, wie ein effizientes, rasches und faires Asylverfahren möglich ist. Weil die Leute, die hier sind, sollte man sich überlegen, so ähnlich wie in Holland, wo hier einmal eine Amnestie gegeben worden ist, aber dann wirklich in Zukunft hart, aber auch fair durchgegriffen wird.

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Molnar**. Schauen Sie, es sind, glaube ich, wirklich Fehler gemacht worden, das muss man zugeben, es sind zu viele Asylanträge, drei bis vier Jahre laufen die und das ist eigentlich für Leute eigentlich wirklich menschenunwürdig. Und deswegen, glaube ich, wäre es einmal wichtig, dass wir das einmal bereinigen und dann wirklich für die Zukunft eine sinnvolle Lösung finden. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Hagenauer** zum Antrag: Ich hatte nicht vorgehabt, mich zu dem Punkt zu Wort zu melden, möchte das aber trotzdem tun. Am Beginn dieser Periode, um mir auch weitere Wortmeldungen in der Richtung zu ersparen, drei Dinge. Erstens bitte, sprechen Sie nie wieder von unseren Werten, Frau Kollegin, wenn ich Sie eindringlich bitten darf. Wir haben nicht die selben Werte.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Gott sei Dank.

GR. **Hagenauer**: Ich kenne sehr viele Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, mit deren Werten beziehungsweise deren Werte sich mit den meinen weit mehr decken als eben wir beide gemeinsame Werte haben, was Sie nicht weiter überraschen wird. Tun Sie das also bitte nicht, sprechen Sie ruhig von ihren Werten, aber nicht von unseren und wenn Sie das Wort „unsere“ in den Mund nehmen, dann sagen Sie, worauf sich das bezieht. In dem Zusammenhang zweitens, wenn wir von Integration reden. Sie sind herzlich eingeladen, Ihr ganzes Lager, sich jetzt 63 Jahre nach Kriegsende in der Tat zu integrieren. Ganz ist Ihnen das offensichtlich noch nicht gelungen, wenn man Ihre politischen Auftritte sich anschaut. Sie sind noch nicht angekommen bei dem, was man von den Werten einer Demokratie erwartet und drittens, auch was in dem Zusammenhang immer wieder Kriminelles und Strafrechtsverletzungen anbelangt. Ich sage Ihnen, schauen Sie sich einmal an übers Internet, geben Sie einmal ein, von wegen Unbescholtenheit oder Kriminelles und dann geben Sie FPÖ und BZÖ dazu und dann geben Sie die anderen Parteien dazu und was werden Sie feststellen? Sie werden feststellen, dass Sigmund Freud nicht zufällig ein Österreicher war und dass ich, gestatten Sie mir, die Interpretation jetzt oder den Ausflug in die Psychologie, schon den Eindruck habe, dass er Ihnen immer wieder über die Schulter schaut, wenn ausgerechnet Sie sich wortreich immer mit dem Thema Kriminelles auseinandersetzen. Mit anderen Worten und verkürzt gesagt, wir können uns in diesem Land einen eigenen Sondergerichtshof leisten, der sich nur mit den Fällen, die also bei BZÖ- und FPÖ-Politikern anhängig sind, beschäftigt.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Dann schauen wir uns das mit den Grünen an.

GR. **Hagenauer:** Schauen Sie sich das einmal an. Diese Fälle sind Legion, wir könnten mit diesen Fällen ganze Räume und Bibliotheken füllen, wo sich österreichische Gerichte und die Justiz nur, mit welchem Ausgang immer, mit Ihren Kameradinnen und Kameraden beschäftigt hat. In dem Sinne, danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz:** Herr Gemeinderat Hagenauer, es wäre besser gewesen, Sie hätten geschwiegen, nicht nur am Anfang der Legislaturperiode, sondern möglicherweise bis zum Ende der Legislaturperiode. Sie haben eine tadellose Rolle im Landtag gehabt, sind jetzt im, wie nennt sich das in der bäuerlichen Sprache, Ausgedingestüberl, jetzt im Grazer Gemeinderat gelandet, das ist so. Das wäre gescheiter gewesen, wenn Sie gerade bei dem Punkt geschwiegen hätten. Und zwar aus einem Grund, weil Sie es offensichtlich nicht kapiert haben, offensichtlich. Ich habe versucht, vorher zu differenzieren, weil ich grundsätzlich eine ganz klare Meinung habe, jene, die hierher kommen, die sich anständig verhalten, die sich integrieren, die ein Teil der Gesellschaft werden, die eine Bereicherung für unser Land werden, die sich gesetzestreu verhalten, die ihre Identität mitbringen, ihre Identität bewahren, aber trotzdem nicht unsere Identität, unsere österreichische Identität, unsere vielfältige österreichische Identität zerstören wollen. Jene, die unter der Prämisse herkommen, das zu akzeptieren, was wir hier haben, ohne dass wir sie zwingen, etwas aufzugeben, sind bei uns herzlich willkommen. Jene, die zu uns kommen, die den Arbeitsmarkt unterstützen, die die vielfältigen Bestandteile unseres Sozialsystems sind, die wir auch brauchen, sind herzlich willkommen. Aber nicht sind willkommen, und deswegen differenziere ich, mir ist es vollkommen egal, was wer für eine Hautfarbe hat, ob groß, ob klein, ob dick oder dünn oder was auch immer, wenn einer hierher kommt und anständig ist, wie gesagt, dann ist er willkommen, aber wenn einer hierher kommt nur zum Zwecke, hier Wirbel zu schlagen, gerade ethnische und gesellschaftliche Konflikte auszulösen, dann hat der hier nichts

verloren, dann hat er in der Sekunde sein Bleiberecht, sein Gastrecht verloren. Und, Herr Altlandtagsabgeordneter Hagenauer, ich nenne Ihnen jetzt ein Beispiel, gesetztfalls die Hölle gefriert und Sie laden mich zum Abendessen bei Ihnen zu Hause ein. Wir verbringen einen lustigen Abend, nach zwei Stunden fange ich an, ihren Esszimmertisch zu zertrümmern, verwüste Ihre Küche, haue Ihrer Frau eine Weinflasche über den Schädel und ich weiß nicht, was noch alles, dann werden Sie zu mir sagen, Herr Grosz, Sie haben das Gastrecht für alle ewigen Zeiten in meinem Esszimmer und in meinem Haus verwirkt. Wenn ich hingegen zu Ihnen komme und wir einen lustigen und netten Abend verbringen und auf Gegenseitigkeit und Erquickung und Erfrischung unserer unterschiedlichen politischen Ideen mehrere Abende verbringen, werden Sie mich auch in Zukunft und wir uns auch gegenseitig geistig befruchten, um es nicht falsch zu verstehen, werden Sie mich auch mehrere Abende einladen und wir werden zwar niemals Freunde werden, aber ich werde das Gastrecht, das Sie mir eingeräumt haben, nicht verwirken. Und genau um das geht es logischerweise. Ich habe einen anderen politischen Ansatz als Sie, Sie sind der Meinung, und das ist auch durchaus legitim, wie wir so viele Meinungen haben, Sie sind der Meinung, Österreich ist ein Einwanderungsland, nein, ich bin es nicht. Ich bin der Meinung, Österreich ist...

Zwischenruf GR. Hagenauer: Das haben Sie gesagt. Überlegen Sie sich vorher, was Sie sagen.

GR. **Grosz:** Nein, Herr Altabgeordneter. Herr Gemeinderat, besser? Nein, Herr Gemeinderat, ich sage Ihnen eines noch einmal, ich sage nicht a priori, Österreich ist ein zügelloses, wenn es...

Zwischenruf GR. Hagenauer: Jetzt sind wir bei der Zügellosigkeit.

GR. **Grosz:** Wenn es dadurch verständlicher ist, Österreich ist kein zügelloses Einwanderungsland, kein schrankenloses Einwanderungsland, das ist nicht mein Verständnis. Ihres offensichtlich schon. Ich sage, Österreich hat eine Geschichte, Österreich hat eine Tradition, diese Tradition und die Geschichte, die Österreich geführt hat, hat sehr viele Kroaten, Slowenen, Ungarn, Polen in unserem Land zu einem gemeinsamen Land, zu einer gemeinsamen Identität wachsen lassen, das wissen wir. Wir kommen, wir entstammen aus der ehemaligen k.u.k. Donaumonarchie, die ein wenig größer war als die heutigen Grenzen, die unser Land als Staatsgrenzen umfassen, das wissen wir, aber dennoch bin ich der Meinung, dass wir kein schrankenloses und zügelloses, oder wie Sie es auch immer verstehen wollen, Einwanderungsland sind, das Hinz und Kunz hereinlässt, sondern dass wir sehr wohl in der Lage sein sollten, uns selbst auch auszusuchen, wem wir ein Gastrecht geben und dieses Gastrecht von besonderen Bestimmungen abhängig zu machen. Und da gehört nun mal für mich ganz grundsätzlich die Unbescholtenheit dazu. Da gehört sie dazu, weil sie auch ein Beweis ist, dass wer sich in die Gesellschaft integrieren will und auch die Gesetze unseres Staates anerkennt, das kann ja nichts Schlimmes sein, wenn wir das verlangen. Dass wir Gesetzestreue verlangen, auch von jenen, die sich manchmal schwer damit tun, kann doch nichts Schlimmes sein, das was Sie offensichtlich fordern, ist die Anarchie für sich selbst und für alle anderen, die hier hereinkommen wollen, das ist es nicht.

Zwischenruf GR. Hagenauer: Sie verbreiten etwas Falsches.

GR. **Grosz:** Ich weiß nicht, Herr Gemeinrat, was es für eine kuriose Reaktion auslöst, wenn Sie hierher gehen, für das BZÖ und die FPÖ einen Sondergerichtshof einrichten wollen, Sondergerichtshöfe, darf ich Sie erinnern, wann es die gegeben hat, hoffentlich muss ich das nicht, wann es Sondergerichtshöfe zu politischen Verfolgung gegeben hat, Herr Gemeinderat. Sie sprechen von einem Sondergerichtshof, wo zumeist oder zumindest ich für meine Wortmeldung zwei Beispiele gegenübergestellt habe, nämlich das Beispiel, das positive Beispiel, wofür

ich mich auch eingesetzt habe, für eine Familie, die von der Abschiebung bedroht war, obwohl das noch gar nicht so lange war, weil die waren sechs Jahre im Land, also wir müssen da schon unterscheiden anfangen, aber selbstverständlich wir gesagt haben, wir sind da für das Bleiberecht, wir wollen, dass die nicht abgeschoben werden, wir haben auch erkannt, dass hier ausschließlich die Behörden dafür verantwortlich waren, die verzögert haben, verzögert haben und dass ich ein zweites Beispiel gebracht habe, wo durchaus jene Grundsätze für einen Ermessensspielraum beim Bleiberecht nicht passen. Ich weiß nicht, vielleicht hätte ich für Sie drei Positivbeispiele bringen sollen und ein Negativbeispiel, ja, das könnte ich, aber so sieht leider Gottes die Realität nicht aus. So sieht auch die Realität nicht aus und so sehen auch die prozentuellen Zahlen von Menschen, von Asylwerbern aus, die hier in Österreich sind, sondern ich glaube, dass ich das recht differenziert gebracht habe und so differenziert möchte ich auch zumindest von Ihnen behandelt werden, dass Sie auch anerkennen, dass wir sehr wohl hier sehr genau unterscheiden und meiner Logik entspricht, nicht meiner Identität, sondern meiner Logik. Ich danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Herr Kollege Grosz, wir sind hier nicht im Ausgedinge, das ist auch eine Frage der Wertschätzung für sich selbst womöglich und für alle Kolleginnen und Kollegen hier herinnen.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich darf jetzt seit 15 Jahren Mitglied in diesem Haus sein als Gemeinderat und auch als Mitglied der Stadtregierung und es ist nicht die erste Diskussion zu diesem Thema, die ich miterlebe; diejenigen unter uns, die noch länger dabei sind, werden vielleicht noch mehr Diskussionen in Erinnerung haben. Die Diskussionen verlaufen im Prinzip immer nach dem gleichen Schema und wahrscheinlich braucht auch dieser Gemeinderat neu konstituiert einige dieser Debatten. Ich halte sie für gut, weil sie ein grundsätzliches Thema ansprechen. Ich möchte zuerst einmal sagen, ich danke der Klubobfrau Binder für den Antrag, den ich für gut und richtig halte. Ich glaube auch im Übrigen, dass es ganz gut ist, wenn in

jeder Gemeinderatsperiode mindestens einmal ein Antrag dieses oder eines ähnlichen Inhalts eingebracht wird, weil es da auch um die Abklärung grundsätzlicher Positionen geht. Ich möchte auch sagen, dass ich die Wortmeldung des Herrn Gemeinderat Hagenauer für passend und richtig halte, auch wenn ich einige seiner Formulierungen nicht ebenso verwendet hätte, denke ich doch, dass er Recht hat, und warum denke ich das? Zuerst einmal, es geht um ein grundsätzliches Menschenrecht und es geht um eine Frage des Zusammenlebens in unserer Stadt. Ich habe eigentlich nie verstehen können, warum in Österreich, wo es in jeder Familie eine Täter- und Opfer-Geschichte gibt, nahezu in jeder Familie, eine Täter- und Opfergeschichte im Zusammenhang mit dem dritten Reich gibt und wo es genauso in jeder Familie oder nahezu in jeder Familie eine Migrantengeschichte gibt, etwa beim Herrn Parteivorsitzenden Westenthaler, ganz deutliche klar erkennbare, vielleicht geleugnete und verdrängte Migrationsgeschichte. Es ist keine 20 Jahre her, da gab es in Österreich und in Graz in der Nähe von Graz eine ganze Reihe von Flüchtlingen, die aus dem damaligen Jugoslawien flüchten mussten, auch solche, die sich nichts zuschulden kommen ließen, Batschka-Deutsche zum Beispiel, und die nach Österreich gekommen sind und über zehn bis 15 Jahre lang die österreichische Staatsbürgerschaft nicht zuerkannt bekommen haben. Eine solcher Fall ist in der Familie meiner Frau aufgetaucht, das war so und man hat damals mit ähnlichen Argumenten, Kollege Grosz, argumentiert, warum es diese Staatsbürgerschaft nicht gibt, wie du sie heute verwendest. Ich finde im Übrigen auch diese Frage der österreichischen Identität mehr als fragwürdig, es gibt alle möglichen Identitäten in Österreich, aber es gibt wenige, die sich mit meiner Identität decken, obwohl ich Österreicher bin. Und ich gebe genau in dem Punkt dem Kollegen Hagenauer Recht, wo er sagt, worin besteht diese Gemeinsamkeit, in meinen tschechischen und böhmischen Vorfahren oder mit meinen Tiroler Vorfahren, mit denen ich heute wenig gemein hätte, sowohl was die Auffassungen als auch was die Lebensumstände angeht, wie etwa bei Menschen, die auch Hojak heißen. Ich sehe diese Identität nicht, es gibt schon etwas, was uns alle in Österreich gemeinsam geprägt hat und das ist genau der Umstand vieler Kulturen, die hier zusammengekommen sind. Und wir haben heute tatsächlich eine besondere Situation, die darin besteht, dass in den letzten Jahren Menschen nach Österreich gekommen sind aus unterschiedlichen Gründen, manche sind geflüchtet vor dem Krieg, andere sind geflüchtet weil es ihnen um ein Fortkommen gegangen ist, weil sie ihre Kinder ernähren wollten. Wieder

Dritte, weil sie ihre Eltern verloren haben und es gibt noch viele, viele andere Gründe und ich frage mich jetzt, wenn wir gleichzeitig wissen, dass wir all diese Menschen dringend brauchen in diesem Land, wenn wir viel Geld, und zwar zu Recht aufwenden, um sie auszubilden, sie in die Schule zu schicken und wenn wir, übrigens, das verstehe ich für eine BeamtIn oder für eine MitarbeiterIn im öffentlichen Bereich gar nicht, wo für uns alle doch das Legalitätsprinzip gilt, wenn die um ihre Chance, hier leben zu dürfen, kämpfen und daher lange kämpfen müssen, weil unser Rechtssystem ihnen nicht die Chance gibt, schnell eine Entscheidung zu bekommen, wenn wir dann einen Fall Zogaj haben, wo ein Familienmitglied, ein Bruder mit 16 oder 17, in irgendeine Rauferei geraten ist und deswegen als Vorbestraft gilt und deswegen man auch auf Seiten des Innenministers findet, das ist Grund genug, um die Familie abschieben zu können und dann ein bisschen zynisch von dir, lieber Kollege Grosz, genannt wird, na ich bin schon für Familienzusammenführung unten im Kosovo, in Bosnien oder sonst irgendwo...

Zwischenruf GR. Grosz: Ich finde wichtig, dass Familien zusammen finden.

StR. Dr. **Riedler**: Ja, aber hier doch, wo sie ausgebildet ist, wo ein Mädchen das oberösterreichisch spricht und nicht albanisch, eine Ausbildung erhalten hat und hier leben soll, das ist meine Auffassung, und du hast völlig Recht, es gibt hier unterschiedliche Positionen, ich möchte dich gar nicht überzeugen, was mir nicht gelingen könnte, so wenig wie es dir gelingen könnte, mich zu überzeugen. Ich bin der Meinung, dass wir in Österreich nicht nur einen unglaublichen Reichtum haben, sondern dass wir diesen Reichtum auch einer offenen gesellschaftlichen Haltung verdanken und daher trete ich dafür ein, dass wir eine andere Politik wiederfinden als jene, die in Zeiten einer blau-orange-schwarzen Regierungsmehrheit eingesetzt wurde.

Zwischenruf GR. Grosz: Fremdenrecht, war die SPÖ 2005 dabei.

StR. Dr. **Riedler**: Na ja, das ist richtig, na können wir ja darüber reden. Alfredo gefällt mir übrigens sehr gut, das ist eine Entdeutschung dieses wunderbaren Namens, aber einmal abgesehen davon, es ist schon richtig, dass die SPÖ damals mitgestimmt hat, ich hätte es als Nationalratsabgeordneter vermutlich nicht getan, aber die Argumente, warum man es getan hat...

Zwischenruf GR. Grosz: Hast du einmal gegen den Klubzwang gestimmt?

StR. Dr. **Riedler**: Na ja, ich war ja im Parlament, ich habe ja einige Abstimmungen erlebt und habe auch ein durchaus differenziertes Abstimmungsverhalten gezeigt. Eigentlich wollte ich noch etwas zum Kollegen Molnar sagen, der sich hier geäußert hat und ich habe mir das zuflüstern lassen, ich hoffe, das ist jetzt keine Verletzung Ihrer persönlichen Sphäre, wenn ich sage, auch der Kollege Molnar hat eine persönliche Geschichte oder seine Eltern haben eine persönliche Geschichte, die ihn diese Dinge anders erleben und sehen lässt. Ich finde es daher korrekt und richtig, wenn wir hier und heute ein Bekenntnis stattfindet im Sinne dessen, was die Gemeinderätin Binder, die Frau Klubobfrau Binder, als Antrag formuliert hat. Es wird vielleicht nicht allzu oft geschehen, Sigi, dass wir in diesen Tagen einer Meinung sind. In diesem Punkt bin ich einer Meinung, ich bin dafür, dass wir die Vielfalt, die sich unserer Generation in dieser Stadt bietet, auch nutzen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Hoher Gemeinderat! Auch nach fünf oder sechs Jahren Gemeinderat kann man doch immer wieder enttäuscht werden und gerade heute haben wir wieder einmal drei Herrschaften, eher zwei, von einem dritten habe ich es

erwartet oder zwei, die immer in diesem Haus die Fahne der Demokratie so hoch heben und vor sich her tragen, ich bin schon enttäuscht. Ich möchte aber zum ersten Kollegen kommen, den ich aus dem Bezirksrat noch kenne. Kollege Hagenauer, ich will jetzt gar nicht auf das Spiel mit Altabgeordneter oder Neugemeinderat oder Austragsstüberl usw. eingehen, nur, Kollege Hagenauer, ich möchte das schärfstens zurückweisen und gerade bei Ihnen kommt das immer so unterschwellig, ich möchte das wirklich auf das Schärfste zurückweisen, dass Sie uns, der FPÖ, vorwerfen, wir sind nicht in der Demokratie angekommen. Also das bitte sagen Sie nicht, ich bin nicht jemand, der gerne nach Gericht ruft usw., aber das, was sie heute gesagt haben, geht schön langsam so ein bisschen am Kriminal vorbei. Der Kollege hat das eh schon gesagt, und gerade Sie, die immer so tun, als wenn sie überhaupt der Inbegriff jeder Widerstandskämpfer usw. wären, gerade Sie nehmen das Wort eines Sondergerichts in den Mund, schämen Sie sich, kann ich nur sagen, weil Sondergericht (*Applaus FPÖ*), das müssten Sie wissen, und ich kann nur sagen, ich befinde mich da in guter Gesellschaft mit dem Bundeskanzler, Herr Hagenauer, lernen Sie Geschichte, weil was ein Sondergerichtshof war, das wollen wir, wie Sie gesagt haben, eine Fraktion, die nach 62 Jahren immer noch nicht in der Demokratie angekommen ist, Sondergerichtshöfe wollen wir keine haben. Wenn wollen wir einen Gerichtshof haben, aber sicher nicht einen Sondergerichtshof und schon gar keinen, wo der Herr Altabgeordnete Hagenauer als Präsident da oben sitzt. Dann, Frau Kollegin Rücker, Sie gestatten aus unserer langen Zeit im Kontrollausschuss, dass ich Sie noch als Kollegin bezeichne, von Ihnen bin ich natürlich auch enttäuscht, weil sonst sind Sie sofort immer Ordnungsruf, nur heute beim Kollegen Hagenauer, der uns bezichtigt, ihr seid eh keine Demokraten und so unterschwellig kommt das, na ja beim Korschelt hängt ja daheim fast eine SS-Uniform und der geht noch in Schafftstiefel auf und ab, solche Sachen kommen immer wieder und das möchte ich ehrlich gesagt, von Ihnen einmal, dass Sie einmal hergehen und auch, wenn es Ihr Fraktionskollege ist, dass Sie dem Herrn auch einmal einen ordentlichen Ordnungsruf erteilen, weil so kann es ja wirklich nicht gehen, weil immerhin wir sind da hier keine Gasthausbühne, das mag sein, dass Sie das im Gasthaus machen können, ich weiß nicht, wo die Sie auch immer sind, da können Sie von mir aus so reden, aber hier im Gemeinderat, Herr Kollege, reden Sie bitte nicht so und reden Sie nicht über uns so. Und dann, Herr Kulturstadtrat, Sie haben, glaube ich, den Saal verlassen, nein, Sie sind eh da, von Ihnen, wie gesagt, ich will nicht sagen, dass uns

eine Freundschaft verbindet, aber es verbindet uns sicher eine gegenseitige Achtung und Wertschätzung und von Ihnen bin ich heute auch ein bisschen enttäuscht, ich bin der Letzte, der den Kollegen Westenthaler verteidigen muss, weil Kollege Westenthaler, mit dem habe ich mich nie besonders gut verstanden, aber das war heute von Ihnen auch so untergriffig, dass Sie sagen, der Hojak, ich meine, das ist immer so untergriffig, na ja was will denn der Hojak, jetzt heißt er Westenthaler, eigentlich was will denn der unter Anführungszeichen mit seinem „Tschuschennamen“ und jetzt tut er auf einmal...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: So war das nicht gemeint.

Mag. **Korschelt**: Sie haben es ja so gesagt, was will denn der, der Hojak heißt und was will der jetzt so großartig einfach in der Sache tun. Aber wie gesagt, das sind ja nur Randbemerkungen, aber abschließend möchte ich noch einmal drauf drängen, Kollege Hagenauer, wahrscheinlich werden Sie ja sicher, solange Ihnen der liebe Gott das schenken wird, ja sicher noch länger hier im Gemeinderat verbringen, ich würde Sie schon bitten, wenn Sie solche Anschuldigungen haben, dann konkretisieren Sie das, weil immer diese Sache dann, ich wüsste nicht, dass irgendwelche FPÖler so besonders vor Gerichtshöfen gestanden sind und wie gesagt, ich bin der Älteste in unserer Fraktion, bin Jahrgang 1952, also kann man sagen, Gott sei Dank, die späte Geburt, aber von wegen, dass uns irgendwelche rechtsradikalen Äußerungen oder rechtsradikalen Machenschaften nachzuweisen sind oder dass wir uns an irgendwelchen rechtsradikalen Aufmärschen usw. beteiligt hätten, da möchte ich Sie bitten, Herr Kollege Hagenauer, das heißt, ich möchte Sie nicht bitten, sondern ich fordere, weil bitten tue ich Sie nicht, sondern ich fordere Sie einfach auf, so etwas nicht mehr zu machen und, Frau Vizebürgermeisterin, wenn Sie den Vorsitz führen und so etwas noch einmal vorkommt, dann möchte ich auch Sie auffordern, hier ordentlich einzuschreiten, weil das ist mit der Würde dieses Hauses nicht vereinbar (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich habe in meiner Vorsitzführung sehr genau zugehört und ich habe die Wortmeldung des Herrn Gemeinderat Hagenauer als sehr scharf formulierte politische Kritik empfunden und erlebt, aber nicht als untergriffig oder entwürdigend erlebt, das ist meine subjektive Wahrnehmung und ich denke, ich finde mich da im Bereich der Wahrnehmung, die ich hier auch objektiv so wahrgenommen habe.

Zwischenruf GR. Grosz: Sondergerichtshof ist kein Problem, aber Ausgedingestüberl schon?

GRin. **Binder**: Also, wir haben in der vorigen Gemeinderatsperiode immer wieder heikle Themen aufgegriffen und der Wolfgang Riedler hat das schon angesprochen und es gab immer auch sehr intensive Diskussionen dazu. Die Diskussionen waren mehr oder weniger emotional, das war durchaus so und kontroversiell, manchmal auch sehr pointiert, aber das, was ich jetzt erlebt habe, ich gebe ehrlich zu, da ist mir die Spucke weggeblieben. Zwar deswegen, weil mir eines klar geworden ist, ich mache mir keine Illusion über Sie, Herr Grosz, und BZÖ und FPÖ, mache ich mir nicht, dazu bin ich auch viel zu lange schon in der Politik. Aber dass man so verantwortungslos mit einem Thema umgehen kann und es gar nicht anders für Sie möglich ist, Herr Grosz, als nur negativ zu konnotieren, das ist etwas, was mich schon ein bisschen noch verwundert hat, ich möchte Ihnen auch sagen, dass es trotzdem gut war, dass alle das hier auch erlebt haben. Denn Sie tun so gerne auf jovial und auf lustig, also für mich ist es nicht lustig, wie Sie herumtänzeln wie ein nervöses Pferd und so, das ist nicht lustig, Herr Grosz, aber was wirklich dahintersteckt hinter Ihrem politischen Denken, das ist heute schon noch einmal sehr klar herausgekommen und wenn Sie oft die Lacher und Lacherinnen auf Ihrer Seite haben, ich glaube, heute ist einiges bewusst geworden und ob jetzt Sie wirklich auch weiterhin sozusagen mit Schmähen sich ein bisschen so drüberbringen können, ich glaube, nicht mehr bei so vielen, glaube ich nicht mehr. Ich bin nicht davon ausgegangen, dass dieses Bleiberecht dermaßen tief argumentiert wird, Herr Grosz, Sie haben einen Wahlkampf geführt als „Wir-säubern-Graz-Partei“. Wenn Sie ein

Beispiel von irgendjemand an den Haaren Herbeigeführten nehmen, so kann ich Ihnen sagen, ich arbeite seit 20 Jahren mit Kindern mit nicht deutscher Muttersprache. Ich kenne diese Kinder sehr gut und nicht alle der Familien kenne ich. Aber ich könnte Ihnen Beispiele bringen, aber ich will nicht auf der selben Ebene kommen, wann ein Mensch in die Illegalität gerät. Das geht so blitzartig schnell und das genügt, dass nach fünf Jahren Asylverfahren ein negativer Bescheid kommt, die Kinder tatsächlich integriert sind, ebenso die Eltern, und von einer Minute auf die andere mit dem negativen Bescheid ist diese Familie illegal. Und was mit illegalen Menschen passiert, ist ja nichts anderes, als dass sie auf den illegalen Arbeitsmarkt gedrängt werden oder sich nicht nur wirtschaftlich ausbeuten zu lassen, sondern auch sexuell ausbeuten lassen. Wir müssen diesen Dingen in die Augen schauen und wir haben ein Gnadenrecht, wir haben Menschen mit Migrationshintergrund, egal ob illegal. Aber im illegalen Zustand sich befindliche Menschen haben die kein Recht auf das Menschenrecht? Auf die Würde, die sie haben? Also dahingehend geht unser grüner Antrag, dass es hier zu rechtsstaatlichen klaren Normen kommt, denn das Gnadenrecht ist ein Recht, dass sehr willkürlich die Gnade vergibt, ob jemand hier jetzt bleiben darf oder nicht. Das ist der Hintergrund dieses Antrages, dieser Petition und noch etwas, ich finde es beschämend, wie Sie untergriffig, auch Sie Herr Kollege Korschelt, wie Sie untergriffig beleidigend hier mit Kollegen und Kolleginnen umgehen, ich kenne das von Ihnen, Herr Korschelt, auch von der vorigen Gemeinderatsperiode, wo ich zumindest einmal unter vielen Beleidigungen das Glück hatte, dass Sie sich entschuldigen mussten bei mir. Ich finde es bedauerlich, dass Sie nach wie vor auf dieser Ebene versuchen zu argumentieren, mag sein, dass mein Kollege Hagenauer sehr pointiert geantwortet hat, aber er wird persönlich beleidigend niemals und Sie tun das. Hier gibt es eine politische Argumentation und bei Ihnen mischt sich manchmal die politische Argumentation mit persönlicher Beleidigung.

Zwischenruf GR. Grosz: Wir sollen uns von Ihnen mit jedem Dreck bewerfen lassen, aber wir dürfen uns nicht wehren?

GRin. **Binder**: Trotzdem zurück zum Antrag. Ich danke all jenen, die sehr sachlich aber auch sehr engagiert mitdiskutiert haben für diese Diskussion und bitte diesen Antrag auch inhaltlich zu unterstützen. Danke (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.35 Uhr den Vorsitz.

10) Flüssiggasverladestation am Ostbahnhof

GR. **Wippel** stellt namens der SPÖ und der KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Wippel**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Vizebürgermeisterin! Wie du gerade soeben richtig gesagt hast, wir haben das heute schon in zwei Anfragen zum Thema gehabt, darum werde ich mich auch nicht weiter beim Motivenbericht auslassen. Ich möchte nur ganz kurz noch darauf hinweisen, im Jahr 2006 da haben wir teils hier im Gemeinderat, teils im Bezirksrat und über alle Fraktionen hinweg dafür eingesetzt, dass diese Gasverladestation nicht gebaut wird. Jetzt sind wir tatsächlich schon ein Stück weiter, sie ist nämlich trotz anders lautender Zusagen der ÖBB tatsächlich fertiggebaut worden und jetzt geht es darum, die Inbetriebnahme zumindest zu verhindern. Denn was bedeutet eine Inbetriebnahme dieser Gasverladestation auch für die Entwicklung dieses Gebietes? Das heißt, dass auch eine Weiterentwicklung des Messequadranten, dass die ganzen infrastrukturellen Maßnahmen rund um das Stadion, die Hochhausbauten, für die ich nicht unbedingt jetzt Werbung machen möchte, aber all das ist dann tatsächlich gefährdet. Weil all diese Bauvorhaben sich innerhalb dieser Gefährdungszone befinden würden. Wir

sind als zweitgrößte Stadt Österreichs anscheinend den ÖBB und ihren Tochterfirmen etwas egal gewesen und haben in Wien kein Gehör gefunden. Beim Land Steiermark möchte ich das aber nicht glauben.

Darum richte ich im Namen der Gemeinderatsfraktion der SPÖ und der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz richtet einen dringlichen Appell an den Landeshauptmann und an die Landesrätin Eldinger-Ploder, im Verfahren zur Inbetriebnahme der Flüssiggasverladestation am Ostbahnhof alle Fakten genauestens zu überprüfen, um die Sicherheit der Bevölkerung im günstigsten Fall durch ein Versagen der Inbetriebnahme zu gewährleisten. Ich bitte um Annahme (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag.a **Pavlovec-Meixner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorweg möchte ich mich bedanken bei den drei Kollegen aus dem Bezirk Jakomini, die dieses Thema, dieses sehr wichtige Thema im Bezirk eingebracht haben. Ich glaube, dass alle Fakten und Informationen zum Gefährdungsgrad auf dem Tisch liegen, es ist auch so, dass gemäß den steirischen Landesgesetzen ein Zusatzbescheid darüber hinaus erlassen wurde, der dieses Projekt in seiner Realisierung sehr teuer machen würde und laut Aussage der FA18/5 liegt derzeit kein Antrag auf Betriebsbewilligung vor. Wahrscheinlich auch aus den Gründen, dass die Kosten so enorm wären, diesen Bescheid zu erlassen. Daher sieht der Grüne Gemeinderatsklub die Dringlichkeit nicht, wir werden aber sehr wohl dem Antrag zustimmen.

GR. **Kraxner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregerung, liebe KollegInnen! Herbert, ich bin völlig inhaltlich bei deinem Antrag. Die ÖVP-

Gemeinderatsfraktion steht vollinhaltlich dazu. Jedoch zur Dringlichkeit haben wir, wie ich dir schon vorher gesagt habe, gewisse Probleme, weil die Dringlichkeit für uns so nicht gegeben ist. Ich habe gestern am Nachmittag noch mit dem Leiter der FA18e, dem Herrn Dr. Weiß, gesprochen und der sagte mir, wie ich auch schon vorhin dem Herrn Bürgermeister gesagt habe, dass kein Ansuchen um Betriebsbewilligung gestellt wurde, weswegen dieses Projekt für uns aktuell nicht hinterfragenwert ist. Es ist einfach keine Chance, seiner Meinung nach, dass das jetzt umgesetzt wird. Ich habe auch die Pressemeldung von der Frau Sorian ganz genau gelesen und es ist hier nicht eindeutig herauszulesen, dass das Projekt umgesetzt werden kann, warum, weil die gesamten Anforderungen durch den Ergänzungsbescheid vom letzten Jahr durch die FA18e überhaupt noch nicht erfüllt wurden, sprich, es müsste das gesamte Gelände des Ostbahnhofes durchkämt werden, es müssten Probebohrungen gemacht werden etc, ist unrealistisch und daher sehen wir die Dringlichkeit nicht gegeben, werden aber definitiv dem Antrag zustimmen und kann mich der Kollegin Pavlovec-Meixner nur anschließen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Wippel:** Ich bin jetzt ganz ehrlich etwas verwundert, weil die Pressesprecherin der ÖBB sagt, dass sie das auf jeden Fall machen möchten. Dann hat uns die ÖBB auch damals versprochen, sie werden den Bau einstellen, solange die Sachen nicht geklärt sind. Ein paar Monate später hat es dann geheißen, wir bauen auf jeden Fall und wir bauen fertig, außerdem haben sie gesagt, wir haben alle Bewilligungen, es geht jetzt wirklich nur mehr um die Inbetriebnahme. Wenn einzelne Kollegen oder du, Bernhard, inzwischen mit der Fachabteilung des Landes gesprochen habt, freut mich das und wenn du wirklich Informationen von denen hast, toll, dann wäre es aber klass gewesen, wenn der Dringlichkeitsantrag so in der Form erledigt ist als dringlicher, dass man sagt, ok, da habe ich ein Schreiben vom Land, die sagen, es passiert nichts. Aber das ist ja nicht der Fall, das ist nur, momentan weiß ich es nur vom Hören-Sagen, für mich ist der Fall weiterhin dringlich. Ich kenne nur das, was in der Zeitung gestanden ist, ich kenne das, was passiert ist in den Diskussionen mit den ÖBB, ich kenne das, was die Leute dort befürchten und sehen was passiert ist, nämlich, dass die Anlage fertiggebaut wurde, und du kannst mir nicht erzählen, dass

es irgendeine Firma gibt, die etwas fertig hinstellt und hinterher sagt, ja eigentlich ist uns das Ganze eh zu teuer und wir wollen das nicht in Betrieb nehmen, außer bei Zwentendorf ist mir das noch nirgendwo untergekommen. Also ich bin jetzt wirklich etwas erstaunt, dass der Dringlichkeit nicht zugestimmt wird, auch von Seiten der Grünen her nicht, weil die Dringlichkeit ist tatsächlich gegeben, wie schnell geht das, dass nachher plötzlich irgendwann einmal ein Gutachter da ist, der dann plötzlich irgendwas vorlegt und zack, der Behörde bleibt dann fast nichts anderes übrig, als dem Ganzen nachher zuzustimmen und schon haben wir es nachher da. Das kann wirklich sehr schnell gehen und die nächste Gemeinderatssitzung haben wir dann im Juli, über den Sommer passiert nachher nichts und das ist auf einmal gegeben und die Verfahren sind gelaufen und wir haben dann plötzlich eine Flüssiggasverladestation mitten im dicht besiedelten Wohngebiet, die wir schon haben und die nachher in Betrieb genommen werden kann. Also ich bitte noch einmal ganz eindringlich der Dringlichkeit zuzustimmen, weil wenn das Land nachher tatsächlich auf die Meinung kommt, es passiert ja eh nichts, weil wir haben da noch gar nichts vorliegen, noch kein Ansuchen vorliegen, wenn das Ansuchen morgen eintrudelt, nachher haben sie wenigsten den Antrag schon und wissen, was die Stadt Graz dazu sagt und was die Stadt Graz haben will. Also ich bitte wirklich noch einmal alle Fraktionen hier im Rathaus diese Einstimmigkeit, die man über die Jahre hinweg zu dieser Sache immer gehabt haben, auch hier wieder beizubehalten und dieser Gefahr wirklich sehenden Auges da irgendwie entgegenzutreten und zu sagen, wir müssen im Vorfeld aufpassen. Der Herr Bürgermeister hat versprochen, auch mit den ganzen Entscheidungsträgern, die da involviert sind noch einmal zu sprechen und darauf einzuwirken, auch das ist quasi eine Erledigung eines dringlichen Ansuchens des Gemeinderates und wenn man den Herrn Landeshauptmann und die Frau Landesrätin Edlinger-Ploder auch noch bittet, sich die Sache genau anzuschauen, dann tut uns das, glaube ich, nicht weh (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich glaube, es ist wichtig, dass wir zu diesem Thema einfach noch einmal wissen, dass eine sogenannte Flüssiggasverladestation nichts anderes ist als ein Gleis, das die ÖBB sowieso auf Grund des Wegreißens der Gleise, die vorher gelegen sind, einfach wieder machen musste und dass es nur zu

einer besonderen Abdichtung der Kanalbereiche etc, darunter kommen muss. Also im Verhältnis zum gesamten Bauaufwand, den die ÖBB dort hatte, ist es ein Minimalstbetrag und ein kleiner Aufwand. Deswegen versuchen sie einmal diese Baumaßnahmen fertigzustellen, darüber hinaus gibt es aber Auflagen, die sie aus meiner Sicht in diesem Rechtsstaat nicht erfüllt haben. Und auch das Ansuchen, den Herrn Landeshauptmann zu bitten, genau darauf zu achten, dass es eingehalten wird, sage ich einmal, ich gehe davon aus, dass das Land Steiermark, weil sie von uns schon mehrere Petitionen haben, weil wir es intensivst diskutiert haben und sie mit unserer Feuerwehr gemeinsam so schwierige Auflagen gemacht haben, die auch das Entschärfen von Bomben aufgraben usw. vorgesehen hat, dass die Pressesprecherin der ÖBB in dem Fall auch ordentlich irrt. Dass sie es fertig bauen, war klar, weil es nichts anderes ist als ein Gleis, wo man sowohl Normalwaggons tauschen kann, aber im Speziellen auch Lkw hinschicken kann, die dieses Gas dort aus den Waggons herauszapfen und da darf nur kein Gas austreten oder wenn eines austritt und in den Boden eindringt, weil dann könnte es einmal zu einer Explosion kommen. Das ist jetzt einmal sehr laienhaft von mir da geschildert, aber de facto kein großer Aufwand. Das heißt, die ÖBB haben das sicherlich vorgesehen, weil sie noch nicht davon abweichen wollen, aber sie haben die anderen Vorschriften, die im Beschied vorgeschrieben worden sind, in keinster Weise, aus meiner Sicht, noch erfüllt und haben deswegen auch bis zum heutigen Tage auch noch nicht die Inbetriebnahme gefordert. Dass man das vielleicht nur auch einmal auseinanderdividiert, auch ein Herr Landeshauptmann kann so wie ich als Bürgermeister, zwar vielleicht noch einmal mit den Beamten reden, aber ich gehe davon aus, dass es sich dort auch schon herumgesprachen hat und auch der Kollege Kraxner hat heute wieder mit der Abteilung telefoniert und die haben ja diese erschwerten Bedingungen uns zuliebe, wenn ich so sagen darf oder auch der Bevölkerung zuliebe und für die Sicherheit schon eingebracht. Also ich denke mir, wir haben da am Thema dranzubleiben, aber im Moment kann man gar nicht viel tun.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Sicherheit im Stadtpark

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sie haben mir das Stichwort gegeben, es ist kurz vor acht. Gestatten Sie mir, dass ich da ein bisschen ein gekürztes Verfahren anwende, nachdem ja viele Kollegen heute schon seit zwölf Stunden hier im Haus sind, glaube ich, dass ich nicht unbedingt was Schlechtes mache. Es geht hier einmal um die Sicherheit im Stadtpark. Wie gesagt, vielen Medienberichten war zu entnehmen, dass es letzte Woche wieder zu zwei sehr bedauerlichen Überfällen im Stadtpark gekommen ist und, Herr Bürgermeister, da wir seit längerer Zeit keine Initiativen Ihrerseits erkennen konnten, die ein entsprechendes nachhaltiges Tätigwerden der Fahrradpolizei ermöglichen konnten, während im gleichen Zeitraum des Grazer Stadtparks immer öfters Schauplatz von Drogendelikten und Gewaltverbrechen wurde, stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivenberichtes beschließen, dass Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl ersucht wird, mit den Entscheidungsträgern der Bundespolizeidirektion Graz Kontakt aufzunehmen, um die nötigen Schritte für ein nachhaltiges Tätigwerden der Fahrradpolizei vor allem im Stadtpark zu erörtern, und den Gemeinderat bis zur nächsten Gemeinderatssitzung über die entsprechenden Ergebnisse zu informieren (*Applaus FPÖ*).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will es nicht besonders spannend machen, ich möchte es dann schon ein bisschen noch auch begründen, warum die Fraktion der Sozialdemokratie dieser Dringlichkeit und dem Inhalt auch die Zustimmung gibt, weil auch wir, und ich glaube in diesem Haus, und vor allem jene Kolleginnen und jene Kollegen, die schon längere Zeit hier als Gemeinderätin oder als Gemeinderat fungieren, wissen unseren Zugang zum Thema Sicherheit in der Stadt Graz, wissen auch unsere Bemühungen, unser Engagement, unsere Initiative, wenn es darum geht, einfach mehr PolizeibeamtInnen für die Grazer und Grazerinnen zu bekommen, und aus diesem Grund und speziell aus dem Grund heraus, dass es in diesem Hause, und da muss ich leider auch den Herrn Bürgermeister in die Pflicht nehmen, gab es zwar schon sehr, sehr viele Beteuerungen und Zugeständnisse und Inaussichtstellungen und Versprechungen, meistens halt vor den Wahlen, im Zusammenhang damals noch mit dem großen Polizeiexperten und Geburtshelfer der sehr erfolgreichen Polizeireform Werner Miedl. Oder wenn ich auch immer wieder an die sehr medienwirksamen gemeinsamen Auftritte mit einem weiteren Experten und Sicherheitssprecher, Polizeibeamten Landtagsabgeordneten Hamedl, denke oder auch an die unheimlich medienwirksamen gemeinsamen Auftritte des Herrn Bürgermeister mit dem Herrn Minister Platter, wenn es darum geht, irgendwelche Vorhänge vor Videosicherheitsüberwachungskameras zu ziehen. Aber letztendlich, und das ist das Problem, und deshalb ist auch die Dringlichkeit in dieser Sache gegeben, ist einfach zu wenig passiert. Ich will jetzt damit nicht sagen, dass wir einen eklatanten Sicherheitsnotstand in Graz hätten, das ist sicherlich und wäre eine überzogene Feststellung, aber Faktum ist, dass sich unheimlich viele Grazerinnen und Grazer unsicher fühlen und sie brauchen nicht die Tageszeitungen lesen, sondern es ist ein subjektives Unsicherheitsgefühl, wo wir versucht haben, auch gemeinsam mit der ÖVP vor einiger Zeit in Form dieser Sicherheitswache ein wenig hier abzufedern, aber diese Sicherheitswache kann nicht sicherheitspolizeiliche Aufgaben übernehmen. Und in diesem Zusammenhang und deshalb geht mir dieser Antrag fast ein wenig zu kurz oder ein wenig zu begrenzt vom Inhalt her, möchte ich schon, und speziell auch in Bezug auf die kommenden Herausforderungen und die kommenden Wochen in Bezug auf Europameisterschaft im Fußball und den bekanntlichen Abzug von hunderten PolizeibeamtInnen zu diesem Zweck aus der Landeshauptstadt Graz mit einer zwar damit verbundenen Urlaubssperre und, und,

und, auch dazu nützen, diesen dringlichen Antrag als einen Appell nicht nur an den Herrn Bürgermeister zu richten jetzt in dieser leidigen Fahrradstreifenaktion und die beschäftigt uns ja fast gleich lange schon, wie die leidige Situation mit den Standln am Hauptplatz, auch dafür Sorge zu tragen und die Hinweise sind da und es sind nicht nur böse Gerüchte und Unterstellungen, es wird während der Europameisterschaft hier in Graz Wachzimmer geben, die in der Nacht nicht besetzt sind und wo es extreme Personalprobleme in unserer Stadt in dieser Zeit geben wird. Deshalb wirklich die Dringlichkeit und der wirklich ehrliche Appell an den Herrn Bürgermeister im Sinne einer halbwegs geregelten Sicherheit für tausende Grazerinnen und Grazer dafür zu sorgen, dass nicht nur jetzt endlich diese notwendigen und von allen anderem an die und für sich begrüßten Fahrradcops endlich einmal ihren Dienst antreten, weil wir ansonsten auch wieder befürchten, wenn es in den Herbst hineingeht, ist wieder das fallende Laub möglicherweise ein Grund, dass sie nicht zum Einsatz kommen oder sind die kurzen Hosen dann nicht mehr jene Adjustierung, die zur Jahreszeit passen. Also aus diesem Grund die Dringlichkeit dafür gegeben, aber gleichzeitig sollte man das insgesamt zum Anlass nehmen, auch die anderen Punkte, die leider nicht erfüllt sind, ich rede jetzt noch gar nicht von den in Aussicht gestellten zusätzlichen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, wirklich in den Griff zu bekommen und letztendlich hier wirklich einen spürbaren, merkbaren, sichtbaren Mehrbestand an PolizeibeamtInnen nicht nur in Wachzimmern, sondern vor allem auf der Straße zu garantieren. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Sikora:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Gemeinderat! Der Vorgänger hat im Wesentlichen, im Großen und Ganzen die Wichtigkeit des dringlichen Antrages illustriert. Ich möchte es trotzdem noch erläutern, wieso die KPÖ die Dringlichkeit unterstützt. Und zwar deshalb, weil uns die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wichtig ist und uns besonders am Herzen liegt. Einerseits auch, weil eine Fahrradgruppe bei der Grazer Polizei einfach effizienter bei schwer erreichbaren Orten und Plätzen, vor allem in Parks, vor Ort sein könnte und andererseits würde auch das Leitbild der Grazer Polizei dadurch ein positives Image erfahren. Aber, ich möchte nochmals an den 4. 2. 2000 und an den

28. 2. 2003 erinnern, in diesen beiden Jahren wurde, wie allseits bekannt, die ÖVP-FPÖ-Koalition angelobt und unter dieser Koalition wurde in einem Zeitraum von nur sechs Jahren allein bei der Grazer Polizei, das habe ich das letzte Mal schon gesagt, 278 Planstellen eingespart. Die Grazer Polizei von 1008 Planstellen auf 730 Planstellen massiv reduziert, mitgetragen von Ihrer Fraktion, die im Parlament war. Als Auswirkung dieser verfehlten Kriminalitätspolitik ist eben eine Negativentwicklung bei Gewaltdelikten und Drogendelikten und ein Absinken andererseits bei der Aufklärungsquote im gesamten Grazer Stadtgebiet festzustellen. Die Grazer Polizei leistet hervorragende Arbeit und das für eine Großstadt, wie Graz sie ist, mit einer eher bescheidenen Personalressource. Sie ist jedoch an der Grenze der Belastbarkeit angekommen. Was helfen da zehn Polizeifahrräder, wenn ich dafür nicht zehn Polizisten habe.

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Haben wir doch.

GR. **Sikora**: Leider nicht. Der KPÖ-Gemeinderatsklub wird trotzdem der Dringlichkeit zustimmen. Die Forderung nach einer Planstellenvermehrung bei der Grazer Polizei zur Wahrung der Sicherheit der Grazer Bürgerinnen und Bürger sollte aber bei den Verantwortlichen primäres Ziel sein (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Schönegger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, hoher Gemeinderat! Das Schauspiel ist ein sich immer wiederholendes. In regelmäßigen Abständen, auch in der letzten Periode kommen die Sicherheitsexperten der verschiedensten Parteien hier heraus und schwingen sich auf zu Reservesherriffs und sagen, was nicht alles gemacht gehört. Gut, soweit so gut. Die Geschichte in der letzten Periode, und das wird auch jetzt nicht anders ein, hat uns gelehrt, dass nicht die selbst ernannten Sicherheitsexperten, sondern die, die wirklich mitarbeiten und für die Sicherheit in dieser Stadt wirklich was tun wollen,

etwas erreichen. Ich verhehle nicht, dass wir gemeinsam noch viel zu tun haben, was die Sicherheit in dieser Stadt betrifft, sage aber auch, wir sind kein Notstandsgebiet und das ganz klar und deutlich. Ich möchte Sie einladen, gemeinsam mit uns an einigen Dingen zu arbeiten. Erstens, helfen Sie mit, dass Sie auch in der Gesellschaft auch unter den Menschen in Graz und den Grazer Bürgerinnen und Bürgern so etwas wie eine neue Art der Zivilcourage fördern, dass die Menschen wieder mehr hinsehen statt wegschauen, dass man füreinander da ist und dass man auch wirklich, wenn es sein muss, Hilfe holt, dann ist das Ganze schon ein wenig entschärft. Das ist eine Aufgabe, die wir gemeinsam haben. Ich weiß schon, dass das nicht so klass zu verkaufen ist politisch, aber dieses Thema eignet sich nicht, um politisches Kleingeld zu wechseln. Es ist auch wichtig festzuhalten, dass die Initiativen, die gegriffen haben, und da geht es nicht um politische Eitelkeiten, da geht es um das, was hier gegriffen hat, auch von unserem Bürgermeister gekommen sind, das ist die Fahrradpolizei, die fährt, die da ist, die in Graz stationiert ist. Das ist die Ordnungswache, die wir gemeinsam mit dem Sicherheitsexperten der SPÖ, mit dem Klaus Eichberger, entwickelt haben, haben wir gemeinsam gearbeitet, da waren wir Partner und diese Partnerschaft fordere ich wieder ein und ich darf noch ein Angebot aussprechen. Heute schon vom Bürgermeister bekannt gegeben und das kommt noch, arbeiten Sie doch bitte aktiv mit. Am 9. Juli findet der Arbeitskreis Sicherheit wieder statt, da kann jeder beweisen, inwieweit er wirklich dabei sein will und nicht nur am Papier für die Sicherheit in dieser Stadt was tun will, einmal im Monat im Gemeinderat oder vielleicht noch weniger, sondern wirklich. Ich schaue dich bewusst an, Klaus, sondern wirklich mitarbeiten, das gilt auch für den Kollegen Korschelt. Nehmen Sie diese drei Einladungen an, die ich ausgesprochen habe und in diesem Sinne ergibt sich ohnehin aus der Wortmeldung, wir stimmen weder der Dringlichkeit dieses Antrages zu, also wir stimmen der Dringlichkeit nicht zu und dem Inhalt werden wir dann ohnehin nicht zustimmen brauchen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat! Schade, dass die Frau Gemeinderätin Sigi Binder nicht da ist, weil sonst hätte sie den Auftritt des Dämons erlebt, wie sie gesagt hat und nicht mehr des jovialen Gemeinderates und Kollegen, er ist also wieder der Dämon. Wir nehmen die Einladung an, wir pochen aber auch auf die Versprechen

und zwar auf die Versprechen, die erst unlängst in der vorletzten Gemeinderatssitzungen hier vom heute abwesenden Klubobmann Piffel-Percevic gegeben worden sind, dass wir endlich die Aufstockung des Personalstandes der Grazer Polizei um zumindest 500 Planstellen erreichen. Diese Einladung nehmen wir gerne an. Dass dieses Papier, das offensichtlich in Wahlkampfzeiten zwischen dem Bürgermeister und dem Innenminister mediengerecht unterschrieben wurde, endlich wieder Realität wird, damit wir Sicherheit auf die Grazer Straßen bringen und wissen Sie und weißt du im Speziellen, warum wir Sicherheit auf den Grazer Straßen brauchen? Weil wir als Zivilgesellschaft 70 Straftaten am Tag nicht dulden können, weil wir 70 Straftaten in einer Stadt wie Graz nicht dulden können und weil wir uns auch nicht von den Schalmeientönen und weil wir uns auch nicht von den frisierten Statistiken des Innenministeriums täuschen lassen sollten, die zwar einen Abschwung der Kriminalität ausmachen, aber wenn man näher hinschaut, verschiedene Delikte von dem gleichen Täter oder der gleichen Tätergruppe einfach zusammenfasst, um somit die Straftaten und die Statistik auch für Graz zu senken. Denn Fakt ist, dass die Kriminalität in die Höhe geschossen ist, Faktum ist, dass seit der Öffnung der Schengengrenze auch hier in Österreich die Einbruchswellen, vor allem bei Dunkelheit, Herbst, Frühjahr, Winter zugenommen haben. Und da brauche ich keine Statistiken, sondern da empfehle ich dir, sehr geehrter Herr Gemeinderat, hin und wieder einmal, nicht nur, wenn Wahlkampf ist, die Polizeistationen zu besuchen, mit den Polizisten zu sprechen, die dir dann auch zurecht sagen werden, sehr geehrter Herr Gemeinderat Schönegger, wir kommen uns vor wie bessere Notare. Wir hoppeln von einem Einbruch zum andern nach und können gerade Bestätigungen ausstellen für die Opfer, damit sie dann zur Versicherung gehen können. Keine Spur von Verhinderung von Straftaten und keine Spur mehr von Ausforschung der Täter dieser Straftaten und das einer Landeshauptstadt unwürdig und das ist einer Zivilgesellschaft unwürdig, die ja eigentlich ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger gerade vor Straftaten schützen will. Daher stimmen wir selbstverständlich dem dringlichen Antrag zu, stimme aber auch dem Herrn Gemeinderat Eichberger richtigerweise zu, der sagt, da ist noch viel mehr drinnen, da brauchen wir noch viel mehr. Das sind nicht vier Sätze und 200 Buchstaben, sondern da sind endlich nach Jahren des Stillstandes auch Taten, konkrete Taten gefragt. Bürgermeister Nagl hat, wie er noch jung und fit und in der Politik gerade frisch eingestiegen ist, zu Recht gesagt, das Rathaus darf kein Rasthaus werden. In der

Sicherheitspolitik dieser Stadt und in der Kriminalitätsbekämpfung ist es ein Rasthaus geworden, denn da ist die letzten Jahre zumindest in diesen wesentlichen Bereichen leider Gottes nichts weitergegangen und viele Exekutivbeamtinnen und –beamten, die in Sonntagsreden von Politikern immer besonders gelobt sind, fühlen sich dann am nächsten Tag volkstümlich gesagt, verarscht. Weil die konkreten Daten, ich nehme das Wort verarscht selbstverständlich sofort zurück, weil sonst kommt wieder ein Ordnungsruf, Entschuldigung, das war viel zu jovial, ich sollte wieder sehr dämonisch sein natürlich in dieser Frage, weil damit ich auch dem Anspruch der Grünen gerecht werde, weil sonst habt ihr eigentlich nichts, über was ihr euch noch ärgern könnt, außer über eure eigenen Umfaller. Wie gesagt, noch einmal, wichtig, dass auch diese Versprechen nach der Euro, und ich habe die Worte des Herrn Klubobmann Piffli-Percevic noch in den Ohrwaschln, nach der Euro werden plötzlich die 500 Polizeibeamten oder 400 Planstellen vom Himmel purzeln, der Herr Innenminister wird sie persönlich herführen. Nur wissen Sie, was komisch ist, dass im Dienststellenplan des Bundes, unterschrieben von der Bundesministerin für öffentlichen Dienst, die die Planstellen festlegt, keinerlei dieser Zuteilungen für die Bundespolizei Graz vorgesehen sind. Mich würde also nicht wundern, wenn dieses Papierl zu einer der größten Rosstäuschereien wird und das gerade im Hinblick auf das wichtige Thema der Sicherheitsbekämpfung. Ich danke Ihnen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem ich es vergessen habe, können Sie bitte ein Schlusswort vorbringen.

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie haben heute beliebt, den parteipolitischen Dobermann in Form Ihres Stadtparteisekretärs von der Leine zu lassen...

Zwischenruf GR. Grosz: Er hat eh schon keine Zähne mehr.

Mag. **Korschelt**: ...den Herrn Mag. Schönegger, ich will nicht zynisch sein, Herr Kollege, Sie sagen immer wieder, wir sollen mitarbeiten, bitte, wo sollen wir denn mitarbeiten, wenn der sicherheitspolitische Arbeitskreis oder wie er auch immer heißt, sich vielleicht einmal im Jahr trifft? Du, Gerhard, jetzt tu mich nicht aufhalten, wenn ich mit ihm ein Zwiegespräch halte, sonst kommt die Kollegin Potzinger auch noch. Redet jetzt jeder mit ihm oder... Wo sollen wir mitarbeiten, der Arbeitskreis meines Wissens, glaube ich, ist jetzt vor 18 Monaten das letzte Mal einberufen worden dann. Da gibt es den guten Spruch, wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis, der wird jetzt einmal stattfinden, damit wird es zumindest in dieser Periode wieder einmal vorbei sein. Dann das Zweite, Herr Kollege, ich verwehre mich dagegen, ich habe mich nie als Sicherheitsexperte bezeichnet, sondern ich habe mich nur immer als jemand bezeichnet, der versucht, Anliegen der Bürger, und Sie können gerne mein Handy einmal abhören, wenn Sie es mir nicht glauben, wenn Bürger anrufen, und ich versuche diese Anliegen der Bürger hier im Gemeinderat zu artikulieren, als mehr habe ich mich nicht bezeichnet. Oder, ich kann mich auch nie erinnern, dass ich mich als Hilfssheriff bezeichnen oder als Hilfssheriff aufgeführt hätte, dass ich daheim irgendwelche Pistolen, oder was weiß ich, in meinem Nachtkastl aufbewahre, wenn Sie es genau wissen wollen, ich besitze zwar einen Waffenbesitzschein, habe aber die eine Waffe, die ich von meinem Vater geerbt habe, habe ich bei meinem Freund, den Ing. Köte, in Verwahrung, also kann man von einem großen Hilfssheriff nicht sprechen. Und dann noch etwas, Ihr Kollege sitzt eh gerade neben Ihnen, dann hat er schon über Weihnachten im Adventkalender gesprochen und so glaube ich auch, dass sie von Weihnachten träumen oder von warmen Eislutschern träumen, weil von der Fahrradpolizei habe

ich noch nichts gemerkt. Also scheinbar sind die immer im Einsatz, wenn ich nicht im Stadtpark bin oder sind die geheim, sind die total geheim, das ist natürlich auch möglich, dass die komplett als Geheimpolizei, als Erlkönig durch den Stadtpark düsen, das mag sein, aber ich habe sie leider noch nie bemerkt. Vielleicht haben Sie sie bemerkt, aber wir können uns gerne einmal auf ein Bier treffen und dann stellen Sie mir einmal die Fahrradpolizei jetzt, nicht dann nach der Fußball-EM, wenn dann alle da sind, wie der Kollege Grosz gesagt hat, wenn eh das sicherheitspolitische Paradies über Graz niederbrechen wird, stellen Sie sie mir jetzt einmal vor. Also wie gesagt, ich stehe Ihnen gerne, rufen Sie mich an oder ich rufe sie auch gerne an und gehen wir einmal ein Bier trinken und dann schauen wir uns die Fahrradpolizei im Stadtpark an. Vielleicht, wenn man zuviel trinkt, dann sehen wir sie vielleicht, das ist auch wieder eine Möglichkeit dann, das haben aber Sie jetzt gesagt, war das vielleicht bei Ihnen der Fall, das kann natürlich sein, aber das würde ich nicht, weil sonst kriege ich eine Rüge des Herrn Bürgermeister und das will ich natürlich auch nicht vom Zaun brechen und damit abschließend bin ich natürlich wieder einmal enttäuscht, aber ich bin heute öfter enttäuscht worden, deswegen wird es bald zur Routine, muss ich natürlich sagen, dass die ÖVP die große Sicherheitsfraktion in dieser Stadt dann...

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Schreibt halt dann wieder Anträge.

Mag. **Korschelt:** ...Herr Bürgermeister hat sich ja plakatieren lassen als der Sicherheitsexperte oder als der Sicherheitsmann in der Stadt Graz schlechthin, die Plakate haben wir ja alle gesehen, nur davon merke ich nichts mehr. Jetzt auf einmal, wo ist jetzt die Polizei, und Herr Bürgermeister, mehr war es ja nicht, darum es sollte für Sie eine Möglichkeit sein, Ihnen eine Rutsche zu bieten, dass Sie endlich ein bisschen stärker in Wien auftreten können und sie kommen dann...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Kommissar Korschelt.

Mag. **Korschelt**: Ich bin ja kein Sheriff, ich weiß nicht, warum ihr auf den Sheriff kommt, nicht einmal ein Reservesherriff, ich habe überhaupt nichts damit zu tun. Ich habe nicht einmal Jus studiert, so wie der Kollege da hinten, ich habe nur Betriebswirtschaft studiert. In diesem Sinne tut es mir Leid, aber wie gesagt, wir werden uns erlauben, uns den Grazer Bürgern wieder einmal mitzuteilen, wie eben das sicherheitspolitische Denken der ÖVP und vor allem des Stadtparteisekretärs steht. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich danke auch, ich kann dem hohen Gemeinderat versichern, ich werde mich demnächst sehr intensiv wieder mit dem Thema Sicherheit in Graz beschäftigen...

Zwischenruf GR. Eichberger: Danke, Sigi.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...wir werden das auch im Juli wieder zum Anlass nehmen und ich denke mir, dass nur das Kontaktaufnehmen, damit ein paar Polizisten auf ein Fahrrad steigen, ein bisschen zu wenig ist und dass es einmal umfassende Diskussion gibt und dazu werde ich wieder alle einladen, egal ob sie sich als Hilfssheriffs oder Sheriffs fühlen, ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir wieder drüber nachdenken, aber uns durchaus auch die Kriminalstatistik anschauen und das, was nämlich gelungen ist, und das ist etwas, worum uns auch das Landespolizeikommando gebeten hat, es stehen viel mehr Polizei- und Sicherheitskräfte zur Verfügung, seitdem es diese Kooperation zwischen Gendarmerie und Polizei gibt, es geht nur immer um Schwerpunktsetzungen und da

kann es, wenn ich so sagen darf, über Nacht auch in Graz so viele Damen und Herren der Polizei einsetzen, wenn das gewünscht ist und akkordiert vorgegangen wird, wie es vorher nicht möglich war. Und das müssen wir auch einmal diskutieren, aber das Thema Sicherheit soll ein ganz wichtiges sein, es gehört zur Lebensqualität dazu. Wir werden es, wie gesagt, ab Juli regelmäßig wieder diskutieren.

12) Erhöhung der Politikergagen

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Ja, Herr Bürgermeister, noch einmal zum vorigen Thema, danke vielmals für Ihre Schlussworte, ich hoffe, es folgen auch Taten. Aber zum nächsten Antrag, wie gesagt, gestatten Sie mir, dass ich ein verkürztes Verfahren anwende. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, nach der Erhöhung der Bezüge für Nationalratsabgeordnete werden in der Folge unter anderem auch die daran bemessenen Gehälter der Gemeinderäte unserer Stadt entsprechend angehoben. Ich will jetzt gar nicht sagen, dass es mir darum geht, dass man sozusagen ein Zeichen setzen soll, mir ist schon klar, dass wir mit diesen Beträgen weder die Stadt sanieren können, noch wird das soziale Paradies auf Erden ausbrechen, aber es sollte ein Zeichen gesetzt werden von uns Stadtpolitikern, und ich stelle daher im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, dass Herr Bürgermeister Nagl ersucht werde, gemeinsam mit den Klubobleuten aller Gemeinderatsfraktionen ein geeignetes Spendenmodell zu erarbeiten und dieses im Rahmen der nächsten Gemeinderatssitzung zur Beschlussfassung vorzulegen (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch** zur Dringlichkeit: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden natürlich diesem Antrag zustimmen, das haben Sie wahrscheinlich auch erwartet. Die Mandatäre und Mandatarinnen der KPÖ sind dafür bekannt, dass sie einen großen Teil ihrer Bezüge für soziale Zwecke auch einsetzen. Nur sehe ich bei der Fraktion, die diesen Antrag eingebracht hat, ein enormes Glaubwürdigkeitsproblem. Wenn Sie selbst am Futtertrog der Macht sitzen, dann verstehen Sie es, wie keine andere Fraktion in diesem Lande, den persönlichen Vorteil zu sichern. Negative Beispiele im Bund, im Land und in der Kommune kann ich genügend nennen.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Ich bitte darum.

Mag. **Fabisch**: Zum Beispiel hatten wir einmal einen Justizminister Krüger, ich weiß nicht, ob Sie sich noch daran erinnern, er war einige Wochen Justizminister in diesem Lande.

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: Sitzt er hier im Gemeinderat?

Mag. **Fabisch**. Sein dringendster Wunsch als angelobter Justizminister war, einen unverschämt teuren Sportwagen als Dienstauto bezeichnen zu dürfen.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Den hat er aber selber gekauft, Herr Kollege.

Mag. **Fabisch**: Da er diesen Spielzeug nicht finanziert bekommen hat, ist er etwas später aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten, er hat allerdings seinen Arbeitsplatz im Nationalrat behalten können. Nicht umsonst hat ein politischer Beobachter im Jahre 2000 sofort nach dem Start der schwarz/blauen Regierung festgestellt, die freiheitlichen Minister führen mit ihren Kämpfen um Gehalt und flotte Dienstautos die bisherige Position der FPÖ gegen Privilegien ad absurdum. Hier könnte man genügend andere Beispiele anführen, ich denke zum Beispiel an Frau Ministerin Riess-Passer, die ihre hochaufwändige Garderobe auch nicht mit eigenem Geld bezahlen wollte. Sie werden jetzt argumentieren, sie gehört nicht mehr zu ihnen, damals war sie eindeutig als FP-Mandatarin zu erkennen, wir können auch nach Graz schauen, da gibt es auch eine Stadträtin, die wochenlang angelobt war, nicht arbeiten durfte, weil sie ja...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Fabisch**: ...na ja, das ist ja nicht aus heiterem Himmel gekommen, sondern das waren Handlungen von ihr, die diese Pause natürlich als Konsequenz nach sich gezogen haben. Sie ist nicht auf die Idee gekommen, das von ihr damals bezogene Gehalt zumindest teilweise zu spenden, ist mir nicht bekannt. Schauen wir weiter, wenn wir schon in Graz sind, schauen wir zu Altbürgermeister Dr. Alexander Götz, der Ihnen, Herr Kollege Korschelt, ja nicht ganz unbekannt sein dürfte.

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Fabisch**: Das haben Sie so interpretiert, das sehe ich nicht so. Er sollte nach einer Bezügereform statt der damals 13.000 Euro nur noch 8.700 Euro pro Monat als

Pension bekommen, also das wären ja nicht einmal gescheit 120.000 Schilling. Das war ihm zu wenig. Er ist zu Gericht gezogen und hat von der Stadt Graz das herausgeholt, was er nur herausholen konnte. Dabei ist er von der ÖVP nach seinem politischen Amt auf den gut dotieren Posten des Messepräsidenten gehievt worden. Die FPÖ hat kein moralisches Recht, sich als Sparmeister der Nation aufzuspielen, sie ist in ihrem persönlichen Auftreten immer wieder höchst unglaubwürdig und will nur die Stimmen der Leute, die gegen Politikerprivilegien sind, kassieren. An der Regierung verhält sie sich dann so, wie wir es von den herrschenden Parteien gewohnt sind (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grosz:** Frau Klubobfrau Binder, gehen Sie, Sie sollten vielleicht schlafen gehen. Hoher Gemeinderat, ich entschuldige mich nicht dafür, dass ich lange brauche und nicht kurz, das ist zumindest einmal ein gutes Signal aus Graz, an den Herrn Bundeskanzler Gusenbauer, dass politische Mandatare auch über 16.00 Uhr hinaus arbeiten können, dafür bekommen sie auch einen Gehalt und das ist gut so. Zum Antrag des Gemeinderats Korschelt, den wir vollinhaltlich unterstützen, nicht zuletzt auch deswegen, weil wir, und zwar wir in dem Fall, die letzten Jahre in Kärnten ein Modell gefunden haben, wo sämtliche Erhöhungen der Politikergehälter per einmaligem Beschluss automatisch abgeschafft worden sind, und der Politikergehalt, das sogenannte Landtagsgehalt und der der Landesräte und Landtagsabgeordneten, Gemeinderäte in Klagenfurt etc. auf dem Stand von 2001 eingefroren ist. Das würde ich mir auch wünschen und da brauchen wir auch kein Spendenmodell uns einfallen lassen, sondern ein- für allemal einen Beschluss herbeiführen, wo wir auf diese Erhöhungen, die immer Mitte des Jahres anstehen, ein für allemal verzichten und die Politikergehälter einfrieren und sie dem Herrn Finanzreferenten Rüscher für das ohnedies geschundene Budgetdefizit in Höhe von einer Milliarde Euro wieder zurück zur Verfügung stellen, dass das wenigsten ein bescheidener Beitrag auch der Politik ist, dass in einer Situation, wo die Stadt verschuldet ist, sich nicht Mandatare auch noch Gelder herausnehmen, die einfach ungerechtfertigt sind. Zum Kollegen der KPÖ, der hier vom Leder gezogen ist über Mandatare der FPÖ wie zum Beispiel den Herrn Bundesminister für Justiz außer Dienst Krüger, der nicht dem BZÖ angehört, aber wo ich nicht anstehe, zumindest die Realität hier zu schildern und das wieder

zurechtzurücken. Herr Bundesminister für Justiz Krüger hat für sich selbst, und zwar privat einen Jaguar, einen Pkw Marke Jaguar angeschafft, der zumindest 7.000 Euro unter dem Wert lag, dass das Auto gekostet hätte, nämlich die normalen Dienstwagen der Republik, die sogenannten Audi A9 oder 7er-BMW, die ihm zur Verfügung gestellt wurden, auf die er zumindest die zwei Wochen seiner Regierungstätigkeit verzichtet hat und er ist nicht zurückgetreten, weil er seinen Audi-Wunsch nicht über das Budget seines Ministeriums erfüllen konnte, sondern weil er sehr krank war, auch psychisch sehr krank war und daher auch aus dem Spital heraus die einzig logische Konsequenz gezogen hat, nämlich zurückzutreten. Ich könnte jetzt natürlich die Turmölmilliarden hier aufzählen, aber ich belasse es bei dem, was die Damen und Herren der KPÖ für sich selbst ausgemacht haben. Sie haben eine Spendenregelung ausgemacht per Beschluss, der als Beitrag an einen Fonds geht, dafür die Mandatare der KPÖ eine Bestätigung bekommen, dass sie dieses Geld abliefern und diese Bestätigung selbstverständlich beim Steuerausgleich geltend machen. Und selbstverständlich am Ende des Jahres oder am Anfang des darauf folgenden Jahres von der Steuer eine fette Rückvergütung zurückbekommen können. Und das frage ich seit einem Jahr alle Mandatare der KPÖ, wie das denn mit dem Spendenfonds der KPÖ denn so ist. Ob das nicht der Fall ist, dass man mit der einen Hand Geld ausgibt, vorgeblich eine Spende tätigt, aber mit der anderen Hand das sich vom Finanzministerium, vom Steuerzahler ein zweites Mal zurückholt und auf diese Frage habe ich bis heute keine Antwort bekommen. Dass es den Gemeinderat Wippel nicht betreffen möchte, kann sein, angesichts der Höhe der eingezogenen Höhe, aber dass es durchaus die Frau Stadträtin angesichts ihres Gehaltes betreffen könnte oder den Herrn Klubobmann im Landtag, diese Frage ist mir bis heute nicht beantwortet. Fakt ist, dass man hier selbstverständlich diese Beiträge und Spenden steuerlich geltend machen kann und sich das dann über die Steuer zurückholen kann. Und wenn man es nicht tut, dann zahlt man Steuer nach, das ist die ganz einfache Frage, zahlen die Mandatare der KPÖ am Ende des Jahres noch einmal Steuer nach oder machen sie die Beiträge, die sie in diesen Fonds hineinliefern geltend? Und wenn Sie sie geltend machen, dann schweigen Sie auch in Ihrem Fall, im Falle des Spendenfonds der KPÖ. Wir stehen dafür, dass die Politikergehälter eingefroren werden, wir stehen dafür, dass auch mit heutigem Tag die Parteiförderung gänzlich gestrichen wird und zwar nicht deswegen, weil wir ein Feind der Förderung der demokratischen Einrichtungen sind, nein, ganz im

Gegenteil, sondern weil wir es nicht zumuten können, dass sich die Parteien hier fette Gehaltserhöhungen, die Mandatäre fette Gehaltserhöhungen sich gönnen, währenddessen anderen Menschen es in dieser Stadt zumindest in einem Ausmaß, das jedes erträgliche Maß überschreitet, es denen nicht gut geht. Daher unterstützen wir auch in erster Linie den Antrag von Gemeinderat Korschelt selbstverständlich, aber bitten, auch in Zukunft überhaupt zu überlegen, welche Regelung wir finden können, dass wir diese Politikererhöhungen einfrieren auf dem Stand von heute. Ich danke (*Applaus BZÖ und FPÖ*).

GR. Mag. **Schönegger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Dass sich die Mandatarinnen und Mandatäre der FPÖ beziehungsweise des BZÖ selbst das Gehalt, das sie bekommen oder den Bezug, den sie bekommen als Politiker, nicht zugestehen, ist für mich erklärbar, verstehe ich. Sie geben immer wieder Zeugnis davon ab, warum das so ist.

Zwischenruf GR. Grosz: *Deine zwei Wortmeldungen in einer Periode sind wirklich zu viel.*

Mag. **Schönegger**: Für die Mandatäre der Grazer Volkspartei gilt, und das möchte ich voranstellen, die Entschädigung und den Bezug, den sie bekommen durch die Arbeit, die geleistet wird, wirklich angemessen ist, fair ist und gerecht ist (*Applaus ÖVP*). Hierbei geht es darum, der Antrag von Gemeinderat Korschelt geht um die Steigerungsrate, um die gesetzlich zustehende Steigerung. Wir haben uns in der letzten Periode, ÖVP weiß ich ganz sicher, für die meisten anderen kann ich es auch sagen, wir waren geschlossen, möchte ich festhalten, dazu entschlossen, die Steigerung an den Solidarfonds der Stadt Graz zu zahlen und damit einem karitativen Zweck zuzuführen. Wir werden das wieder tun, aber diesmal werden wir als ÖVP ein Projekt und innerhalb der ÖVP-Fraktion ein Projekt auswählen, weil es

durchaus Probleme gegeben hat, über alle Klubs hinweg ein Projekt zu finden, das gemeinsam finanziert wird, ist ok. Wir werden es weiter tun als ÖVP, ich lade den Gerald Grosz ein, nachdem er sich das gesamte Gehalt streichen will, dass er das gleich überweist, ich gebe ihm dann eine Kontonummer, dasselbe gilt für FPÖ, soweit ich das hier entnehmen kann. Und eines muss ich zum Kollegen Korschelt schon sagen, Mut kann man nicht kaufen und manches Mal grenzt Mut auch an Dreistigkeit, nämlich, dass gerade Sie sich hier herausstellen und von blankem Zynismus sprechen, wenn es um die Steigerung geht, um die Erhöhung geht, dann sage ich, bitte regeln Sie das zuerst und das jetzt wirklich in aller Ernsthaftigkeit innerfamiliär und leisten Sie dort Arbeit, dass der Zynismus eingestellt wird. Wir werden diesem Antrag nicht folgen, weder inhaltlich noch in der Dringlichkeit (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt**: Kollege Dobermann, tut mir Leid, aber was verstehen Sie unter innerfamiliär, meine Familie besteht aus meiner Frau und meinen drei Kindern, meine Frau ist...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Ich wüsste nicht, dass in meinem Haus jemand anderer lebt. Nur Kollege, bei Ihnen frage ich mich schon, wo haben Sie Jusstudiert, haben Sie in Graz studiert oder in der Bodenkultur, also weil sonst frage ich mich schon...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Was heißt, bildlich gesprochen, Sie können ja nicht sagen, im gleichen Haus, im gleichen Haus lebt meine Frau und eine Tochter und die anderen zwei Kinder leben in der Frankstraße, wenn Sie es genau wissen wollen. Also, ich wüsste nicht, und meine Frau ist Vorsteher vom Bezirksgericht und kriegt ein Gehalt, das können Sie in jeder Zeitung nachlesen, weil es ein Beamtenbezug ist und mein Gehalt können Sie auch nachlesen. Ich habe überhaupt nichts dagegen, also bitte diese Unterstellungen, da haben Sie schön langsam die Qualität des Kollegen Hagenauer, die Sie erreichen und das muss ich schon sagen (*Applaus FPÖ und BZÖ*), das ist Ihrer Partei, die immerhin einmal einen Figl, einen Raab, einen Gorbach, einen Klaus zu ihren Vätern gezählt hat, ist das nicht würdig, denn ich muss schon sagen, was Sie da jetzt von Zaum brechen, ist volksgerichtsmäßig, weil da ist auch wieder die Sippenhaftung, die Sie da bringen und der Kollege sitzt eh gleich hinter Ihnen, Kollege Fabisch...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Sie wissen aber schon, was gemeint ist.

Mag. **Korschelt**: Was geht mich das an, bitte, was geht mich das an? Ich mache überhaupt keinen Schmäh draus. Was reden Sie, bitte soll der Bürgermeister mit ihm, das steht ihm ja zu, was sozusagen im Statut der Stadt Graz, was jeder kriegt und was soll ich jetzt da, soll ich irgendwelche Exekutionsmethoden einsetzen oder was? Sie haben ein komisches Bild. Ja spenden, ich meine, ich weiß nicht, ob Ihr Bürgermeister seinen Gehalt spendet dann. Und jetzt zum Kollegen Fabisch, weil wir gleich beim Thema sind, ich meine, von Ihnen habe ich mir eigentlich auch etwas anderes erwartet und von der KPÖ, und ich weiß nicht, ob Sie mit Ihrer Chefin abgesprochen haben, weil das...

Zwischenruf StRin. Kahr: Wir sind einer Meinung.

Mag. **Korschelt**: Sie sind einer Meinung, dann tut es mir sehr Leid, weil das, was Sie heute vom Zaun gebrochen haben, hat mit dem überhaupt nichts zu tun, sondern es war ein klassischer Rundumschlag, da haben Sie Ihre Flinte herausgeholt und haben in der Gegend geschossen, so jetzt erschießen wir wieder einmal einen FPÖler. Ich meine zum Kollegen Krüger, es kann nicht jeder einen Lada fahren, also wie gesagt, ich weiß, dass Ihr Wunschauto ein Lada ist, das mag sein und das Witzige nämlich an der Sache vom Kollegen Krüger ist nämlich, dass er sich, und das weiß ich nämlich, wie gesagt, ich kenne den Kollegen Krüger ja nur peripher, weil er war ja, wie viele bei uns in der Partei, es sind viele Sterne aufgekommen und sind dann relativ bald wieder verglüht und dazu hat auch der Kollege Krüger gehört dann. Aber der Krüger, und das ist nämlich das Pikante der der Sache, hat dieses Auto nämlich gekauft und wissen Sie, wo er es gekauft hat, beim Herrn Grasser in Klagenfurt, weil die Eltern von Grasser, das wäre auch wieder Sippenhaftung, haben eine Jaguarvertretung, hat er das gekauft. Und dass etwa, der Messepräsident, wie gesagt, mein Schwiegervater, und ich stehe auch zu meinem Schwiegervater, weil ich glaube, er war nicht ein unerfolgreicher Bürgermeister für Graz, was Sie da gesagt haben, die Geschichte von der Messe, das sind auch immer so Geschichten, die jeder Grundlage entbehren, da würde ich Sie bitten, Herr Aufsichtsratspräsident der Messe, vielleicht horchen Sie auch zu, wenn Sie so nett sind, darf ich Sie bitten, dass Sie zuhören, wenn Sie so nett sind, nachdem Sie Aufsichtsratspräsident sind, sind Sie ja sicher über die finanziellen Verhältnisse der Messe auch informiert und wissen ja auch, was vor Ihrer Zeit war und würde sie bitten, dass Sie das heute schon klarstellen, weil damals, wie der Altbürgermeister Götz Messepräsident war, hat er einen Gehalt, einen Monatsgehalt des Messepräsidenten bekommen und das war auf das ganze Jahr. Während die jetzige Messepräsidentin etwas mehr bekommt als einen Gehalt.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Die Frau Winter hat gleich zwei bekommen.

Mag. **Korschelt**: Also man soll schon bei der Wahrheit bleiben und dann immer diese ganzen Geschichten, Kollege Fabisch, ich habe Sie ehrlich gesagt für klüger in dem Fall eingeschätzt, muss ich ganz ehrlich sagen, dass Sie jetzt wieder mit den alten Geschichten herauskommen und sagen, das war das und das war das und das war vor 20 Jahren, da sind wir wieder genau beim Kollegen Hagenauer, der jetzt wieder kommt und sagt, was weiß ich, der Korschelt, der hat... und bei dem... usw. und der hat wahrscheinlich auch und in seinem Namen ist auch ein H drinnen und da gibt es doch einen H.J. und vielleicht hat er mit dem auch etwas zu tun. Das ist, ehrlich gesagt, kindisch. Kollege Fabisch, das was Sie heute gemacht haben, ist kindisch, es ist auch nicht darum gegangen, und was Sie auch gesagt haben, ich bin der Letzte, der nicht sagt, ich bin lange genug Betriebsrat und weiß, ich bin der Letzte, der nicht sagt, jemand, der was verdienen soll, soll auch was verdienen und man kann ruhig darüber reden und wenn so wie vor ein paar Tagen die Diskussion war, dass die Minister zuviel verdienen usw., das halte ich für kindisch, ein Minister soll ordentlich verdienen und genauso halte ich es auch kindisch, wenn man auf ein Dienstauto neidisch ist oder einen Chauffeur, von mir aus kann, ich kenne mich zu wenig aus bei Audis, aber von mir aus kann er einen Audi 9 fahren, ist mir das wurscht. Wenn er ein guter Minister ist, soll er einen Audi 9 mit zwei Chauffeuren sogar fahren, weil das haben wir ja gesehen, wenn sich dann Politiker einbilden, sie müssen selber fahren, das hat man ja gesehen, siehe Schleinzer, die Republik hätte wahrscheinlich anders ausgeschaut, wenn der Schleinzer damals einen Chauffeur gehabt hätte, aber da sind Sie wahrscheinlich noch in den Windel gelegen und wissen nicht, um was es geht dann. Aber jetzt noch einmal, auf das zurückzukommen. Ich möchte Sie schon bitten, Herr Bürgermeister, dass Sie das als Messepräsident, was da heute im Raum steht, dass Sie das richtigstellen und dann noch einmal auf den Antrag zurückzukommen, es ist mir nicht darum gegangen, irgendjemand madig zu machen oder irgendjemandem einen Neidkomplex auszulösen und sagen, die verdienen das nicht.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Kollege Frölich, sind Sie nur ganz ruhig, weil wenn ich Sie anschau, wissen Sie, da kann ich nur lachen, weil wenn der Kollege hinausgeht und sagt, und jetzt reicht es mir, jetzt werde ich auch emotional. Ich sage das schon, Kollege Frölich, lassen Sie mich einmal ausreden. Er kommt heraus, der Kollege, und sagt, Leistung, und die Mandatare der ÖVP verdienen ihr Geld. Kollege Frölich, dann schauen Sie den letzten Grazer an, wo vor der letzten Gemeinderatswahl die Gemeinderäte hier, sind Sie einer der faulsten gewesen, weil Sie haben überhaupt nicht einmal einen einzigen Antrag, nicht eine einzige Rede gar nichts gehabt. Und dann von Privilegien, sind nur Sie ganz still, weil Sie sind nämlich genau derjenige, der gesehen hat, in der freien Wirtschaft ist ein bisschen ein harter Wind und sofort sind Sie beim Bürgermeister eingeschleppt usw. sind Sie bei den Oberlandlern gewesen und dann sind Sie sofort, Entschuldigung, dass ich mich einmal aufrege, weil das ist nämlich ein Witz, wenn der Kollege hinausgeht und großartig redet, Leistung... Lasst mich auch ein bisschen emotional werden dann. Natürlich ist es ein Kriterium, weil Fleiß ist ein Kriterium.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Wissen Sie, dass er Vorsitzender im Finanzausschuss ist?

Mag. **Korschelt**: Ja, das weiß ich, weil ich war im Finanzausschuss, im Gegensatz zu Ihnen war ich im Finanzausschuss und so eine großartige Tragödie ist das auch nicht, Vorsitzender des Finanzausschusses zu sein. Also Kollege, wenn Sie daherreden und sagen, Leistung muss sich lohnen, dann gehen Sie einmal zu Ihren eigenen Kollegen und reden sie drüber. Aber bitte, Herr Bürgermeister, ich würde Sie bitten, dass Sie das richtigstellen dann (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, nachdem Sie mich angesprochen haben, möchte ich ein paar Dinge da zur Klarstellung auf alle Fälle sagen. Das eine ist, ich

würde einmal keinem Gemeinderat als faul bezeichnen, der über fünf Jahre den Finanzausschuss geleitet hat und hier emsigst mitgearbeitet hat und der Fleiß von Gemeinderäten manifestiert sich nicht dadurch, ob man Anträge schreibt oder nicht, sondern wie man mitarbeitet und nicht nur in einem oder anderen Ausschuss. Des Weiteren möchte ich schon darauf hinweisen, dass ich mittlerweile nun auch schon seit vielen Jahren der Präsident der Messe bin, und zwar Präsident des Aufsichtsrats der Messe und dass die Geschäftsführung, und dass wir jetzt die Präsidentin in der Geschäftsführung so führen, weil ich auch als Präsident des Aufsichtsrates gar nie in Erscheinung trete, ich dafür nichts kriege. Ganz egal was vorher war. Aber sie kommen heraus und Sie haben auf etwas ganz Wichtiges aufmerksam gemacht, Sie haben gerade vorher gesagt, das eine steht einem gesetzlich zu und Ihr Antrag ist irgendwo so im Bereich des Moralischen zu sehen, so nehme ich es mit. Es steht uns Gemeinderatsmitgliedern und uns im Stadtsenat ebenfalls ein Gehalt zu laut Gesetz, und auch die Erhöhung ist laut Gesetz da. Aber es war trotzdem so, dass es Altmandatare gegeben hat, die im Übrigen dazu in der Vergangenheit solche Gehälter bezogen haben, dass die Diskussion aufgekommen ist, dass Politiker heute keine Abfertigung und keine Pensionen mehr haben und zwar null, seitdem ich dabei bin, seit dem Jahr 1998. Und jetzt kommt ein ganz ein wichtiger Punkt, wenn Sie herausgehen und sagen, der Gemeinderat mit dem Bezug von 1.800,- Euro brutto soll die Steigerung, die nicht einmal 20 Euro im Monat ausmacht, spenden, dann kann das jeder auch gerne tun. Aber ich möchte Ihnen nur sagen, es hat Reiberein in vielen Fraktionen gegeben, wo Altmandatare hergegangen sind, obwohl sie Pensionen haben, die höher sind als mein, zur Zeit jetzt, höher sind, als ein Aktivbezug eines Bürgermeisters und die Landeshauptstadt Graz wegen der Erhöhungen in Millionenhöhe verklagt haben, um diese Gelder zu bekommen und da kann es durchaus auch bei Ihnen eine persönliche Betroffenheit geben, aber da wäre de facto es nicht angebracht, jetzt herzugehen und zu sagen, Menschen, die hier sitzen, müssen das gefälligst tun, das kann jeder selbst entscheiden, ich habe in der vergangenen Periode versucht, diese Steigerungen de facto einzuführen, schaffen wir etwas gemeinsam, nachdem es hier unterschiedliche Sichtweisen gibt, habe ich versucht ein gemeinsames Projekt dann zustande zu bringen, war schwer genug. Unsere Fraktion hat jetzt beschlossen, dass wir diese Erhöhungen, die wir da jährlich bekommen, auch in einen Topf geben und einem Projekt, das wir der Öffentlichkeit vorstellen, werden dann auch zugute kommen lassen. Das kann jede Fraktion für

sich tun, als ÖVP wollen wir nicht mehr diese Streiterei, wie es in der vergangenen Periode war. Und das bitte auch zur Kenntnis zu nehmen, es hat so manche Fraktion, ich habe eingewirkt auf meine Altmandatäre, dass sie von diesen Klagen ablassen, in einem anderen Fall, bei einer anderen Fraktion hat sogar dazu geführt, dass es auch zu Austritten aus der Partei gekommen ist, aber es war halt auch so, dass die von Ihnen jetzt genannte Person hier diese Klage eingebracht hat.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, wir haben alle uns klar davon distanziert und deswegen haben wir, wenn wir heute darauf ansprechen, dass Sie herauskommen und jetzt sagen, wir sollen das moralisch tun, auch darauf verwiesen, dass das eigentlich jede Partei für sich zu regeln hätte und die Millionenklagen waren schon ein harter Tabak auch für uns aktive Politiker, die in der Zeitung gestanden sind oder wir da mit hineingekommen sind, in die Diskussion, dass Politiker quasi nur nehmen und nicht geben. Und ich sage noch einmal dazu, seit 1998 haben alle aktiven Mandatarinnen und Mandatäre Österreichs keine Abfertigungen, keine Pensionen, wir spenden zu einem Großteil mehr als wir da jährlich an Steigerungsraten dazukriegen, das sind im Übrigen eigene Tarife, die niedriger sind als die Valorisierung in allen anderen Berufen und wir können auch gerne so weiter machen, das wird nur dazu führen, dass immer weniger Menschen, die wirklich auch was leisten können, sich für den politischen Beruf entscheiden werden und das wird nicht nur der Demokratie, sondern dem Land Österreich nicht gut tun und wir sollten endlich den Menschen einmal klar sagen, wie es heute aussieht und mit der Vergangenheit einen Schlussstrich ziehen. Aber bitte nicht rauskommen und ein bisschen moralisch heute da auf alle einwirken wollen. Juristisch steht es jedem zu, moralisch soll jeder selber damit umgehen, wie er will, wir werden es als Partei gemeinsam tun und das Projekt auch vorstellen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

StRin. **Kahr** zur Geschäftsordnung: Entschuldigung, dass ich mich noch zur Geschäftsordnung melde, aber der Herr Gemeinderat Grosz hat meine Kollegen und auch mich persönlich angesprochen und ich sehe als Verpflichtung an, da eine Richtigstellung zu machen beziehungsweise darauf zu antworten. Der Herr Bürgermeister hat diese Regelung mit den Abfertigungen, wie es vorher praktiziert wurde, angesprochen, ganz genau, damit Sie es auch wissen, mein Kollege Ernstest Kaltenegger und auch ich waren vor 1998 im Gemeinderat, ihm als auch mir ist eine Abfertigung zugestanden, wir haben keinen einzigen Euro bei der Stadt Graz abgeholt, sondern diese Abfertigung bei der Stadt im Budget belassen, erstens. Zweitens, meine Kollegen und Kolleginnen der Fraktion liefern die Hälfte ihres Gemeinderatsbezugs ab, ich behalte mir ein Drittel meines Gehaltes, das wird am Ende jeden Jahres am Tag der offenen Konten, das dürfte auch Ihnen bekannt sein, der Öffentlichkeit auch präsentiert unter Anwesenheit auch der Journalisten, Sie können gerne, weil es öffentlich ist, auch einmal dabei sein...

Zwischenruf GR. Grosz: Steuerlich geltend...

StRin. **Kahr**: Ich habe in meinem ganzen Leben, da wird mich ein jeder für dumm anschauen, noch nie einen Jahresausgleich gemacht, ich behalte mir 1.800 Euro netto von den 5.200 Euro netto Stadtratsbezug monatlich. Sie können gerne zu mir ins Büro kommen und Einsicht nehmen.

Zwischenruf GR. Grosz: Sie versteuern doppelt.

Bgm. Mag. **Nagl**. Ich bitte jetzt nur, machen wir keine Fragestunde draus, die Frau Stadträtin hat auch eine Antwort auf etwas gegeben, und ich glaube, es ist sehr deutlich ausgefallen und gerade die Kollegin Kahr...

StRin. **Kahr**: Und im Übrigen fragen Sie Ihren Vater, der schickt sehr viele Kunden, denen es schlecht geht und er weiß, wovon er auch spricht, zu uns, weil er ganz genau weiß, wie wir das praktizieren (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 20.55 Uhr den Vorsitz.

13) Drohendes Ende des Grazer Tierschutzhauses Arche Noah – Petition an die Steiermärkische Landesregierung

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne, die offensichtlich mehr Interesse zeigen, als die Volkspartei am Tierschutz in Graz. Im Gegensatz zu jenen, die fluchtartig den Saal verlassen haben, sehe ich den Tierschutz als eine wesentliche Aufgabe innerhalb unserer Gesellschaft, nämlich zu der die öffentliche Hand, sei es

die Stadt, das Land oder der Bund, nicht in der Lage ist. Wenn wir die Agenden des Tierschutzes den öffentlichen Institutionen übertragen, würde bestenfalls ein Chaos herauskommen. Denn das, was der Tierschutz in der Steiermark und im Speziellen auch die Tierschutzhäuser in Graz, und davon haben wir Gott sei Dank zwei große, jeden Tag leisten, ist es Tieren zu helfen, sie meistens um, sprichwörtlich gesagt, Gottes Lohn medizinisch zu behandeln, ihnen ein neues zu Hause zu geben und wenn das nicht notwendig ist, wenigstens ein neues zu Hause zu vermitteln. Und das ist bei vielen herrenlosen Tieren sogar sehr notwendig, ansonsten wir in unserer Stadt wahrscheinlich auch das Chaos hätten, wenn es nicht Tierschutzeinrichtungen geben würde, die diese Tiere hier Gott sei Dank aufnehmen. Wir haben mit dem Tierschutzhaus Arche Noah, aber auch mit dem Landestierschutzhaus zwei anerkannte Einrichtungen, wir haben mit dem Tierschutzhaus Arche Noah zusätzlich den Verein Aktiver Tierschutz Steiermark, einen gemeinnützig anerkannten Verein, der die Nächstenliebe, möchte ich fast sagen, für die schwächsten Geschöpfe unserer Gesellschaft täglich lebt und von Idealismus und Einsatzbereitschaft getragen ist. Und ich bin wirklich der Meinung, auch wenn es offensichtlich wirklich niemanden mehr, zumindest so sehr offenkundig in diesem Gemeinderat, interessiert, dass der Tierschutz keine Randerscheinung mehr einiger Tierliebhaber ist oder irgendwelcher alternativer Tierschützer, sondern dass der Tierschutz ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft sein sollte und nicht zuletzt hatte auch deswegen der Bund die Republik Österreich sich nach 60 Jahren, nämlich im Jahr 2005, sich erstmals, nämlich unter den Veterinärmedizinern in der damaligen Bundesregierung Herbert Haupt zu einem einheitlichen Bundestierschutzgesetz bekannt und dieses einheitliche Bundestierschutzgesetz ist damit der umfassend und gesetzlich verbrieft Anspruch auf Tierschutz in Österreich.

Und bei diesem Tierschutzgesetz geht es nicht nur darum, dass wir Tiere schützen, dass wir Tiere vor Tierleid und Qual schützen, sondern dass es auch selbstverständlich darum geht, dem bis dahin ehrenamtlich getragenen Tierschutz auch seitens der öffentlichen Hand finanziell unter die Arme zu greifen und auch professionell zu begleiten. Denn ich bin der Meinung, und das sind viele, dass der Tierschutz in Österreich, dass der Tierschutz in der Steiermark sicher nicht von Almosen abhängig sein soll, von der guten Laune eines Politikers, der in einem Jahr so entscheidet und in dem anderen Jahr so entscheidet, sondern dass der Tierschutz

und die Einrichtungen einen gleichen Anspruch haben wie alle anderen Projekte auch, die in unsere Subventionsordnungen etc. fallen.

Anders denkt hier offensichtlich zumindest ein Vertreter der Steirischen Volkspartei, nämlich der zuständige Landesrat Johann Seitinger, der einmal mehr nur für Wirbel in diesem Bereich sorgt und einmal mehr den steirischen Tierschutzeinrichtungen die anerkannte Förderung verweigert beziehungsweise die Auszahlung verzögert und damit die Existenz der Tierschutzeinrichtungen massiv gefährdet. .

Mich erinnert das durchaus tierisch an den Spruch, nicht „täglich grüßt das Murmeltier“, aber jährlich grüßt das Murmeltier, das sich hier wieder einmal unter einer staunenden Öffentlichkeit auch medial abspielt. Und dieser jährliche Kleinkrieg, sei es jährlich um die Förderung, sei es um diese wahnwitzige Diskussion um die Vogelgrippe, sei es um diese Diskussion, die offensichtlich der Landesrat anzetteln will, dass man Tiere, die zehn Jahre oder älter sind und schwer vermittelbar sind, gezielt tötet, diese Diskussion ist entwürdigend und diese Diskussion beugt nicht zuletzt die Zielsetzung des Bundestierschutzgesetzes, zu dem sich zumindest, bis auf die KPÖ, die nicht im Nationalrat vertreten ist, zumindest alle Bundesparteien, der im Gemeinderat vertretenen Parteien bekannt haben und dieses Bundestierschutzgesetz auch beschlossen haben. Und ich bin wirklich erschrocken, und dieses Jahr wird wieder verleumdet, es wird wieder denunziert, es wird gesagt, das Tierschutzhaus Arche Noah geht mit dem Geld nicht richtig um, der Herr Oster ist eigentlich ein Erbschleicher und die Funktionäre des Tierschutzes und die ehrenamtlichen Mitglieder sind alles Erbschleicher, die das Geld, einkassieren und eigentlich eh schon genug bekommen haben. Diese Tierschutzeinrichtungen haben ja schon in dem Jahr 870.000 Euro bekommen, auch eine Lüge, 270.000 Euro waren es, von den im Bundestierschutzgesetz verbrieften 850.000 Euro. Es wird wieder denunziert, dass die Rechnungen nicht stimmen, dass die Belagszahl viel zu hoch ist, natürlich, dass die Belagszahl viel zu hoch ist, ist in einem Tierschutzhaus, wenn natürlich die Anforderungen immer größere werden und auch die Aufgaben immer größere werden und dass es auch leider Gottes immer wieder vorkommt, dass auch immer mehr herrenlose Tiere Graz bevölkern und die Steiermark auch bevölkern, die auch geschützt werden müssen.

Und dieser Kleinkrieg trifft ja nicht die Spitzenfunktionäre des steirischen Tierschutzes, sondern es trifft die tausenden ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die hunderten Spaziergängerinnen und Spaziergänger in der Arche Noah, es trifft Helfer, es trifft Funktionäre und es trifft schlussendlich die Tiere. Und da sage ich eines, da sollte auch der Grazer Gemeinderat, denn es geht hier immerhin auch um zwei Grazer Tierschutzhäuser, sagen, stopp, bis da her und nicht weiter. Denn der wirkliche Grund, und das darf ich Ihnen schon mitteilen, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, einige wissen vielleicht, dass ich einige Jahre Pressesprecher des damaligen Gesundheitsministers Herbert Haupt war. Und zum damaligen Gesundheitsminister Herbert Haupt sind im Jahr einige Vertreter, Standesvertreter und Gegner des Steirischen Tierschutzhauses Arche Noah gekommen und haben ihn flehendlichst gebeten, er möge doch als Gesundheitsminister sofort eingreifen und die Veterinärmediziner am Tierschutzhaus Arche Noah am besten verbieten. Auf die Frage des damals nicht einmal involvierten Gesundheitsministers in dieser morgendlichen Besprechung bei diesem Empfang, den er quasi diesen Standesvertretern gewährt hat, warum denn das der Wille dieser Standesvertreter ist, war die Antwort, ja wissen Sie denn nicht, Herr Minister, Sie waren ja selbst Tierarzt, schauen Sie, wir haben unsere Ordinationen in Graz und dieser Oster, der verlangt für die Behandlung von Tieren nur 20, 50 oder 60 Euro, diese Behandlungen sind sicherlich 400, 500 Euro wert und mehr kann man noch dafür verlangen und natürlich strömen die Leute in diese Tierschutzeinrichtung hinunter, weil sie unten zu Sozialtarifen ihre Tiere behandeln lassen können und nicht hier in Graz.

Da wird der wahre Grund der ganzen Diskussion sichtbar, dass es auf gut steirisch gesagt, wieder einmal um das Gerstl geht, ums Geld geht. Aus Geldgier, Geschäftsneid wird hier wieder eine Lobby gebildet, wird hier wieder eine Seilschaft gebildet, um den Tierschutz im Gesamten zu diskreditieren und den Tierschutz zu schwächen.

Und gerade der Umstand, dass wir in den Tierschutzeinrichtungen auch sogenannte kleine Tierkliniken haben, die sozial schwachen Tierhaltern massiv unter die Arme greifen, indem sie ihre Tiere behandeln, Mindestpensionistinnen und Mindestpensionisten, Sozial- und Notstandshilfeempfängern, sollte doch gerade im Interesse der Gesellschaft sein. Denn, liebe Frau Binder, es gibt ältere Menschen auch in dieser Stadt, auch wenn Sie noch so zynisch lachen möchten, es gibt ältere

Menschen in dieser Stadt, die haben manchmal außer ihrem Katzerl oder ihrem Hunderl und ihrer Ausgleichspension nichts anderes, keinen Gemeinderatsgehalt, keinen Hauptschullehrergehalt, nichts Zusammengewürfeltes, keine Spesen und Diäten, nein, die haben eine Ausgleichspension oder liegen darunter, sind 80, haben ein Viecherl und das Viecherl ist das Einzige, was sie in ihrem Lebensabend neben dem Fernseher begleitet. Und wenn das liebe Viecherl halt einmal krank wird, dann schauen sie auf ihre Ausgleichspension, die sie kriegen und dann sehen sie, dass sie eigentlich sich einen normalen Tierarzt für die Erkrankung des Tieres nicht leisten können, denn der Tierarzt für vier Röntgenbilder, zwei Spritzen und Medikamente, die man mit nach Hause gibt, halt 400 Euro verlangt und das bereits die Hälfte dessen ausmacht, was der Pensionist, die Pensionistin ohnedies nur im Monat bekommt.

Und um zurückzukommen, gerade dieser Umstand und dieses Gespräch mit einigen Standesvertretern hat den Standesvertreter Herbert Haupt, der immerhin Präsident des Versorgungsfonds der Österreichischen Tierärztekammer war, dazu veranlasst, diese Standesvertreter beim Büro hinauszuerwerfen mit den Worten: „Sie sind eine Schande für meinen Stand und für meinen Beruf, den ich 40 Jahre ausgeübt habe.“ Und damit war die Diskussion beendet. Aber die Probleme haben sich nicht geändert, gerade für den Aktiven Tierschutz in der Steiermark, denn die Probleme sind ja einmal mehr wieder aktenkundig. Es wurde in den letzten Tagen und Wochen so viel über dieses Tierschutzhaus berichtet und es wurde berichtet, dass die quasi im Geld schwimmen. Ich darf Ihnen jetzt eines sagen, das Bundestierschutzgesetz, das beschlossen worden ist und im Jahr 2005 quasi das erste Mal in Kraft getreten ist, hat für das Tierschutzhaus Arche Noah, und glauben Sie mir, ich weiß es, weil ich damals an der Arbeit um dieses Bundestierschutzgesetzes selbst nächtelang am Computer gesessen bin, einen Tarif festgelegt in der Höhe von 840.000 Euro. Anhand der Größe, der Mitarbeiterzahl, der Tierklinik etc. ist ein Förderungsbetrag, ein Gesamtförderungsbetrag von 840.000 Euro jährlich vorgesehen. Und wissen Sie, was dieses Tierschutzhaus Arche Noah bekommen hat? Im Jahr 2004, weil es ja heißt, Dagobert Duck Herbert Oster schwimmt im Geld, im Jahr 2004 473.000 Euro, aufgeteilt auf Länder und Gemeinden, im Jahr 2005 784.000 Euro, im Jahr 2006 767.000 Euro, im Jahr 2007 690.000 Euro und im Jahr 2008 249.000 Euro.

Und wie Sie unschwer erkennen können, lagen alle diese Zahlen unter dem vom Bundestierschutzgesetz festgelegten Tarif. Jetzt frage ich mich eigentlich bis heute, warum? Für was machen wir ein Bundestierschutzgesetz auch unter der 20 Jahre andauernden Forderung der Grünen, wenn es in der Steiermark ständig untergraben wird. Für was haben wir ein Tierschutzgesetz, wenn es der Landesrat, der dafür zuständig ist, es ständig beugt? Und im Jahr 2008 wäre jetzt der ohnedies verminderte Betrag, der ohnedies geringe Betrag, mit dem man ohnedies nicht mehr über die Runden kommt, von 600.000 Euro festgelegt. Und jetzt schreiben wir den Monat Juni 2008, und ich würde verstehen, wenn ein Landsrat hergeht und sagt, na gut ich zahle vierteljährlich aus oder ich zahle halbjährlich aus oder ich zahle einmal aus, aber nein, er hat bis heute nur einmal ausbezahlt offensichtlich für das ganze Jahr und das in der Höhe von 249.000 Euro mit dem Hinweis, dass der Rechnungshof dringendst vor Auszahlung der nötigen Förderung zur Aufrechterhaltung des Betriebes prüfen muss.

Und vielleicht befinden sich doch noch einige Vertragsbedienstete hier im Raum, die mit Förderungen und Subventionen etwas zu tun haben und sie werden erkennen, dass der Prüfungsanspruch auch eines Rechnungshofes immer dann besteht und ausschließlich dafür besteht, indem man die bereits ausgegebenen Subventionen überprüft, aber nicht eine künftige Subvention, die bereits längst zugesagt ist und im Gesetz auch verbrieft ist, davon abhängig macht, ob man offensichtlich die Spendentätigkeit dieser Tierschutzeinrichtung überprüft. Aber auch bei der Spendentätigkeit und deren Überprüfung braucht sich zumindest das Grazer Tierschutzhaus Arche Noah vor dieser Überprüfung nicht fürchten, denn das Tierschutzhaus Arche Noah hat zumindest für die Jahre 2005, 2006, 2007 und auch für das Jahr 2008 sich der Kontrolle durch das sogenannte Spendengütesiegel unterworfen und jetzt wird es interessant, Achtung, meine lieben Damen und Herren Gemeinderäte, das Spendengütesiegel wurde auf Initiative des Bundeskanzleramtes der Bundesregierung, die zumindest die letzten Jahre und Jahrzehnte immer unter Beteiligung der ÖVP gelaufen sind, eingeführt, dem Spendengütesiegel unterwirft sich Global 2000, Greenpeace, Licht ins Dunkel, etc., etc. Und wissen Sie, wer das Spendengütesiegel leitet und wer die Prüfungen durchführt und wer die Prüfungen ausstellt, es ist nicht zuletzt der Präsident der Kammer der Wirtschaftstreuhand Österreichs, Mag. Klaus Hübner, der auch der Prüfer für alle fünf Parlamentsparteien

ist, für die zweckmäßige Verwendung deren Parteiförderungen und Akademieförderungen und durch den Finanzminister seit Jahren eingesetzt ist. Diese Steuerberatungskanzlei Hübner, die nicht zuletzt auch deswegen bekannt ist, weil sie die Steuerberatungskanzlei des Parlaments ist für alle parlamentarischen Mitarbeiter, Beamtinnen und Beamten des hohen Hauses und dieser Herr Mag. Hübner hat im Spendegütesiegel und in der Überprüfung festgestellt, dass der Umgang der Spenden einwandfrei war. Damit könnten wir uns zumindest darauf einigen, dass die Blödlereien mit Erbschleicher der Nation, das Tierschutzhaus Arche Noah, seine Heimleiterin und die Mitglieder wären alles Erbschleicher und die Spaziergeher würden die Spenden einnehmen und, und, und, vielleicht könnten wir uns darauf einigen, dass wir auch diese Argumentation zurechtgerückt haben und die Realität eine andere ist, nämlich die Realität, auch finanziell zumindest, eine einwandfrei kontrollierte.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Wer wünscht das? Gut dann machen wir noch eine Stunde, kein Problem. Also jedes Mal für „zum Antrag“ eine Stunde, ich muss erst morgen um 7.00 Uhr in Wien sein und ich kann ausreichend begründen und da nehmen Sie mir nicht das Wort. Kein Problem, mache ich. Frau Madeleine Petrovics hat einmal zwölf Stunden gesprochen, heute bringe ich zumindest noch zwei/drei Stunden zusammen. Und daher bin ich auch der Meinung, dass die Stadt zwar nicht die Verpflichtung hat zu fördern, aber dass die Stadt zumindest die Aufgabe hat, auch das Land daran zu erinnern, dass das steirische Tierschutzhaus, dass das Grazer Tierschutzhaus Arche Noah auch die noch ausstehenden finanziellen Mitteln bekommt. Ich meine, es gibt eine andere Variante, die ich den Funktionärinnen und Funktionären des Tierschutzhauses durchaus empfehlen würde, nämlich die Variante, der öffentlichen Hand und der medialen Öffentlichkeit zu zeigen, weil offensichtlich haben es ja einige vergessen, was los ist, wenn es diese Tierschutzeinrichtung nicht gibt. Das würde bedeuten, man schließt das

Tierschutzhaus, was bedeutet, wenn man ein Tierschutzhaus schließt, es bedeutet, dass man es natürlich nicht zusperrt und die Tiere drinnen verhungern lässt, sondern dass man die Tiere freilässt und dann zusperrt. Freu mich dann schon, wenn die ersten Fotos auftauchen, wenn der Bürgermeister mit seinem Dienstwagen auf der Autobahn über den ersten verletzten Hund drüberfährt, der Hauptplatz, die Herrengasse und die Burg vom Herrn Landesrat Seitinger von streunenden Katzen umlagert wird. Ich glaube, wir sollten das einmal durchaus zeigen. Wenn es mir nicht um die Tiere so Leid tun würde, wäre das mein Vorschlag, dass wir sagen, zeigen wir einmal der Öffentlichkeit, wenn es in Graz keinen Tierschutz gäbe. Wir sollten zeitgleich auch das Landestierschutzhaus in der Grabenstraße auch aufmachen, um es zu zeigen, wie das so ausschaut, wenn wir das nicht haben. Wir haben uns bekannt dazu, dass der Tierschutz nicht von Almosen abhängig ist und wir haben uns im Bundestierschutzgesetz bekannt, dass er Förderungen der öffentlichen Hand bekommt. Also es ist auch unsere Aufgabe, diese Förderungen und die Auszahlung dieser Förderungen auch sicherzustellen. Die seit Jahren gepflogene Strategie des Herrn Landesrat Seitinger, abgesehen davon, im Rahmen der Vogelgrippe Diskussion haarscharf am Amtsmissbrauch vorbeizuschrammen, weil er offensichtlich die Krisenpläne des Bundesministeriums für Konsumentenschutz damals nicht gelesen hat, aber auch die Vorgangsweise, wie er mit dem Tierschutz in der Steiermark umgeht, lässt die Vermutung zu, dass er offensichtlich vom Tierschutz keinen blassen Schimmer hat. Aber das ist ja auch nicht seine Aufgabe. Denn eigentlich ist es österreichweit, auch auf europäischer Ebene, auch im Bund so geregelt, dass die Agenden des Tierschutzes und die Agenden der Veterinärmedizin selbstverständlich im jeweiligen Gesundheitsressort der jeweiligen Behörde ressortieren und nicht im Agrarressort. Weil man macht ja auch nicht den Bock zum Gärtner, wie das Sprichwort sagt, und man lässt ja auch nicht den Agrarreferenten einen veterinärmedizinischen Schweinemastskanal überprüfen, wo Bauernbundfunktionäre Ferkel mit Chloramphenicol impfen und zum größten Tierschutz- und Tierquälereiskandal in der Steiermark geführt haben. Nicht zuletzt deswegen, weil Tierschutz auch Menschenschutz ist, nämlich für jene, die keine Vegetarier sind. Für die Landwirtschaft, Tierschutz, Tiererkrankungen, vor allem im Hinblick auf Menschenerkrankungen, humanmedizinische Erkrankungen bedeuten, Tierschutz bedeutet daher Menschenschutz und auch die Kontrolle des Tierschutzes überlasse ich daher nicht einem Bauernbundfunktionär, sondern gebe ich den Menschen in die

Hand, die von Veterinärmedizin etwas auch verstehen. Und daher ist es überhaupt auch sehr dringend, dass wir über eine Änderung auch der Ressortaufteilung innerhalb der Steirischen Landesregierung nachdenken, wenn nicht der zuständige Landesrat Seitinger in Zukunft bereit ist, den Agenden des Tierschutzes auch umfassend nachzukommen.

Ich habe im Vorfeld dieses heutigen dringlichen Antrages mit der Sozialdemokratie gesprochen, ich habe im Vorfeld auch mit den Grünen gesprochen, die einen Abänderungsantrag eingebracht haben, mit dem ich überhaupt kein Problem habe, ich hatte auch mit den Abänderungen der Sozialdemokratie kein Problem, nur ich habe ein Problem, wenn die gesamte Geschichte verwässert wird und am Ende des Tages der Grazer Gemeinderat wieder ein Stück Papier geschrieben hat und beschlossen hat, aber es zu keiner Entspannung des Steirischen Tierschutzes kommt. Ich bin da durchaus diskussionsbereit, mein Herz liegt am Tierschutz, ich habe selbst drei Hunde, zumindest zwei Hunde aus dem Tierschutzhaus Arche Noah, die Gott sei Dank nach wie vor leben, auch wenn sie schon das 14. und 15. Lebensjahr überschritten haben. Meine Katzen habe ich aus dem Tierschutzhaus Arche Noah geholt, ich schätze diese Einrichtung, ich schätze die Tierschutzeinrichtungen auch in der Stadt, weil ich glaube, dass sie notwendig sind und daher stelle ich in diesem Zusammenhang folgenden

dringlichen Antrag :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die Landesregierung, und hier insbesondere der säumige Landesrat Johann Seitinger, wird vom Gemeinderat der Stadt Graz aufgefordert, die noch ausstehende Förderung für das Tierschutzhaus Arche Noah in Graz für das Jahr 2008 umgehend auszuzahlen. Die künftigen Förderungen der steirischen Tierschutzhäuser seitens des Landes sind sicherzustellen.

Für den Fall, dass Herr Landesrat Seitinger keine zufriedenstellende Lösung für die steirischen Tierschutzhäuser zustande bringt, werden Landeshauptmann, Landesregierung und der Steiermärkische Landtag aufgefordert, die Angelegenheiten des steirischen Veterinärwesens aus der Zuständigkeit von

Landesrat Seitinger beziehungsweise dessen Agrarressort herauszulösen und es per Geschäftseinteilung einem anderen Regierungsmitglied zu übertragen. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

GRin. Mag. Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrte Kollegen und sehr geehrte Kolleginnen! Tierschutz ist nicht nur Menschenschutz, Tierschutz ist bei weitem mehr. Tiere sind Lebewesen und Tiere haben den Anspruch darauf, auch als Lebewesen behandelt zu werden und wenn das nicht der Fall ist, dann haben wir das Glück, dass es Tierschutzeinrichtungen gibt, dass es Tierschutzheime gibt und diese Tierschutzheime, die müssen natürlich auch von jemandem betrieben werden. Und die Tierschutzheime die brauchen auch finanzielle Förderungen. Wir haben in den letzten paar Monaten gesehen, vor allem in den letzten paar Wochen medial gesehen, dass es Probleme in der Kommunikation zwischen dem Herrn Landesrat Seitinger und zwischen dem Obmann des Tierheimes Arche Noah, dem Herrn Oster, gegeben hat. Nur, wenn die beiden Probleme haben, kann das nicht auf Kosten der Tiere ausgetragen werden, ich würde da vorschlagen, dass sie sich einer Mediation unterziehen, aber die Lösung des Problems kann nicht so sein, wie der Herr Landesrat Seitinger es vollzogen hat, dass er einfach, wie die Tiere kein Futter bekommen haben und kein Futter mehr gehabt haben, mit Futtermitteln, mit einer ziemlichen medialen Aufmerksamkeit bei der Arche Noah vorgefahren ist, das kann es nicht sein, das ist nicht die Lösung des Problems. Die Lösung des Problems liegt darin, dass die Arche Noah, dass der Tierschutz die Förderungen bekommt, die ihm auch zustehen und die ihm auch zugesagt worden sind. In diesem Sinne wird die SPÖ sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antrag zustimmen.

GR. Mag. **Schönberger**: Sehr verehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, sehr verehrte Damen und Herren in den oberen Rängen! Ich gehe natürlich d'accord mit allen meinen Vorrednerinnen und Vorrednern, was den Tierschutz betrifft, der sehr wichtig und dass wir auch Tierschutzeinrichtungen in Graz brauchen. Allerdings hat der Kollege Grosz die Gabe, sehr blumig zu sprechen

und auch natürlich hie und da neigt er zu Übertreibungen. Ich möchte kurz mit ein paar Zahlen, Daten und Fakten beginnen. Das Land Niederösterreich und das Land Steiermark sind dahingehend, was die Anzahl der Tiere in den Tierschutzeinrichtungen betrifft, zu vergleichen. Das Land Niederösterreich, wie Sie alle wissen, ist etwa größer wie das Land Steiermark, noch einmal, die Anzahl der Tiere sind zu vergleichen, hat ein Gesamtfördervolumen ausgeschüttet von 591.000 Euro. 591.000 Euro wurden ausgeschüttet, zum Vergleich, die Steiermark hat im Jahr 2007, und jetzt werden Sie staunen, 1.838.000 Euro an Gesamtförderungen ausbezahlt. Davon hat die Arche Noah 762.000 Euro bekommen. Das heißt, die Arche Noah hat um ein Drittel mehr als das Gesamtfördervolumen des Landes Niederösterreichs erhalten. Das ist meines Erachtens bedenklich. Das Land Steiermark, und jetzt kurz einen kleinen Ausflug zur Förderrichtlinie, das Land Steiermark kann nur auf Grund eines Amtstierarztes fördern, das heißt, die Anzahl der Tiere, die ein Amtstierarzt an das Tierheim zuweist, kann gefördert werden und alles andere kann nicht gefördert werden. Die Fördergelder, lieber Gerald Grosz, die Fördergelder sind für die Unterbringung und Verpflegung der Tiere sowie für die medizinische Betreuung heimeigener Tiere. Wenn die Arche Noah auch eine Tierrettung betreibt...

Zwischenruf GR. Grosz: Da spricht der Mann einer Tierärztin. Sie ist besser als ihr Mann.

Mag. **Schönberger**: Darauf komme ich noch, keine Angst, das sage ich schon. ...obwohl wir eine Feuerwehr haben, die diese Agenden übernimmt, eine Tierklinik sozusagen betreibt, wo wir gute, der Gerald Grosz hat gerade bestätigt, wir haben gute Tierärzte in Graz, eine Tierklinik betreibt, wo auch die Stadt Graz das Nottierarztrad unterstützt, damit eben Tiere nicht leiden müssen und sofort behandelt werden können, die Arche Noah hat am Wochenende keinen Dienst, dann, meine Damen und Herren, ist das meines Erachtens eine Privatangelegenheit des Herrn Oster (*Applaus ÖVP*). Ich möchte einen ganz kleinen Vergleich bringen. Und zwar

spreche ich da die Volkshilfe an. Ich meine, würde die Volkshilfe ihre Förderungen, die sie für die Altenbetreuung bezieht, in einen eigenen Kindergarten stecken und dann sagen, wir brauchen mehr Geld, wir haben kein Geld mehr für die Altenbetreuung, dann, lieber Freund Gerald, wärst du der Erste, der das als Skandal bezeichnen würde.

Zwischenruf GR. Grosz: Ich bin für umfassende Generationenpolitik. Das kann ich nur unterstützen.

Mag. **Schönberger**: Überbelegung, nächstes Thema. Ich komme nunmehr auf ein Thema zu sprechen, die Themen wären so vielfältig, um zu begründen, warum wir diesen Antrag nicht unterstützen werden. Die Überbelegung, man kann auch dazu sagen, politisch Kleingeld wechseln. Eine Überbelegung eines Tierschutzheimes hat damit zu tun, dass es nicht dem Tierschutz förderlich ist. Ich spreche jetzt die Hunde an, wenn mehr Hunde aufgenommen werden als Hundepplätze vorhanden sind, dann können wir das in den Bezirken St. Peter und Liebenau sehen, wo es massivste Beschwerden wegen Lärmbelästigung gibt. Also ich muss sagen, das als Tierschutz zu bezeichnen, wo Hunde zu viert, zu fünft auf einem Meter Leine angehängt sind, kann wohl kein Tierschutz sein und das kann wohl nicht im Sinne einer Förderung des Tierschutzes sein (*Applaus ÖVP*). Und da komme ich noch zu einem weiteren Punkt, und meine Damen und Herren, der Gerald Grosz hat es gesagt, meine Frau ist Tierärztin, ich weiß, wovon ich spreche. Ich bin mit 15 Tierärzten in Kontakt in Graz und ich weiß, dass eine Überbelegung dazu führt, dass kranke Tiere nicht mehr in der Quarantänestation aufgenommen werden können, weil sie überfüllt ist, was passiert mit den kranken Tieren, sie werden zu den gesunden gesperrt und was passiert dann? Seuchen, andere, gesunde Tiere werden krank. Das kann nicht die Förderung sein.

Zwischenruf GR. Grosz: Wann war die letzte Seuche bei der Arche Noah?

Mag. **Schönberger**: Andere Tiere werden krank, das können die Tierärzte in Graz bestätigen, dass Tiere, die vergeben werden, krank sind und dann beim Tierarzt behandelt werden müssen. Also ich bitte wirklich darum, liebe Fraktionsmitglieder der anderen Fraktionen, diesem Antrag von Herrn Gerald Grosz bitte nicht zuzustimmen. Es bringt weder dem Hund was, noch dem Menschen, wie wir sehen in St. Peter. Herr Gerald Grosz hat auch ein paar Zahlenbeispiele gebracht oder Fakten, die ich leider nicht bestätigen kann.

Zwischenruf GR. Grosz: Du solltest doch von deiner Frau lernen.

Mag. **Schönberger**: Dass das Tierheim Arche Noah zur Zeit die 249.840 Euro bekommen hat, die ihnen auch zur Zeit zustehen, das ist richtig,...

Zwischenruf GR. Grosz: Statt?

Mag. **Schönberger**: ...statt den berechneten, das Doppelte steht ihnen zu, 500.000 in etwa, ich habe nicht die gesamte Summe in Cent ausgerechnet...

Zwischenruf GR. Grosz: Mit der Tierrettung.

Mag. **Schönberger**: Ja, mit der Tierrettung, Herr Kollege Grosz, und das hast du vergessen, weil dann hat die Arche Noah schon 318.240 Euro bekommen. Ich bitte, genau zu recherchieren, Herr Kollege. Ich möchte noch ein Beispiel bringen, nachdem der Kollege Grosz angesprochen hat die soziale Schwäche und vor allem die Menschen, die sozial schwach sind und keinen Partner haben, die erheben das Tier zum Partner, das ist richtig, das Tier ist der Partner oder die Partnerin, das ist richtig, Herr Kollege. Nachdem aber die Tierklinik sehr wohl wohlhabende Tierbesitzerinnen und Tierbesitzer behandelt und die armen sozial schwachen, die auf ihr Tier vielleicht ein bisschen besser teilweise aufpassen, in einer Warteschlange stehen, wo sie drei bis vier Stunden warten, bis ihr Tier behandelt werden muss und dann das Tierheim Arche Noah verlassen, um zum privaten Tierarzt zu gehen, wo sie dann natürlich mehr zahlen, weil ein privater Tierarzt keine Fördermittel bekommt und sie nach dem...

Zwischenruf GR. Grosz: Grimms Märchen sind das.

Mag. **Schönberger**: Das hat der Herr Haupt genauso mitbestimmt, das, lieber Gerald Grosz, ist die falsche Förderungspolitik. Ich kann nur sagen, drei bis vier Stunden Wartezeit und dann die Reichen behandeln und die Armen gehen erst wieder zum Tierarzt, das kann es nicht sein, ok. Nach Rücksprache mit dem Büro Landesrat Seitinger bekommt das Grazer Tierschutzhaus vier Quartals-a-conto-Zahlungen zu je 124.920 Euro plus 20 Tonnen Futtermittel, auch nicht schlecht, oder? Statt, bitte, die viermal gerechneten Fördermittel laut Fördergeldervergabegesetz, und das wären 115.200 Euro, Kollege Haupt, der nicht mehr leider in der Regierung ist, würde der Herr Gerald Grosz sagen, hat das auch beschlossen, das heißt, es sind 10.000 Euro pro Quartal mehr, das heißt, im Jahr kommen 40.000 Euro mehr, als dem Tierheim sozusagen zustehen würde.

Zwischenruf GR. Grosz: Das ist der Tierschützer des Landes.

Mag. **Schönberger**: Abschließend kann ich nur sagen, Landesrat Seitinger ist im ständigen Kontakt mit der Arche Noah, erst heute wurde telefoniert mit dem Tierarzt Moser und erst nächste Woche gibt es wieder ein Gespräch, Herr Kollege. Die ÖVP hat ein Herz für alle Tiere, nicht nur für einen Panther, namens Bärenpanther, sondern wirklich für alle Tiere und wir sind für die Fördergeldvergabe und für die zielgerichtete Fördergeldvergabe, die dem Tierschutz helfen soll und nur dem Tierschutz. Deshalb lehnen wir die Dringlichkeit des Antrages ab (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Petition des Gemeinderates an die Bundesregierung sowie die Steiermärkische Landesregierung bezüglich dringender Maßnahmen gegen die belastenden Rekordpreise für Treibstoffe

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Ich finde es sehr schade, dass der Antrag nicht durchgegangen ist, weil es mir wirklich um den Tierschutz geht. Bedanke mich aber bei der Fraktion der Grünen, der Sozialdemokraten und der Freiheitlichen, dass sie dem zugestimmt haben und werden das der Öffentlichkeit nicht vorenthalten, dass Kommunisten und ÖVP zur Achse der Vernichter des Tierschutzes gehören. Ich darf daher zum nächsten dringlichen Antrag kommen und zwar betreffend die Petition und ich werde

es jetzt wirklich kurz machen, betreffend die Petition zum steirischen Treibstoffpreis. Ich werde es nicht deswegen kurz machen, weil ich Sie unbedingt schonen möchte, weil Sie haben vor eineinhalb Stunden einen Antrag niedergestimmt, wo es um die Senkung der Gagen gegangen ist, also die Nichtannahme der Erhöhung, jetzt haben Sie ja ein bisschen erhöhte Gagen, jetzt können Sie ja auch ein bisschen länger auch dafür arbeiten, zumindest ist das meine Meinung. Aber ich bin der Meinung, dass es jeder weiß, wie es mit dem Treibstoff, wie es mit der Entwicklung der Treibstoffpreise aussieht, welche Entwicklungen wir gerade hier in Österreich haben, jeder weiß, unter welcher Inflationsrate wir derzeit schon zu leiden haben, jeder die 30 % kennt der Steigerung des Treibstoffpreises und eigentlich alle wissen sollten, eine weitere Erhöhung des Treibstoffpreises damit ein Anheizen der Inflationsrate für uns alle bedeutet. Es bedeutet, dass die Kosten steigen, der Verkehr, es bedeutet, dass die Kosten auch weiterhin für Grundnahrungsmittel steigen und es bedeutet, dass jene Menschen, die ohnedies jetzt schon kein Geld haben, in Zukunft noch weniger Geld haben. Und daher bin ich der Meinung, dass die Politik hier, ich bin ein Anhänger der freien Marktwirtschaft, einer liberalen Wirtschaftsordnung, aber da bin ich durchaus der Meinung, dass hier die Politik die Aufgabe hat, reglementierend einzugreifen, fördernd einzugreifen. Die Politik hier durchaus von dem Gebrauch machen sollte, dass ihr per Gesetz eingeräumt worden ist, nämlich von einer Höchstpreisdeckelung seit 1998 im Nationalrat, per Verordnungsrecht dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit zugestanden. Ich bin durchaus der Meinung, dass das Modell, das in Kärnten umgesetzt worden ist mit der Öffnung der Landestankstellen ein gutes Modell ist. Nicht zuletzt hat die steirische Sozialdemokratie es im Landtag mit Mehrheitsbeschluss, meines Erachtens waren, glaube ich, KPÖ und Grüne dabei, das weiß ich aber nicht, es war ein Mehrheitsbeschluss ohne die ÖVP, die Öffnung der Landestankstellen erwirkt, dieser Beschluss ist vor zwei Jahren, genau im Juni vor zwei Jahren, durch den Landtag gegangen und bis zum heutigen Tag hat die zuständige Verkehrslandesrätin Edlinger-Ploder es nicht der Mühe wert gefunden, pro Landestankstelle 3.000 Euro für ein Bankomatlasergerät zu investieren und damit günstigere Treibstoffpreise den Menschen zugänglich zu machen. Gerade das Kärntner Modell zeigt uns, nur darf ich Sie durchaus um Aufmerksamkeit bitten, weil vielleicht können Sie auch etwas lernen, das bei einer durchschnittlichen Tankfüllung von 50 Litern (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), wenn man in Kärnten bei der Landestankstelle

Friesach vorgestern tankt, 50 Liter Diesel, und hier in Graz bei einer, ich möchte jetzt keine Firma nennen, und schon gar keine Firma, die im ÖVP-Nahbereich steht, wenn man hier tankt und in Kärnten tankt, der Unterschied sind genau 11 Euro bei 50 Litern.

Währenddessen in Graz der Dieselpreis vorige Woche bei 1,433 Euro lag, lag er bei den Landestankstellen bei 1,20 Euro und selbst der Dümmste, der unter Anwendung eines Taschenrechners jetzt nachrechnet, wird draufkommen, dass das sattsam 11 Euro sind, und 11 Euro sind viel Geld pro Tankfüllung. Und ich bin der Meinung, durchaus auch ein Anhänger der Theorie der Grünen, die von Energiewende sprechen, auch Österreich energieautark machen wollen, nur das ist zum derzeitigen Zeitpunkt als Sofortmaßnahme nicht möglich, weil Fakt ist, dass jetzt den Menschen das Geld fehlt. Und daher gliedert sich der Antrag, unser dringlicher Antrag in zwei Etappen, nämlich einerseits in eine Petition an die Bundesregierung, hier endlich tätig zu werden, denn die Erhöhung des Pendlerpauschales und die Erhöhung des Kilometergeldes trifft einen kleinen Teil der Österreicherinnen und Österreicher 800.000, aber nicht sieben Millionen und nicht nur das, es ist angesichts der zehn Erhöhungen der letzten Jahre bestenfalls ein homöopathisches Handauflegen, ein Tropfen auf dem heißen Stein.

In diesem Zusammenhang stellen wir daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1.) Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert die Bundesregierung auf, dass rasch eine Steuerreform beschlossen wird, mit welcher die volle steuerliche Absetzbarkeit der Fahrtkosten von und zum Arbeitsplatz ermöglicht wird.

Die Bundesregierung wird weiters aufgefordert, die im Vorjahr beschlossene Erhöhung der Mineralölsteuer zurückzunehmen und von der geplanten Steuererhöhung auf Heizöl per 1. Juli 2008 sofort Abstand zu nehmen.

Die Bundesregierung und im Speziellen der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit ist vom Gemeinderat der Stadt Graz aufgefordert sicherzustellen, dass für Benzin, Diesel, Heizöl und Flüssiggas ein amtlicher Höchstpreis nach dem

Preisgesetz – analog zum Luxemburger Modell - festgelegt wird, um weitere willkürliche Erhöhungen der Preise in diesem Bereich zu verhindern.

- 2.) Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert die Steiermärkische Landesregierung und hier insbesondere die zuständige Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder auf, den Beschluss des Steiermärkischen Landtages vom 20.6.2006 betreffend die Öffnung der Landestankstellen umgehend umzusetzen, daher raschest möglich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die bei den steirischen Straßenmeistereien vorhandenen Tankstellen den steirischen AutofahrerInnen zugänglich gemacht werden können, diese so rasch wie möglich zu öffnen und die Steirerinnen und Steirer über dieses Angebot in angemessener Weise zu informieren.

Ich bitte um Ihre Zustimmung (*Applaus BZÖ und FPÖ*).

GR. **Hagenauer** zur Dringlichkeit: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eingangs auf meine vorhergehende Wortmeldung noch kurz replizieren und möchte klarstellen, dass der Ausdruck des Sondergerichtshofes, den ich verwendet habe, natürlich ungerechtfertigt ist in der Tat. Ich hatte auch an einen derartigen Bezug selbstverständlich nicht gedacht. Entschuldige mich natürlich auch bei all jenen Menschen, die Opfer eines derartige Sondergerichtshofes geworden sind, selbstverständlich. Ich hatte gemeint einen gesonderten Gerichtshof angesichts der Anhäufung von Konflikten mit dem Strafgerichtshof beziehungsweise mit dem Strafgesetzbuch, um das klarzustellen.

Jetzt zur Sache dieses Antrages beziehungsweise der Dringlichkeit. Dringlich ist aus der Sicht der Grünen das, was letztlich die richtige Richtung ausmacht und die Richtung dieses Antrages ist also eindeutig eine falsche. Dringlich wäre für uns, jetzt und sofort einen Weg einzuschlagen, der also nachhaltig tatsächlich das Problem löst, den Menschen hilft, den Pendlern hilft, das heißt, alle Mittel der öffentlichen Hand in den öffentlichen Verkehr zu stecken, damit ist also nicht nur letztlich genau den sozial Schwachen geholfen, weil sie zu einem günstigeren Preis dann ihre Mobilitätsbedürfnisse befriedigen können. Es ist natürlich nebenbei auch der Umwelt geholfen. Im Antrag wird begründet, dass insbesondere die Grazer Pendler stöhnen

unter dem hohen Benzinpreis, warum stöhnen sie, jetzt ist in Graz genau die Situation gegeben, dass wir in der Tat nicht davon sprechen können, dass das Gros der Pendler gezwungen ist, mit dem Auto zum Arbeitsplatz zu fahren, wenn ich mich nicht irre, beziehungsweise es ist genau in Graz die Situation für diejenigen, die jedenfalls ihren Arbeitsplatz hier in der Stadt haben und in unmittelbarer Nachbarschaft der Stadt, genau hier die Situation gegeben, dass man natürlich mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs das Problem, wie gesagt, nachhaltig anpacken könnte und jetzt und sofort anpacken könnte. Es besteht auch überhaupt keine Dringlichkeit herzugehen und zu sagen, der Staat saht ab, wir müssen ihn daran hindern, die Mehrwertsteuererhöhung muss zurückgenommen werden, also ganz abgesehen davon, dass die Mehrwertsteuer nicht abhängig ist vom Ölpreis sondern ein fixer Betrag, der pro Liter eingehoben wird. Aber, Herr Kollege Grosz, Sie haben natürlich nicht zufällig vergessen dazuzusagen, wofür diese Erhöhung der Mehrwertsteuer hergenommen wurde und wird, nämlich für die Finanzierung des Klimafonds, für die Finanzierung des ÖV, das ist Populismus und zwar billiger Populismus. Ich gehe auf der einen Seite her und sage, ihr ganz Armen, euch wird das Geld weggenommen und bei der anderen Gelegenheit stelle ich mich dann wieder hin und fordere lauthals Mittel für dies und jenes, obwohl die Dinge ursächlich zusammenhängen. Und über die Erhöhung der Mehrwertsteuer muss ich mich nicht näher auslassen. Volkswirtschaftslehre, erstes Semester, wenn jemand ein Einkommen ausgibt, zahlt er immer Mehrwertsteuer. Das heißt, wenn jetzt natürlich der Staat mehr Mehrwertsteuer aus Treibstoffen hat, hat das damit nichts zu tun, weil wenn ich statt für Treibstoffe mein Geld für Bier ausgabe, der Staat kassiert dasselbe, soviel nur zur Qualität der Begründung dieses Antrages. Und zum Abschluss eine Anmerkung, weil das BZÖ beziehungsweise Kollege Grosz sich den üblichen Untergriff nicht verkneifen kann, zum Schluss, es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die ÖVP vielleicht deshalb die Treibstoffpreise nicht senkt beziehungsweise die Steuern auf die Treibstoff nicht senkt, weil sie auf Parteispenden von einschlägigen Firmen, soll heißen Ölkonzernen, hoffe. Jetzt abgesehen davon, das Prinzip Hoffnung gilt, natürlich, man kann immer hoffen auf alles. Herr Kollege Grosz, die Grünen haben im Nationalrat seit Jahrzehnten Anträge gestellt, dass Parteispenden offengelegt werden müssen, alle. Und dass bei Zuwiderhandeln Strafen, und zwar nach dem Strafrecht, Strafen verhängt werden. Die Fraktion, die diesen Anträgen nie zugestimmt hat, waren die Freiheitlichen, nicht

zuletzt ein Haider, ich weiß nicht, ob Ihnen der Name etwas sagt, in dem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit. Die Grünen können, wie gesagt, keine Dringlichkeit in einer derartigen Strategie erkennen (*Applaus Grüne*).

GR. **Herper**: Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, spärliche Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie! Also ich melde mich mit meinem Lieblingsthema, nämlich heute neuerlich und wiederholt und mit Nachhaltigkeit. Jetzt habe ich die Debatte siebeneinhalb Stunden verfolgt, manches war erbaulich, manches war lustig für mich, auch lehrreich, man lernt ja immer dazu, liebe Sigi, manches war ehrenhaft, so wie jetzt die Entschuldigung, die der Peter gegeben hat, und wirklich würdig diesem Haus. Manches war wirklich unnötig, ich will das nicht qualifizieren, weil manches ist einfach Lesestunde oder Showeffekt, manches ist auch ganz possierlich, manches ist auch immer wieder erfreulich, wenn man es hört, aber im Großen und Ganzen siebeneinhalb Stunden und wir stehen nicht einmal vor dem wichtigen Stück, wie man auch dazu steht, nämlich zum Investment von 220 Millionen Euro. Und ich muss das sagen, dass ist dem Haus unwürdig und uns gegenüber auch und den Sachen und den Entscheidungen, die wir zu treffen haben. Das richtet sich nicht gegen Personen, auch nicht gegen dich, gar keine Frage, es richtet sich gegen uns alle. Ich habe den Bürgermeister und die Vizebürgermeisterin noch einmal heute und jetzt aufmerksam gemacht, wir müssen uns gegenüber den Spiegel vorhalten, wir wurden gewählt, wir werden gewählt, wir bekommen dafür auch unser Gerstl, wir haben würdigerweise Entscheidungen zu treffen, die für die Grazerinnen und Grazer sind, und die sind in der Sache entschiedener als manche Schmähführerei, als manche Polemiken, als manche Untergriffe, als manche Unwürdigkeiten und manches, was an Unflätigkeiten auch ausgetauscht wird. Tun wir uns das wirklich an und ändern wir die Vorgehensweise bei solchen Sitzungen. Machen wir eine andere Einteilung, nehmen wir uns wirklich die wichtigen, entscheidenden Fragen in diesem Hause und in dieser Stadt vor, das sollte uns wirklich wichtig und würdig sein (*Applaus SPÖ*). Lieber Gerald Grosz, wir sind für die Dringlichkeit, weil wir gesagt haben, das Thema ist wichtig, nicht so sehr deine Argumentationsfähigkeit, weil die ist einseitig, Peter hat schon darauf hingewiesen, wichtig ist der Vorrang ÖV, wichtig ist, die öffentliche Infrastruktur in gleichem Maße

und mehr als alles andere als bisher in den letzten Jahrzehnten zu fördern und zu unterstützen. Wichtig ist, auf die Tatsache hinzuweisen, dass es bei den Grundnahrungsmitteln, bei Strom, Gas, Wärme, bei Energie, bei Mieten, bei Spritt laufende und explodierende Kostensteigerungen, Preissteigerungen gibt, das ist ein wichtiges Thema, das ist ein dringliches Thema. Wir sind der Ansicht, dass wir dies als Diskussionsstoff, von dir angeregt, wert finden, als dringlich befunden zu werden. Das Parlament hat sich heute in einer aktuellen Stunde, so etwas wünsche ich mir auch für den Grazer Gemeinderat, in einer dringlichen Stunde heute im Parlament, sich mit dieser Thematik auch beschäftigt. Der Finanzausschuss des Parlaments hat heute inzwischen auch beschlossen und morgen wird es im Nationalrat beschlossen, dass es eine Erhöhung der Pendlerpauschale um 15 % und des Kilometergeldes um knapp 12 % geben wird.

Zwischenruf GR. Grosz: Viel zu wenig, unsozial.

GR. **Herper:** Ist zu wenig, ist aber ein erster Schritt, aber ist der Schritt, den man auf der Seite des IV machen kann. Zur Entlastung vor allem auch der Pendler und der sozialen Situation. ÖV-Priorität ist für uns noch immer wichtig. Deswegen werden wir, und ich bitte um geteilte Abstimmung, dem Punkt 1 deines dringlichen Antrages nicht zustimmen, werden aber dem Punkt 2 zustimmen, weil wir uns in der Verpflichtung sehen, den vor zwei Jahren von uns eingebrachten und von den anderen Fraktionen im Landtag unterstützen Antrag für die Öffnung der Landestankstellen, steht seit zwei Jahren an, deswegen bitte ich darum um getrennte Abstimmung; Punkt 1 würden wir ablehnen, weil wir nicht die IV-Seite die Priorität sehen in deinem Dringlichen, aber dem Punkt 2 würden wir gerne zustimmen und geben der Dringlichkeit aus Gründen des Grundsätzlichen den Vorrang. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Wipfel:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde mich ganz kurz halten. Wenn man sich mit fremden Federn schmückt, dann sollte man auch sagen, wem die Originalfedern gehören. Der Antrag im steirischen Landtag, den der Herr Gemeinderat Grosz so meint, dass das auf Druck des BZÖ geschehen sei, der ist von der KPÖ gekommen und es müsste ihm auch eigentlich klar sein, dass es im Landtag, wenn es eine Mehrheit gegen die ÖVP gibt auf, jeden Fall immer die KPÖ dazu braucht. Diese Forderung ist eine Grundforderung der KPÖ, darum werden wir der Dringlichkeit zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Mayr:** Ich möchte zunächst einmal an die sehr gute Wortmeldung vom Klubobmann Herper anschließen. Das mit der Tagesordnung ist vollkommen richtig, wir wären das natürlich in der letzten Periode auch schon ganz gerne angegangen, es ist nicht gelungen, aber vielleicht gelingt es diesmal. Die ÖVP wird der Dringlichkeit nicht zustimmen, ein bisschen was sage ich aber dazu. Zunächst einmal könnte man einfach sagen, zu der späten Stunde zahlt es sich wirklich nicht aus, der Dringlichkeit eines von mehreren Presseaussendungen des Kärntner Landeshauptmannes abgeschriebenen Antrages zuzustimmen, so einfach will ich es mir nicht machen (*Applaus ÖVP*). Gerald Grosz wird sicher noch selber gute Ideen haben im Laufe der Gemeinderatsperiode, aber das ist wirklich, ich habe ein bisschen recherchiert, es ist 1 : 1 alles von den Kärntner Presseaussendungen. Zur Sache allerdings, zum Antrag, eines muss uns schon klar sein und daran ändert auch das Luxemburger Modell nichts und es ist auch in Luxemburg so, die Entwicklung des Ölpreises werden wir, weder der Gemeinderat noch die Nationalstaaten, noch Wirtschaftsminister aufhalten können. Das Luxemburger Modell macht nichts anderes, als die Preissteigerung so in einem kommissionsartigen Gremium etwas abzufedern, dort natürlich durchzuwinken, da mit vorhergehender Begutachtung, es ändert nichts daran, dass die Preissteigerungen stattfinden, unter Umständen etwas zeitverzögert, aber das ist einfach so. Insofern ist sozusagen die Grundidee des ersten Teils des Antrages nicht zielführend, genauso muss man sagen zu dem ersten Absatz die Absetzbarkeit, die steuerliche, aller Fahrtkosten, das ist auch nicht mehr die Intention der Verkehrspolitik, so wie wir sie in Graz vorhaben. Zur Mineralölsteuer, na sicher

könnte man sagen, die Mineralölsteuer, die ist jetzt erhöht worden, angesichts dieser Preissteigerungen beim Benzin und beim Diesel bringt das ein stattliches Körbergeld dem Finanzminister. Wenn er was davon zurückgibt, würden wir uns allerdings wünschen, dass er für den ÖV-Ausbau für Maßnahmen in diesem Bereich etwas zur Verfügung stellt und nicht sozusagen das Geld retour zahlt, für Investitionen in die städtische Infrastruktur. Gerald Grosz hat selber erwähnt, dass die Bundesregierung die Pendlerpauschale und das amtliche Kilometergeld derzeit erhöht hat. Das Entscheidende, und das wird ja auch gemacht jetzt vom Wirtschaftsminister, ist die Transparenz in diese Preisentwicklung hineinzubringen. Zum zweiten Teil des Antrages, da geht es um die Öffnung der Landestankstellen, die 2006 im Landtag diskutiert wurden. Die Frau Landesrätin Edlinger-Ploder hat sich das nicht leicht gemacht und hat sich das Für und Wider sehr genau angesehen dazu und es ist halt nicht so einfach zu sagen, die Landestankstellen sind ab morgen geöffnet und dann wird es, was den Dieselpreis betrifft, alles gut, sondern die Landestankstellen bräuchten natürlich einiges an Investitionen, die zum damaligen Zeitpunkt, die Zapfsäulen müssten geeicht werden, das Personal muss man zur Verfügung stellen usw., usw., Dinge, die natürlich auch in Kärnten passiert sind, aber das bedeutet im Endeffekt, wenn man sozusagen nicht auf Kosten der Steuerzahler diese Landestankstellen fördert, heißt das im Endeffekt, für den Tankenden dort bringt das nicht viel. Die Variante zwei ist das Kärntner Modell, hier wird einfach auf Kosten der Steuerzahler im Endeffekt diese Tankstellen subventioniert und die Frage ist auch hier wieder, in welche Richtung geht die Verkehrspolitik, sagt man das ist der richtige Weg oder sagt man lieber, na wir fördern nicht sozusagen das Dieseltanken, sondern wir setzen auf alternative Verkehrsmittel in der Stadt, den Umweltverbund, und das ist das Ziel dieser Koalition und deswegen stimmen wir der Dringlichkeit nicht zu (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Es wird sicher kürzer sein als der Gerald Grosz, das kann ich Ihnen versprechen. Ich möchte ein bisschen replizieren auf Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft. Kollege Hagenauer, wir sind uns sicher dem Grundsatz nach, glaube ich, über alle Fraktionen einig, dass der öffentliche Verkehr ausgebaut werden soll, das ist einmal grundsätzlich klar. Nur es ist gegenüber allen anderen

Verkehrsmitteln nicht eine Alles-oder-nichts-Frage, sondern in vielen Lebensbereichen und eben auch beim Verkehr eine Sowohl-als-auch-Frage. Ich möchte es allein dahingehend begründen, dass man die Menschen dort abholen muss, wo sie wirklich jetzt ihr heutiges Leben haben, ihren Lebensmittelpunkt haben. Wir haben in den letzten Jahren, Jahrzehnten gesamtösterreichweit wahnsinnig viel in den Straßenverkehr investiert, wir haben auch durch die Politik in Graz das erreicht, dass viele ehemalige Grazerinnen und Grazer in die Umlandgemeinden abgewandert sind, weil sie hier nicht das Leben gefunden haben, das sie sich vorgestellt haben, um ihre Familie entsprechend wachsen zu lassen, entwickeln zu lassen, ihre Kinder in natürlicher Umwelt groß werden zu lassen, die abgewandert sind und sich dort eine ganz neue Existenz aufgebaut haben. Ich denke an den Süden von Graz, aber auch Richtung Eggersdorf raus oder in andere Regionen. Und den Leuten heute zynisch zu sagen, mich interessiert der Benzinpreis nicht oder der Dieselpreis nicht und einfach zu sagen, steig um auf den öffentlichen Verkehr, den es nicht gibt in vielen Bereichen, das ist einfach zynisch und asozial diesen Menschen gegenüber, die einfach von A nach B kommen wollen, von ihrem Wohnort zum Arbeitsort und wieder retour. Und diesen Menschen Möglichkeiten zu schaffen, damit sie dieses leichter erreichen, als es jetzt durch diese rasant steigenden Ölpreise auf Benzin, Diesel, aber auch Heizöl, ich kann mir nicht vorstellen, dass einer von Ihnen sagt, na ja, mir ist das wurscht, ob jemand sich überhaupt das Heizöl im Winter noch leisten kann, der soll halt frieren oder soll sich eine warme Decke kaufen, das kann es nicht sein, sondern da muss man den Menschen im Rahmen der Möglichkeiten, wir haben nur begrenzte Möglichkeiten im Rahmen der Politik, das geht im Wesentlichen, sage ich einmal über Steuererleichterungen auf diese Produkte oder über Förderungen, Pendlerpauschale oder anders, dass man diesen Menschen unter die Arme greift und dort wirklich hilft, wo sie der Schuh drückt und all diesen Maßnahmen, die diese Intention verfolgen, gilt unsere Unterstützung seitens der FPÖ. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte eine kleine positive Anmerkung zum Herrn Kollegen Grosz erlauben. Mir fällt nämlich etwas auf, er spricht in seinem Antrag von

Autofahrerinnen und Autofahrern und das ist für mich durchaus überraschend, sage ich mal.

Zwischenruf GR. Grosz: Ich habe im Frauenministerium das Gendern erfunden.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.